Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis S 18.-

10/78



Hintergründe des Konflikts zwischen Kampuchea und Vietnam

Erfahrungen aus den Wiener Gemeinderatswahlen

Die Sozialisierungsdebatte in der Ersten Republik

(zur Geschichte der Verstaatlichten I)

Volksmusik — eine wichtige Quelle zur Schaffung einer revolutionären Kultur



Inhaltsverzeichnis:

Kommunist — Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Osterreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Osterreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien

Hintergründe des Konflikts zwischen Kampuchea und Vietnam

Vorbemerkung der Redaktion

Wir drucken in dieser Nummer des „Kommunist" zwei Texte zur Kampucheanischen Revolution und zu dem Konflikt zwischen dem Demokratischen Kampuchea und Vietnam ab. Der erste ist ein Aufsatz von Jürgen Horlemann, der im März 1978 verfaßt und in der Zeitschrift „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus" vom April 1978 veröffentlicht wurde. Wir haben an diesem Aufsatz geringfügige Kürzungen im letzten Abschnitt vorgenommen, die durch die Entwicklung der Situation seither möglich und zweckmäßig geworden sind. Der zweite Text sind Auszüge aus einem Aufsatz von Heinz Kotte in der westdeutschen Zeitschrift „Befreiung" vom Mai 1978, die sich mit der Geschichte der Grenzprobleme zwischen Kampuchea und Vietnam befassen. Natürlich beantworten die beiden Texte nicht alle Fragen, wie sie sich aus heutiger Sicht stellen, und verarbeiten sie nicht Tatsachen, die inzwischen bekannt sind.

In den beiden Texten werden einerseits die Besonderheiten der Entwicklung von Kampuchea und der kampucheanischen Revolution untersucht, andrerseits die historischen Probleme zwischen Kampuchea und Vietnam, die Geschichte der Grenzprobleme, der ständigen Abtrennungen und Einschnürungen kampucheanischen Territoriums in der Zeit des französischen Kolonialismus, der Behandlung der Grenzprobleme durch die beiden Länder in der Zeit nach 1954, der Verhandlungen darüber seit der endgültigen Besiegung des US-Imperialismus in beiden Ländern, schließlich die Geschichte des vietnamesischen Chauvinismus gegenüber Kampuchea und Laos, die in dem nach wie vor bestehenden Plan einer „Indochina-Föderation" unter vietnamesischer Herrschaft zum Ausdruck kommt. Diese beiden Texte sollen Grundlagen schaffen für ein richtiges Verständnis des heute stattfindenden Krieges zwischen Vietnam und Kampuchea, in dem Vietnam der Aggressor und Kampuchea der Angegriffene, Vietnam im Unrecht und Kampuchea im Recht ist.

Betrachtet man aber die heutige Lage, muß man vor allem eines beachten:

Die Sowjetunion ist der Drahtzieher der vietnamisischen Aggression. Die Sowjetunion hat wie überall auf der Welt auch hier vorhandene Probleme geschickt ausgenutzt. Sie hat den vietnamesischen Chauvinismus und Expansionismus, die vietnamesischen Ambitionen, die Oberhoheit über Kampuchea und Laos zu erlangen und außerdem zur beherrschenden Macht in ganz Südostasien zu werden, in ihren Dienst gestellt. Sie hat zugleich den vietnamesischen Chauvinismus und Expansionismus und die vietnamesischen Aggressionen weiter angestachelt und eine wilde Hetze gegen Kampuchea inszeniert. Sie hat den Revisionismus in der Kommunistischen Partei Vietnams benutzt, um sich diese Partei Schritt für Schritt vollständig zu unterwerfen. Sie hat in dem Bestreben, Vietnam zum „Kuba Asiens" zu machen, Vietnam bis an die Zähne aufgerüstet jetzt auch die MIG 23 geliefert, die es ihm während des Krieges gegen den US-Imperialismus stets verweigert hatte. Ohne das Hegemoniestreben und den Expansionismus der SU wäre es in den Beziehungen zwischen Kampuchea und Vietnam sicher nicht so weit gekommen. Die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gegen die vietnamesische Aggression muß den Hauptstoß stets gegen den sowjetischen Sozialimperialismus richten, der auch in diesem Raum der Hauptfeind der Völker, der Hauptunruhestifter und der Kriegstreiber Nr. 1 ist. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das vietnamesische Volk selbst Opfer des russischen Sozialimperialismus und der Politik seiner gegenwärtigen Führer ist. Es hat die teuer erkämpfte Unabhängikeit und Freiheit neuerlich an eine imperialistische Supermacht verloren, es wird in einen aggressiven und ungerechten Krieg geschickt und soll dort Blutopfer für die Neuen Zaren bringen, es leidet heute wieder unter Unterdrückung und Ausbeutung und unter der schweren Krise einer Wirtschaft, die ganz in den Dienst der vietnamesischen und russischen Kriegspläne gestellt und zudem von der Sowjetunion ausgeplündert und für ihre Hegemoniezwecke benutzt wird.

Die Revisionisten haben auf der ganzen Welt, darunter auch in Österreich, eine schmutzige Kampagne „Solidarität mit Vietnam"! begonnen. Der Kampf der 60er und beginnenden 70er Jahre gegen die eine Supermacht wollen sie jetzt in den Dienst der anderen Supermacht stellen. Diejenigen Menschen, die für den Frieden und den Sieg der Völker Vietnams, Kampucheas und Laos eingetreten sind, wollen sie jetzt zum Kampf gegen das kampucheanische Volk, gegen die Interessen der Völker Vietnams und Laos und für den Krieg mobilisieren. Zugleich sind sie die Hauptträger der weltweiten Hetzkampagne gegen das Demokratische Kampuchea. Kampuchea zieht sich ihren besonderen Haß zu, weil es sich den Hegemonieplänen der Neuen Zaren und Vietnams erfolgreich widersetzt hat. Laos hingegen ist bereits in eine russisch-vietnamesische Halbkolonie verwandelt worden: Obwohl Laos nur drei Millionen Einwohner hat, hat Vietnam 1,7 Millionen Vietnamesen dorthin versiedelt und die Laoten sind auf dem besten Weg, in ihrem eigenen Land eine nationale Minderheit zu werden. Vietnam hat auch Teile von Laos direkt annektiert, und zwar die Teile, über die der bekannte Ho Chi Minh-Pfad verlief. Vietnam hat auch eine Besatzungsstreitmacht 50.000 bis 60.000 Soldaten in dem kleinen Laos stationiert und den Staatsapparat, die Wirtschaft und das Militär infiltriert. Russische Militärberater führen sich in Laos auf, als ob sie dort zu Hause wären. Aber natürlich ist auch in Laos noch nicht das letzte Wort, das Wort des Volkes, gesprochen.

Die westlichen Beschwichtigungspolitiker greifen in ihrem blindwütigen Haß gegen das sozialistische Kampuchea die sowjetische Hetzkampagne auf. Daß sie sich so zum Handlanger des russischen Sozialimperialismus machen und direkt ein Werkzeug seiner Expansion in Südostasien sind, merken sie nicht oder nehmen sie in Kauf. In Österreich tut sich insbesondere die Sozialdemokratie in dieser Kampagne hervor. Eine Greuelmeldung aus Hanoi oder Moskau kann gar nicht so absurd sein, daß man sie nicht mit Sicherheit kurz danach in der „Arbeiterzeitung" findet. Moskau kann sich über diesen Verbündeten in dieser Frage freuen.

Um die vietnamesische Aggression gegen Kampuchea zu vertuschen, wird behauptet, daß Kampuchea Vietnam angegriffen hätte, und um diese absurde Behauptung - wenn man sie schon nicht durch irgendwelche Tatsachen belegen kann - zumindest irgendwie in der Krieg für seine „imperialistischen Interessen" schickt. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, daß die freundschaftlichen Beziehungen und die gegenseitige Hilfe zwischen dem chinesischen und vietnamesischen Volk eine lange Geschichte hat und Jahrzehnte zurückreicht. Auch während des Befreiungskampfes Vietnams gegen den US-Imperialismus hat China die Hilfe an Vietnam fortgesetzt. Insgesamt betrug die Hilfe mehr als 10 Milliarden Dollar, teils in Geld, teils in Gestalt von Militärgütern und Waffen, teils in Gestalt von Nahrung und Kleidung, von denen fast die gesamte Hilfe an Vietnam aus China kam. Das war ein schweres Opfer für das chinesische Volk, das bekanntlich ebenfalls in einem Entwicklungsland lebt und weder Nahrung, noch Kleidung, noch Waffen im Überfluß hat. Auch als Vietnam begann, China anzugreifen, setzte China zwischen 1974 und 1977 seine Hilfe an Vietnam fort. Die Hilfe Chinas an

Vietnam hat einen größeren Umfang als die der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Länder zusammen. China hat im Unterschiede zur Sowjetunion niemals Druck auf Vietnam ausgeübt. China hat niemals von Vietnam Flotten-und andere Militärstützpunkte verlangt, während die Sowjetunion seit langem den Flottenstützpunkt in der Phan Rang-Bucht, übrigens einen alten Stützpunkt des zaristischen Rußland gegen Japan 1905, benützt. China hat auch niemals „Militärberater" nach Vietnam geschickt oder schicken wollen, ganz im Gegensatz zur Sowjetunion, die das vietnamesische Militärwesen völlig durchsetzt hat. Warum hat sich dann aber Vietnam, statt den Weg der Unabhängigkeit und Freiheit weiterzugehen, auf die Seite der Sowjetunion geschlagen und siun ter ihre Fittiche begeben? Auch darauf geben die beiden hier abgedruckten Texte eine Antwort, wenn sie die lange Tradition des vietnamesischen Chauvinismus und der vietnamesischen Großmachtpolitik analysieren, denn hierin besteht sicherlich der Hauptgrund für die Hinwendung der vietnamesischen Führer zur Sowjetunion. Der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung beim ZK der KP Vietnams und Chefredakteur des Parteiorgans Nan Danh, Hoang Pung, hat in einem Gespräch mit schwedischen Journalisten erklärt: „Während des Krieges, den Vietnam führte, war es für Vietnam sehr wichtig, sowohl die VR China als auch die SU zu bewegen, nach ihrer Möglichkeit Hilfe an Vietnam zu leisten. Aber jetzt ist diese Politik für Vietnam nicht mehr so notwendig wie früher. Auf jeden Fall muß der politische und kulturelle Druck seitens des Nordens beseitigt werden. Deshalb spielt heute die gute Beziehung zur SU für Vietnam eine wichtige Rolle. Und die Sowjetunion hofft ausdrücklich, den Einfluß der VR China in diesem Erdteil einzudämmen. Und an diesem Punkt deckt sich das völlig mit den Interessen Vietnams." Der „Einfluß" Chinas besteht darin, alle Bestrebungen der Völker und Länder Südostasiens nach Freiheit und Unabhängigkeit zu fördern und ihnen den Rücken zu stärken. Das Interesse der SU besteht darin, sich das ganze Gebiet zu unterwerfen. Die Großmachtbestrebungen Vietnams, die seit dem Sieg über die USA die vietnamesische Politik bestimmen, decken sich daher mit den Interessen der SU. Vietnam stützt sich auf die SU, die SU benutzt Vietnam. Die Politik Chinas hingegen ist solchen Ambitionen vollständig entgegengesetzt. So sehr China dem vietnamesischen Volk in seinem Befreiungskampf geholfen hat, so wenig kann Vietnam mit der Unterstützung Chinas bei seinen expansionistischen Plänen rechnen. Umgekehrt ist es selbstverständlich, daß China Kampuchea sowohl hinsichtlich des sozialistischen Aufbaus, als auch hinsichtlich der Landesverteidigung mit allen Kräften unterstützt. Der proletarische Internationalismus ist der Grundgesichtspunkt der chinesischen Außenpolitik.

Zur Geschichte Kampucheas

Die Geschichte Kampucheas ist bis zum 2. Weltkrieg - und natürlich auch und besonders danach - die Geschichte des heldenhaften Widerstandsgeistes der kampucheanischen Volksmassen, die keine Gelegenheit ausließen, die französischen Kolonialherren anzugreifen und immer wieder Aufstände zu versuchen, an denen sich auch immer wieder vereinzelt Angehörige der kampucheanischen herrschenden Klasse beteiligten. In der Tat lesen sich bereits die Berichte französischer Offiziere über ihre niederschmetternden Erfahrungen wie die Kopien von Briefen amerikanischer Soldaten aus Südvietnam; die Revolten der kampucheanischen Bauern wurden niemals endgültig niedergeschlagen.

Dies erwies sich besonders während des 2. Weltkriegs, als bekanntlich die japanischen Faschisten das französische Kolonialgebiet besetzt hatten. 1943 kam es bereits zu einem Aufstand größeren Ausmaßes, der aber nur der Vorbereitung des allgemeinen Aufstandes am Ende des 2. Weltkrieges diente. Wie in Vietnam und Laos erhob sich das kampucheanische Volk nach der Kapitulation der Japaner im August 1945 im ganzen Lande. Wie bereits bei der „Gründung" ihrer Kolonien in Südostasien arbeiteten aber Ende 1945 Briten und Franzosen wiederum bei der verlustreichen Rückeroberung Vietnams, Laos' und Kampucheas zusammen, Phnom Penh wurde aus der Luft angegriffen und eingenommen. Es kam gegen die französische Wiedereroberungspolitik einerseits zu einem hinhaltenden Widerstand der königlichen Regierungsvertreter (1941 war Sihanouk König geworden), andererseits aber zur Organisierung des bewaffneten Volkswiderstands in Gestalt der „Khmer Issarak", der Freiheitsfront von Khmer. In vielen Provinzen entstanden von 1946 bis 1949 auf Bezirksebene und in den Dörfern Volksausschüsse, die gleichzeitig die Bewaffnung organisierten.

Im April 1950 fand in Kampuchea eine Volksvertreterkonferenz statt, die sich später in eine Regierung des Nationalen Widerstands verwandelte und die befreiten Gebiete zum bewaffneten Widerstand gegen die Franzosen führte.

Mit der Entwicklung der Front in Vietnam gerieten die französischen Kolonialtruppen in Bedrängnis. Es war diese Situation, die von der Regierung Sihanouk in folgender Weise ausgenutzt wurde:

— er verwies darauf, daß die Ausbreitung der „Khmer-Issarak"-Bewegung „nur gestoppt werden" könne, wenn durch die Gewährung der Unabhängigkeit durch Frankreich dieser der Boden für ihre nationalistische Argumentation entzogen werden könne;

— gleichzeitig ließ er gegen Bezahlung Offiziere seiner eigenen Armee „desertieren", um seine angebliche Schwäche und die zunehmende Stärke der „Khmer-Issarak" zu demonstrieren;

— drittens unterstützte er mit Geld und Waffen tatsächlich die „Khmer-Issarak", das jedoch in aller Heimlichkeit. (Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg? , Hamburg 1970, S.20 f.). Die Franzosen boten eine „Unabhängigkeit" an, die ihnen die volle Kontrolle der strategisch wichtigen Kampfgebiete sowie die Unterstützung der kampucheanischen Regierung „im Kampf gegen den Kommunismus" sichern sollte.

Sihanouk wandte alles Geschick auf, um einerseits größere Zugeständnisse von den Franzosen für die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten und andererseits die militärischen Kämpfe nicht zu gefährden, die schließlich zur Entscheidungsschlacht von Dien Bien Phu und zur Genfer Indochina-Konferenz von 1954 führten. Diese Konferenz schließlich gewährte Kampuchea die Unabhängigkeit von der „Französichen Union", war jedoch, wie wir alle wissen, von der Absicht des US-Imperialismus überschattet, sich nicht an die vereinbarten Ergebnisse zu halten, sondern von Indochina aus „den Vormarsch des Kommunismus" aufzuhalten und die Volksrepublik China einzukreisen.

Nach dem Genfer Abkommen bis zu seinem Sturz durch den CIA im April 1970 gelang es Sihanouk, mit taktischem Geschick die Neutralität des Landes zu erhalten, wiederum ohne den bewaffneten Widerstand in Vietnam und Laos gegen die US-Aggression auch nur im geringsten zu beeinträchtigen, zugleich zu einem wichtigen Sprecher der Blockfreien-Bewegung zu werden und damit international die Front gegen den Imperialismus und Kolonialismus und den Hegemonismus zu stärken.

Ich habe schon auf die Taktik der französischen Kolonialisten hingewiesen, Kampucheas Unabhängigkeit mit dem Hinweis auf die drohende „kommunistische Gefahr" abzulehnen. In noch viel größerem Umfange waren es die USA, die in den 50er und 60er Jahren Kampuchea nötigten, seine Unabhängigkeit und Neutralität aufzugeben mit dem Hinweis darauf, daß die „kommunistische Aggression" aufgehalten werden müsse, mit dem Hinweis darauf, daß auch Kampuchea wie ein Domino-Stein fallen würde, wenn die umliegenden Länder kommunistisch würden usw. Ich will an dieser Stelle weitgehend auf

die Einzelheiten dieser Versuche der Einmischung verzichten. Es muß allerdings erwähnt werden, daß diese Einmischung sehr massiv war - Sihanouk hatte zeitweise Waffenlieferungen der USA entgegengenommen, ebenfalls „Berater", hatte dem Treiben von „Diplomaten" lange zugesehen, die in Kampuchea ein riesiges Spionage-Netz errichteten; er und seine Familie entgingen, als sie sich diesen Umtrieben zunehmend widersetzten, nur knapp einem tödlichen Attentat der CIA; die Verfilzung reaktionärer Elemente in der Partei Sihanouks, in der Regierung und im gesamten Verwaltungsapparat wurden von ihm lange Zeit übersehen, so daß die Unabhängigkeit des Landes von innen heraus abgeschafft werden konnte.

Hauptsächlich aber möchte ich die Aufmerksamkeit darauf richten, daß Sihanouk — und mit ihm einige der Politiker, die nach 1970 die königliche Regierung bildeten —stets größten Wert auf die Erhaltung der Neutralitätspolitik gelegt haben, weil sie für ihr Land in Anbetracht seiner geographischen und politischen Lage als ein strategisch wichtiges Element erachteten.

Auf der ersten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder in Belgrad (Sept. 1961) hielt Sihanouk eine Rede, in der sich bereits die Erfahrungen seiner strikten Neutralitätspolitik wiederfinden. Er sagte dort u.a.:

„Die gegenwärtigen Ereignisse lassen immerhin deutlich erkennen, daß die akuteste Gefahr von den Imperialisten droht, die ihre Kräfte in den **künstlich geteilten** Ländern messen, welche sie schamhaft als 'Einflußsphären' oder gar als 'Lebensinteressen-Sphären' bezeichnen, worunter die Lebensinteressen des einen oder des anderen großen Mächteblocks zu verstehen sind. Denn hätte der Wille ihrer Völker etwas zu sagen, so würden diese Länder rasch ihre Wiedervereinigung verwirklichen. Ja, es gibt wohl niemanden auf der Welt, der glauben kann, daß ein Volk imstande ist, so viel von seinem Patriotismus abzustreifen, um die Zweiteilung des eigenen Landes, wo zwischen den beiden Teilen ein künstlich geschaffenes feindliches Verhältnis aufrechterhalten wird, vorbehaltlos gutzuheißen." (Bewegung der Blockfreien, Köln 1978, S.33 f.)

Drei Jahre später, 1964, als sich die Lage in Vietnam weiter zugespitzt hatte, erklärte der damalige Ministerpräsident Kampucheas auf der Kairoer Blockfreien-Konferenz:

„Die Erfahrungen mit den amerikanischen Imperialisten und ihren Helfershelfern zeigen uns, daß wir, wenn schon nicht als nationalistisches Königreich, so doch zumindest als nationaler Kern nicht bestehen können, wenn wir uns nicht mit den Bewegungen eng zusammenschließen, die entschlossen für die Abschaffung des Kolonialismus und Imperialismus in ihren eigenen Ländern und bei ihren Nachbarn kämpfen. Schließlich ist ja bekannt, daß Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sich nicht damit zufrieden geben, sich in Ländern niederzulassen, die von ihren Führern verkauft wurden, sondern, daß sie ihren Einfluß auf andere



Befreiungskämpfer vor den historischen Tempeln von Angkor

Länder auszudehnen wünschen, welche in ihrer Reichweite liegen." (ebd., S.79)

Diese Äußerungen wurden vor der internationalen Öffentlichkeit gegenüber einer Versammlung von damals noch 47 Staats- und Regierungschefs gemacht, als in Kampuchea immer neue Wellen von Flüchtlingen vor den Flugzeugen und Panzern Schutz suchten, die von den USA und der Thieu-Marionettenregierung gegen die südvietnamesische Bevölkerung eingesetzt wurden und denen Kampuchea ohne irgendeine Frage Schutz gewährte.

Und es waren nicht nur Flüchtlinge, die kamen. Es waren tausende und abertausende Soldaten der FNL und später der DRV, denen Kampuchea seine kämpferische Solidarität bewies, indem es — in der Öffentlichkeit immer das Gegenteil behauptend — sein Territorium zur Verfügung stellte. Es war deswegen notwendig, auf diese Politik etwas näher einzugehen, weil sie in der bürgerlichen Öffentlichkeit oft verächtlich als „Schaukelpolitik" bezeichnet wurde, wohingegen mit allem Nachdruck unterstrichen werden muß, daß diese Neutralitäts- und Blockfreiheitspolitik nicht Nachgeben gegen imperialistische Aggressoren bedeutete. Im Falle Kampucheas der 60er Jahre bedeutete diese Politik im Gegenteil, daß das Land sich mit politischen und diplomatischen Mitteln gegen den US-Imperialismus verteidigte, und zwar so, daß es zu einem wichtigen Hinterland der aktiven Solidarität für den Befreiungskampf wurde und ein Jahrzehnt lang blieb. Auf diese Weise hat Kampuchea und hat die Politik Sihanouks wesentlich zur Niederlage des US-Imperialismus beigetragen, bevor das Land, ab 1970 unter einer neuen Führung, auch mit der Waffe in der Hand das Schicksal dieser Supermacht in Indochina besiegelte.

Sihanouk sagte selbst zu seiner Politik in jenen Jahren später:

„Meine Verleumder erzählen gern, daß ich irgendwann in meiner Entwicklung von Mao Testung und Tschu En-lai einer Gehirnwäsche unterzogen worden sein müsse. Aber es waren Leute wie Vincent Auriol und John Foster Dulles und später Richard Nixon, die für meine politische Ausbildung verantwortlich waren. Unabhängigkeit war in den Augen dieser Führer ein Köder, den man vorhalten und wegziehen konnte, je nachdem, wie es ihre Interessen erforderten, nicht aber denen des jeweils betroffenen kleinen Landes paßte." (Sihanouk/Burchett, Mein Krieg mit dem CIA, Westberlin 1974, S. 151)



Norodom Sihanouk 1973

Die Entwicklung der Revolution in Kampuchea

Die Schilderung dieser wichtigen geschichtlichen Tatsachen, bei denen die Rolle Sihanouks notwendigerweise hervorgehoben werden mußte, bedeutet keineswegs, daß unterstrichen werden sollte, daß Sihanouk subjektiv ein feuriger Revolutionär war; Sihanouk spielt ja in der Periode von 1970 bis 1975 eine gewichtige Rolle, und die Schilderung der **Außenpolitik** dieses Mannes geschah auch deshalb ausführlich, weil sie sowohl zur damaligen Zeit wie auch in der Zeit von 1970 bis 1975 und danach auch bei den kampucheanischen Kommunisten unbestritten war. Spricht man von der Revolution in Kampuchea, so muß man die großen objektiven und subjektiven Unterschiede gegenüber Vietnam hervorheben, jeder unmittelbare Vergleich würde in die Irre führen und uns nicht verstehn lassen, worin der kampucheanische Weg zum Sozialismus besteht.

Zunächst zur objektiven Situation:

Während in Vietnam die Frage der landlosen Bauern sich bereits in den 20er und 30er Jahren dramatisch zuspitzte - der Expansionismus, der traditionell die feudale vietnamesische Gesellschaft geprägt hatte, war durch den französischen Kolonialismus gestoppt worden - setzte diese Entwicklung in Kampuchea erst viel später ein und erreichte einen explosiven Zustand erst in den 50er und 60er Jahren. Dies hat auch damit zu tun, daß in Kampuchea das bebaubare Land reichhaltig vorhanden ist, so daß pro Bauernfamilie lange Zeit rein rechnerisch eine große Fläche zur Verfügung stand. In Kampuchea lebten zudem nur insgesamt 7 Millionen Menschen auf einer Fläche von 181 000 qm, 1/3 davon jederzeit landwirtschaftlich nutzbar.

Der Eingriff des französischen Kolonialismus in die feudale kampucheanische Gesellschaft hatte anfangs nicht die nachhaltigen Auswirkungen wie z.B. in „Cochinchina", wo durch den Großgrundbesitz und den europäischen Großplantagenbesitz die Verarmung der Bauern in großer Geschwindigkeit erfolgte.

So treten die zerstörerischen Kräfte des Kolonialismus in Kampuchea in starkem Maß erst im Laufe und nach dem 2. Weltkrieg auf, als erst die japanische Besatzungsmacht das Land plündert und so dann die verbliebenen französischen und hereinströmenden anderen westlichen Imperialisten das Land wirtschaftlich in die Zange nehmen. Erst da verschärft sich die typische Kolonialisierung von Wirtschaft und Gesellschaft: es verstärkt sich die Tendenz zur Konzentration von immer mehr Land in immer weniger Händen, hochgestellte Funktionäre der Sihanouk - Partei gründen selbst Kautschuk- oder Kokosplantagen von Hunderten von Hektar Größe. Die Bauernschaft gerät deshalb in Schwierigkeiten, der Zinswucher nimmt zu. Die koloniale Wirtschaft zerstört die Ansätze der Industrie und das Handwerk, verhindert die Industrialisierung. Wer nicht in der Verwaltung oder im Dienstleistungsgewerbe unterkommt, geht zurück aufs Land, verstärkt die Landknappheit.

Erst nach 1954 entsteht in Kampuchea in den Textilfabriken, Zementfabriken, Kautschukbetrieben und Papiermühlen - soweit sie nicht von der ausländischen Konkurrenz zu Boden gedrückt werden - die kampucheanische Industrie - Arbeiterklasse, die zu den Kautschukplantagen-Arbeitern hinzutritt.

Die reichgewordenen Großgrundbesitzer und Plantagenbesitzer ziehen mitsamt ihrem Anhang in die Hauptstadt, leben von der Ausbeutung der Bauern, konsumieren den Luxus westlicher Exportgüter, anstatt zu investieren, was ihnen von der ausländischen Konkurrenz nicht gestattet wird. Hinzu kommt der sich ständig aufblähende Verwaltungsapparat, Korruption und Schieberei, hinzu kommen die massiven zig-Millionen Bestechungs-Dollars der USA-Imperialisten, die die „feudale, imperialistische, kapitalistische, reaktionäre Ausbeuterklasse", die über die unterdrückte Klasse von „Landarbeitern, armen und unteren Mittelbauern und anderen Werktätigen in den ländlichen Gebieten und in den Städten, die zusammen mehr als 95% gesamten kampucheanischen Bevölkerung ausmachen" herrscht (so die Analyse der KPK vor der Befreiung) immer mehr zerfallen lassen.

Es war gesetzmäßig, daß angesichts dieser Entwicklungen der spontane Widerstand der Bauern — und auch der Arbeiter — ausbrach. Bereits der August-Aufstand 1945 war mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit geführt worden. Und auch der Kampf gegen die französischen Okkupanten nach 1946 trug hauptsächlich die Forderung der Bauern nach Landreform und der Arbeiter nach Verstaatlichung der Großplantagen — die Etappe der neudemokratischen Revolution also, unter den Losungen „Das Land denen, die es bebauen" und „Nationale Unabhängigkeit". Dieser Kampf wurde, wie bereits dargelegt, von der „Khmer-Issarak"-Bewegung geführt — bis deren bewaffnete Einheiten sich 1954, wie es das Genfer Indochina-Abkommen vorsah, nach Nordvietnam zurückzogen.

Dies bedeutet, daß die Kommunistische Partei neu aufgebaut werden mußte — einmal von den verbliebenen „zivilen" Kräften der alten „Khmer-Issarak", zum anderen von den sich neu formierenden Kräften des Widerstands.

Die Kommunistische Partei, welche die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung vertreten mußte, hatte eine lange und komplizierte Aufbauphase vor sich. Die Kommunisten waren in der schwierigen Lage, sich gegenüber den „Sozialismus" - Vorstellungen des Norodom-Sihanouk zu entwickeln; gleichzeitig mußten sie die Außenpolitik Sihanouks im Interesse des gesamten Landes unterstützen.

Für das Verständnis der gegenwärtigen Lage in Kampuchea ist folgendes entscheidend: die revolutionären Kräfte der 30er, 40er und 50er Jahre standen unter dem starken Eindruck der „indochinesischen Revolution", d.h. von Auffassungen, die die nationalen Besonderheiten der Völker in Südostasien großenteils unberücksichtigt ließen. Die Entwicklung einer Linie des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit eines jeden Landes unter Berücksichtigung seiner Besonderheiten und seiner geschichtlichen, sozialen und nationalen Eigenheiten sowie die Anwendung des Prinzips des Vertrauens auf die eigene Kraft stellte das Neue in der kommunistischen Bewegung Kampucheas dar. Rückblickend betrachtet kann man sagen, daß erst diese Linie ermöglichte, die kampucheanischen Volksmassen im breitem Umfange zu revolutionieren und zu einer entscheidenden Kraft gegen den Imperialismus zu machen. Denn was die Kommunistische Partei Kampucheas in den Jahren zwischen 1957 und 1960 klar analysierte: daß das Land weder 1945, 1949 noch nach 1954 wirklich unabhängig (obwohl formal unabhängig und neutral) war, sondern ein halbkoloniales Land und dem Einfluß besonders des USA-Imperialismus ausgesetzt — das schlug sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nieder. Erst unter der Führung der Kommunistischen Partei, die den Arbeiter- und Bauernmassen den Weg zu einer wirklichen Unabhängigkeit und zur Befreiung wies, konnten alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte mobilisiert und konnte der Sieg erreicht werden. Der Erkenntnis der Kommunisten, daß die Bauern, die 85% der Bevölkerung ausmachten, die Hauptkraft der Revolution waren, folgten in den Jahren von 1955 bis 1960 die Umgruppierung der Kader auf das Land — 90% der Parteifunktionäre arbeiteten schließlich im Jahre 1963 unter den Bauernmassen.

Dabei erstarkten die revolutionären Kräfte in Stadt und Land. Die kampucheanischen Kommunisten entwickelten eine klare Einschätzung der Lage und sahen voraus, daß Lon Nol — damals Innenminister Sihanouks (und er besaß noch dessen volleste Vertrauen) unterstützt von den USA Unterdrükkungskampagnen mit dem Ziel entfalten würde, die revolutionären und die demokratisch und patriotisch gesinnten Kräfte zu vernichten. Sie ergriffen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der revolutionären Kräfte und bereiteten sie i deologisch auf den Ausbruch eines Bürgerkrieges vor. In verschiedenen Teilen des Landes war die Lage der Bauern immer unerträglicher geworden. 1967 brach in Samlaut in der Provinz Battambang eine große Bauernerhebung aus. Die Bauern in anderen Landesteilen waren auf die Erhebung noch nicht genügend vorbereitet, so daß der allgemeine Aufstand nicht durchgeführt werden konnte. Die KP Kampucheas zog jedoch aus den Samlaut-Ereignissen die Lehre, von nun ab den bewaffneten Kampf zu führen — unter Berücksichtigung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im Landesmaßstab, „um die Revolution zu verteidigen und gleichzeitig die Bedingungen zu schaffen, die es erlaubten,

die revolutionären Kräfte zu konsolidieren und zu entwickeln." (Pol Pot, „Vive le 17. anniversaire de la fondation du Parti communiste du Kampuchea", Phnom Penh 1977, S.35.)

Die Antwort Lon Nols: Massaker an der Bevölkerung zuerst in Nordwesten, dann im Südwesten, dann im Nordosten, im Osten — überall dort, wo die Kommunisten, seit 1960 als KP Kampucheas organisiert, Widerstandszentren aufgebaut und mit der Vorbereitung der Volksmassen auf den Krieg begonnen hatten.

Wie Ihr alle wißt, führte die konterrevolutionäre Kampagne der Rechten zum Sturz Sihanouks 1970 — am 18. März. Der Staatsstreich erfolge im Zuge der US-imperialistischen Strategie, „Asiaten gegen Asiaten kämpfen" zu lassen, den Krieg auszuweiten und mit dem massiven Einsatz von Massenvernichtungswaffen die revolutionären Befreiungsbewegungen zu ersticken. Die Neutralität Kampucheas war beseitigt, es war Kriegsschauplatz und Schauplatz grausamster Unterdrückungsversuche geworden.

Wie die KPK feststellte, war „das Volk bereit. Es war auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet vollständig gerüstet und seine Antwort kam unverzüglich und machtvoll. Vom 23. März an fanden im ganzen Land große, von revolutionärer Gewalt erfüllte Demonstrationen statt. Die äußerst faschistische Unterdrückung durch den Feind konnte den Haß des Volkes nicht ersticken. Im Gegenteil, sie schürte ihn aufs Neue, und es entfaltete sich eine große revolutionäre Kampfbewegung in Stadt und Land mit einer in der Geschichte Kampucheas nie gekannten Kraft. Gleichzeitig vereinigte die Revolutionäre Organisation (die KPK, der Verf.) die Nation und das ganze Volk zu einer breiten und starken Einheitsfront gegen den äußerst barbarischen Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten und gegen die Clique des Verräters Lon Nol, ihres Lakaien. Die Revolutionäre Armee verließ die Wälder, stieg von den Bergen herab und griff den Feind von allen Seiten an, versetzte ihm eine Niederlage nach der anderen und stürzte ihn in eine tiefe Verwirrung." (ebd)

Wir erinnern uns an die masive Boden-Invasion im Mai und Juni 1970, ebenso ein Jahr später, die von Südvietnam gestartet wurde, und daran, welche ungeheuren Militärkräfte in Bewegung gesetzt wurden. Damals wie heute ist es wichtig, zu erkennen, daß es die kampucheanischen Volksmassen waren, gestützt auf die revolutionäre Theorie des langandauernden Volkskrieges und auf ihre reguläre, tapfere Revolutionäre Volksarmee, die den Feind zurückschlugen, und nicht vietnamesische Truppen, die überdies einer Verschärfung des US-Aggressionskrieges an den anderen Fronten widerstehen mußten. 1972 waren die letzten Invasionstruppen nach Südvietnam zurückgejagt, und sie kamen nie wieder. Stattdessen wurde die Lon Nol-Marionettenarmee mit riesigen Kriegsmaschinen ausgestattet, um mit der „Khmerisierung" den Krieg zu gewinnen. Als sich dies ebenfalls nicht machbar herausstellte, setzte die Aggression aus der Luft durch die amerikanische Bomberflotte ein.

Dieser Vorgang, die Bombardierung Kampucheas vom Januar 1973 bis zum 15. August 1973 (im März 1973 wurde in Paris das Friedensabkommen mit Vietnam abgeschlossen) ist ein in die Militärgeschichte einmaliger Vorgang, den wir uns nicht deutlich genug in Erinnerung rufen können. Fast 200 Tage und Nächte waren **alle** in Südostasien und im Pazifik stationierten Flugzeuge im Einsatz — von Düsenflugzeugen aller Kaliber bis zu den strategischen Bombern des Typs B-52, ausschließlich um Kampuchea zu bombardieren. Durch Geschoßhagel und Bombardements bis zur völligen Ausschöpfung ihrer gesamten Militärmaschinerie wollten die USA das kampucheanische Volk dazu zwingen, die Waffen aus der Hand zu legen und über den so heftig geforderten Waffenstillstand zu verhandeln. Dieser Waffenstillstand hätte damals nicht nur die Faschisten in Phnom Penh an der Macht gelassen, sondern nach dem Waffenstillstand mit Vietnam 1973 hätte eine Basis des USA-Imperialismus weiterbestanden, von der aus der



Demonstration in Phnom Penh für die vollständige Befreiung Kampucheas

Befreiungskampf der südostasiatischen Völker weiter bedroht wäre. Und zwar nicht durch den USA-Imperialismus allein; denn bekanntlich hat sich die SU stets geweigert, die Lon Nol Clique zu ächten, und war im Land verblieben, weil sie damit rechnete, mit Lon Nol ins Geschäft zu kommen, und nicht damit rechnete, daß das kampucheanische Volk siegreich sein würde. Die Fortsetzung des hartnäckigen Widerstandes gegen die USA-Aggression war eine der leuchtendsten internationalistischen Taten des kampucheanischen Volkes unter der Führung seiner Kommunistischen Partei!

Dieser Aggressionskrieg, der nach der vom US-Kongreß verfügten Einstellung der Bombardements mit erneuten Versuchen der „Khmerisierung" fortgesetzt wurde, hat in Kampuchea nachhaltige Spuren hinterlassen, in vielerlei Hinsicht. So erklärte auf der Blockfreien-Konferenz in Algier im September 1973 dazu „Laut den Statistiken unserer Gegner haben über 400 000 Kambodschaner ihr Leben verloren, während zwei Millionnen in ihnen — von insgesamt 7 Millionen — Flüchtlinge ohne Heim und Herd geworden sind, in diesem Kampf der objektiv ein Kampf für die Schwächung des amerikanischen Imperialismus ist. Wir sind deshalb der Ansicht, daß unser Kampf auf die ganze Dritte Welt einen Einfluß hat." (Bewegung der Blockfreien, a.a.O. S. 163)

Das Ausharren gegen diese barbarische Aktion des Indochina-Krieges hat das kampucheanische Volk zusammengeschweißt: sein Erfolg, die Einstellung der Bombenangriffe erzwungen zu haben, hat die Bedingungen für den Sieg gelegt. Dieses Jahr 1973 hat alle Legenden über die Schwäche der kampucheanischen revolutionären und Volksbewegung, alle Legenden über die angebliche Kampfunlustigkeit seiner regulären und Miliztruppen ein für alle mal widerlegt. Zugleich haben die Opfer, die das kampucheanische Volk in einer relativ kurzen und gedrängten Kriegsperiode gebracht hat, auf die heutige Situation die nachhaltigsten Auswirkungen, und wir verurteilen den bodenlosen Zynismus und die durch nichts zu überbietende Heuchelei der gesamten bürgerlichen Presse von der „New York Times" über die „Prawda" bis zu „Stern" und „Spiegel", über diese Ereignisse heute kein Wort mehr verlieren und sich stattdessen gegenseitig darin zu überbieten, dieses tapfere Volk mit Kübeln von Schmutz und dreisten Lügengeschichten zu übergießen!

Die KPK sowie die führenden Organe Kampucheas, die FUNK, die GRUNK und die FAPLNK trafen nach diesem Sieg des Jahres 1973 die richtige Analyse, in der Gegenoffensive zur Niederschlagung des Gegners einzutreten, legten eine Generaloffensive für die Trockenzeit 1975 fest mit dem Ziel, den vollständigen Sieg zu erringen. Diese begann am 1. Januar um 1 Uhr früh gleichzeitig um Pnomh Penh, am Unterlauf des Mekong und gegen die Provinzhauptstädte. Am 1. April fiel Neak Luong und damit der Mekong. Das war der entscheidende Faktor für

den vollständigen Sieg. Dieser wurde am 17. April 1975 errungen, zur unvorstellbaren Freude von Millionen und Abermillionen Menschen in der ganzen Welt, die in der jüngsten Geschichte eine so revolutionäre 1.Mai-Feier nicht gekannt haben!



Am 17. April befreiten die revolutionären Volksstreitkräfte nach langer Belagerung Phnom Penh und vollendeten damit die Befreiung des ganzen Landes. Die Volksarmee wird von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt.

Lage und Entwicklung nach dem Sieg von 1975

Der historische Sieg des kampucheanischen Volkes war unter schwersten Opfern erkauft. Er traf auf Bedingungen im Land, die durch die vorangegangene Periode des amerikanischen Kolonialismus von zwar nur 5 Jahren, aber großer Intensität und längerer Vorgeschichte, äusserst schwierig waren. Ein zentrales Problem war die Ernährungsgrundlage und im Zusammenhang damit die Hauptstadt wie auch die anderen größeren Städte.

Einige Zahlen:

1969 wurden 2,46 Millionen ha mit Reis bewirtschaftet.

1974 waren es noch 0,5 Millionen.

1970 betrug die Reisproduktion 3,8 Millionen Tonnen.

1974 waren es noch 493.000 Tonnen, also um 87% weniger.

Während 1968 noch 230.000 Tonnen Reis exportiert wurden, mußten 1974 282.000 Tonnen importiert werden. (Porter/Hildebrand, From Starvation to Self-Sufficiency, Febr./March 1976, S.7)

Die Mehrzahl der Bevölkerung in den Städten war chronisch unterernährt. Im Rot-Kreuz-Kinderkrankenhaus in Pnomh Penh wurden in der letzten Februar-Woche 1975 145 Kinder mit fortgeschrittener Unterernährung aufgenommen, von denen 65 trotz bester Behandlung starben. Drei Wochen später war die Todesrate noch höher. In Pnomh Penh starben in den letzten 5 Monaten vor Kriegsende wenigstens 15 000 Menschen, im März allein starben 8 000 Menschen an Hunger. (ebd., S. 4f.)

Am Tag der Befreiung war die Stadt buchstäblich ohne alle Nahrungsmittel oder normale öffentliche Dienste. Am letzten Tag war die Wasser-Kläranlage von USA-Agenten absichtlich zerstört worden, so daß kein Trinkwasser zur Verfügung stand. Dies alles zusammengenommen mit der Tatsache, daß die Stadt vor dem Krieg mit über 600.000 Einwohnern schon überfüllt und jetzt mit 3 Millionen Menschen vollgepropft war, bedeutet die akuteste Gefahr für Seuchen und Hungertod von Hunderttausenden.

„Die GRUNK hatte weder Lastwagen noch den Treibstoff, um den Reis in dem Umfang und in der Schnelligkeit nach Pnomh Penh zu bringen, wie es nötig gewesen wäre, um eine größere Hungersnot zu verhindern. Aus dem gleichen Grund konnten sie die hungernden Leute auch nicht aus der Stadt in die nahegelegenen Orte bringen, wo sie seit einiger Zeit Reis lagerten. Es gab daher keine Alternative, als eine Massenbewegung der Bevölkerung zu Fuß aufs Land und zu den Reisvorräten in Gang zu setzen." Das schreibt Malcolm Caldwell, ein langjähriger Beobachter der Entwicklung in Kampuchea. (Weder Reiche noch Arme, 3. Welt-Magazin 5-7/1976, S.26f.) Caldwell macht auf eine andere wichtige Tatsache aufmerksam, nämlich „die Kommandoeinheiten, die die USA zurückgelassen hatten, deren Aufgabe es war, mit Heckenschützen und Bomben Verwirrung zu schaffen und eine Situation zu nutzen, in der es, wie man glaubte, Panik, Verzweiflung, Hunger und Widerstand gegen die FUNK geben würde. Für Isolierung und Zerschlagung dieser letzten Banditen war eine schnelle und gut organisierte Evakuierung von unschätzbarem Wert." (ebd. S. 27) Und was die Lage der gesamten Landwirtschaft angeht, schreibt derselbe Autor: „Schließlich ist es wichtig zu wissen, welches Stadium der Reisyklus zur Zeit der Befreiung Phnom Penhs erreicht hatte, um die Dringlichkeit für die FUNK zu verstehen. Traditionellerweise beginnt die Vorbereitung der Erde und die Pflanzung der Setzlinge im späten Mai, mit einer weiteren Anpflanzung nach ein bis zwei Monaten... Es war daher wichtig, diesen ungeheuren Zuwachs an Arbeitskräften so schnell wie menschenmöglich zu bekommen, damit sie alle ihren Beitrag zur nächsten Ernte beisteuern konnten. Was begriffen werden muß, ist die Tatsache, daß die Führung der FUNK dies im voraus durchdacht und genügend überschüssigen Reis eingeplant und bereitgestellt hatte, um diese zusätzlichen Arbeitskräfte zu ernähren, bis sie von den Früchten ihrer eigenen Arbeit leben konnten." (ebd., S. 27f.)

Dieses waren die aktuellen Probleme der Hauptstadt. Das grundlegende Problem aber bestand in Folgendem: Es wird geschätzt, daß etwa 85% der Bevölkerung unproduktiv waren, in produktive Arbeit übergeführt werden mußten, wenn Kampuchea Selbstversorgung und Wohlstand erreichen wollte. Jede andere Lösung hätte bedeutet, auf ausländische Hilfe angewiesen zu sein. Immerhin befand sich die Hälfte der Bevölkerung in der Hauptstadt, in anderen Großstädten befand sich eine weitere Million — wie sollte unter solchen Umständen, wo nicht einmal 1% aller kampucheanischen Beschäftigten in der Industrie tätig war, eine Volkswirtschaft aufgebaut werden? Diese Situation Kampucheas am Tag der Befreiung macht deutlich, daß wir es mit einmaligen Umständen zu tun haben — politisch, wirtschaftlich und sozial -- und daß diesen Umständen entsprechende Lösungen gefunden werden ‚mußten, die ebenso einmalig zu sein hatten

Grob gesprochen besteht der Plan der KPK in Folgendem:

— die Landwirtschaft als Basis in großem Maßstabe entwickeln, mit dem Schwergewicht auf die Reisproduktion, was die Diversifizierung der Produktion insgesamt nicht ausschließt;

— um dies zu erreichen muß in technischer Hinsicht das Hauptgewicht auf den Bau von Bewässerungsanlagen gelegt werden. Zur Zeit seiner größten Blüte besaß das kampucheanische Feudalreich das vielleicht entwickeltste Bewässerungssystem der Welt; dies ist notwendig, um von den natürlichen

Bedingungen des Mekongflusses relativ unabhängig zu werden;

— gleichzeitig mit der Landwirtschaft als Basis wird die Industrie entwickelt, vorrangig diejenigen Teile, die zur Mechanisierung der Landwirtschaft und zur Erhöhung der Ernte-Erträge beitragen können.

— Schließlich werden die existierenden Fabriken in den Städten wieder in Betrieb genommen um mit solch wichtigen Produkten wie Treibstoff, Dünger, Batterien, Papier, Seife usw. versorgt zu sein.

— Und endlich wird sowohl die Binnen- als auch die Hochseefischerei entwickelt.

Ende 1977 konnte Genosse Pol Pot bereits so detaillierte Angaben über den Wirtschaftsbau machen, daß ich sie hier als Rechenschaftsbericht zitieren möchte:

„Zur Zeit haben wir in Kampuchea eine Fläche von 181 000 qkm, von denen 6 Millionen ha Ackerland sind. Unser großer (See) Tonle Sap, unser Meer, unsere übrigen Seen und Flüsse sind reich an Ressourcen. Unsere dichten Wälder, der Boden und der Untergrund enthalten reiche Bodenschätze. Und in diesem Land leben nur 8 Millionen Kambodschaner. Was den landwirtschaftlich genutzten Boden oder den Boden betrifft, der für den Obst- und Gemüseanbau genutzt wird, so kann jeder bäuerliche Haushalt über 5 ha Land verfügen. Angesichts der Größe unseres Landes und seiner Ressourcen brauchten wir für eine richtige Nutzung etwa 20 Millionen Menschen. Außerdem brauchen wir zu diesem Zeitpunkt, da erst vor kurzem ein verheerender Krieg zu Ende gegangen ist, dringend Zeit, und wir müssen die Energien unserer ganzen Nation und unseres ganzen Volks mobilisieren, um unser Land aufzubauen und den Lebensstandard unseres Volkes möglichst rasch zu heben. In Anbetracht dieses Sachverhalts besteht für uns überhaupt keine Notwendigkeit, auch nur einen Zentimeter Boden irgendeines anderen Landes, ob nah oder fern, zu annektieren oder zu besetzen. Im Gegenteil, es ist für uns unbedingt notwendig, zu fern oder zu nah gelegenen Ländern eine Beziehung der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität zu unterhalten. Deshalb waren wir stets bestrebt, zu allen Ländern in der Welt, ob fern oder nah, freundschaftliche Beziehungen herzustellen... Wir haben außerdem erste positive Ergebnisse im Bereich der Wirtschaft, der sozialen Angelegenheiten, des Gesundheitswesens, der Kultur, der Erziehung, der Wissenschaft und Technologie sowie in anderen Bereichen des Aufbaus erzielt. Wir haben bereits 80% des Plans für die Getreideerzeugung im Jahre 1976 — das sind 3 t je ha — erfolgreich erfüllt. Dadurch haben wir genügend Nahrungsmittel, um das Problem der Ernährung unserer Bevölkerung mit durchschnittlich 312 kg Reis pro Kopf zu lösen, und wir waren 1977 in der Lage, mit dem Export von Zehntausenden Tonnen von Reis zu beginnen. Die große Massenbewegung zur Lösung des Wasserwirtschaftsproblems hat in der ersten Hälfte des Jahres 1977 die Projekte für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Wasserwirtschaft in unserem Land in großem und spektakulärem Umfang vorangetrieben. In jeder Zone entstanden viele Großreservoire mit einer Speicherkapazität von 100 bis 200 Millionen m³ Wasser. Außerdem in jeder Region mittelgroße Reservate mit 50 bis 60 Millionen m³ Wasser und in jedem Distrikt kleine Reservoire mit 5 bis 10 Millionen m³ Wasser. Außerdem wurden in Dutzenden von Flüssen Dämme aller Größen gebaut. Zudem haben wir auch Kanäle und Bewässerungsgräben in einer Gesamtlänge von mehreren hundert km ausgehoben. Mit diesen Projekten können zu allen Jahreszeiten, in der Regen- und Trockenzeit, etwa 400 000 ha Reisfelder bewässert werden. Industrie und Handwerk haben ebenfalls einen raschen Fortschritt erlebt, da wir so sowohl in Phnom Penh als auch in den Zonen, Regionen, Distrikten und Genossenschaften gefestigt und entwickelt haben. In unserem ganzen Land bildet sich allmählich ein Netz von Groß-, Mittel- und Kleinindustrien sowie des Handwerks heraus, das wir weiterhin festigen und entwickeln werden. Wir waren in der Lage, die Probleme des Lebensunterhalt der Bevölkerung befriedigend zu lösen. Die Lebensbedingungen verbessern sich ständig, da die Getreideversorgung für jeden voll gesichert ist und da sich die Gesundheitsbedingungen ständig verbessern. 1977, dem ersten Jahr des Vierjahresplans für die Ausrottung der Malaria, haben wir bereits 70 bis 80% unserer Ziele erreicht. Andere Krankheiten, besonders Krankheiten die aus der alten Gesellschaft stammen, sind ebenfalls im wesentlichen ausgerottet worden. Es gibt nur noch bestimmte endemische Krankheiten, die unter Kontrolle gebracht werden müssen. Es gibt ein Netz von Krankenhäusern und pharmazeutischen Zentren in Phnom Penh sowie in den Zonen, Regionen, Distrikten und Genossenschaften des ganzen Landes. Jede Genossenschaft besitzt ihre eigene Klinik und ihre eigene pharmazeutische Einrichtung. Im Durchschnitt gibt es für je 100 Familien in den Genossenschaften je eine Klinik mit 20 Betten und 3 Betreuern mit medizinischer Grundausbildung sowie ein Betrieb zur Herstellung von Kräutermedizin mit drei Apothekern. Die von uns hergestellte Kräutermedizin kann 80% des Bedarfs des Landes decken. Wir sind bestrebt, unser System der Krankenhäuser und pharmazeutischen Einrichtungen noch schneller zu entwickeln und zu verbessern... In gleicher Weise haben wir im Bereich der Kultur und des Erziehungswesens gute Ergebnisse erzielt. Als das Land 1975 befreit wurde, waren 75% der Bauern auf dem Lande und 60% der Werktätigen in den Städten Analphabeten. Jetzt haben wir das Analphabetentum zu 80 bis 90% beseitigt und führen das Programm zur schnellen Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung weiter durch, damit sie lesen, schreiben und rechnen kann. Unser Volk arbeitet jetzt in den vielen Bereichen der Wissenschaft und der Technologie, besonders Zehntausende unserer jungen Männer und Frauen. Sie studieren und dienen gleichzeitig direkt der Produktionsbewegung. Vor 1975 ging die Zahl unserer Landsleute, die wirklich im Bereich von Wissenschaft und Technologie arbeiteten, nicht über 500 hinaus..." (Archiv der Gegenwart, 1977, S.330f.)



Die Landwirtschaft ist die Grundlage der Wirtschaft. Eine korrekte Linie in der Landwirtschaft führt jährlich trotz schwieriger Bedingungen zu reichen Ernten.

Zur Politik der beiden Supermächte nach 1975

Haben mit dem Jahre 1975 die Bedingungen aufgehört zu existieren, die Kampuchea nach wie vor zu einem Spielball äußerer Interessen machen wollen?

Als die USA-Imperialisten im April/Mai 1975 geschlagen waren, haben sie da nicht versucht, durch den Mayaguez-Zwischenfall, eine gezielte Provokation in den Territorialgewässern Kampucheas, erneut einen Vorwand für Intervention vom Zaun zu brechen? Und als das nicht gelang, haben sie nicht alle Kräfte darauf konzentriert, in alter imperialistischer Manier eine weltweite Propagandakampagne in Gang zu setzen, um die kampucheanische Revolution in den Dreck zu ziehen? Wir sollten diese Propagandakampagne keinesfalls unterschätzen. Denn darum geht es bei dieser Kampagne: die Solidarität mit einem angegriffenen Kampuchea soll zu Null dividiert werden. Die Unabhängigkeit des Landes soll widerspruchslos beseitigt werden können. Sozialismus, neue demokratische Gesellschaft, revolutionäre Umwälzung: dies soll mit Massakern, Unterdrückung, Blut und Tod gleichgesetzt werden.

Es ist allgemein bekannt, welche Haltung die SU während des Abwehrkrieges 1970 bis 1975 eingenommen hat. Wiederholt bezeichnete sie diesen Befreiungskrieg verleumderisch als Krieg, in dem „Blutsverwandte einander abschlachten". Im Zusammenwirken mit der Lon Nol-Clique arbeitet sie an der Herausbildung einer „dritten Kraft" zur Unterminierung der kampucheanischen Revolution. Diese „dritte Kraft" sollte 1973, nach dem Waffenstillstand in Vietnam, mit der Lon Nol-Clique ebenfalls um eine „Feuereinstellung" verhandeln und ein neues Regime bilten, das sich vom alten nur unwesentlich unterschieden hätte. Die SU hielt bis zum 17. April 1975 die diplomatischen Beziehungen zu Lon Nol aufrecht, während andererseits bereits im Mai 1970 Dutzende von Staaten die Regierung unter Sihanouk als rechtmäßig anerkannt hatten und 1975 die SU mit Lon Nol ziemlich einzig in der Welt dastand. Den meisten ist auch noch bekannt, daß die SU eine amerikanische Versicherungsgesellschaft, die die Transporte auf dem Mekong von Saigon nach Phnom Penh versicherte, ihrerseits rückversicherte. Heute ist es die Politik des sowjetischen Sozialimperialismus, in das vom USA-Imperialismus hinterlassene sog. „Vakuum" einzudringen und seine Hegemonie über das strategisch wichtige Gebiet Südostasiens zu errichten. Alles was diesen Hegemoniebestrebungen entgegengesetzt ist, und dies ist im entschiedensten Maße die Politik der Unabhängigkeit und Neutralität Kampucheas, trifft auf den Haß der Kreml-Zaren.

Diese Politk der Su gegenüber Südostasien ist nicht neu. Seit dem XXIV. Parteitag der Sozialimperialisten ist von einem „Asiatischen Sicherheitssystem" die Rede, dessen Erfindung als „unersetzbarer Schatz" bezeichnet wurde. 1949 schien Breschnews Stunde zu schlagen, als die USA-Imperialisten in Vietnam bis zum Hals im Schlamm steckten und er erklärte, dies könne ein „besserer Ersatz für die bestehenden militärsich-politischen Blöcke" sein. Was sich dahinter versteckt, wird daran deutlich, daß als erster Baustein „des Gebäudes der asiatischen Sicherheit" der russisch-indische „Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit" unterzeichnet wurde, der es Indien ermöglichte, den seit Ende des 2. Weltkriegs größten Krieg auf dem südasiatischen Subkontinent zu entfesseln und über Pakistan herzufallen. Auch während der ganzen Zeit der Verhandlungen zwischen USA und Vietnam, die seit 1968 geführt wurden, versuchte die SU ihre Idee zu lancieren, wie überhaupt die Sozialimperialisten sich die größte Mühe machten, sich über die Köpfe der Völker Vietnams, Laos und Kampucheas mit den USA im Sinne einer „globalen" Lösung hinweg zu einigen. Dies gelang bekanntlich nicht.

Heißt dies, daß die Sozialimperialisten den Versuch aufgegeben haben, sich in Vietnam, Laos und Kampuchea einzumischen? Das heißt es keineswegs. Wo immer sie einen Fuß hinsetzen können, tun sie es, wo immer sie den geringsten Spaltbreit einer Tür offenstehen sehen, treten sie ein.

Zur Lage in Vietnam, Laos und Kampuchea und zu den bestehenden Widersprüchen müssen wir mehrere Ebenen auseinanderhalten.

Grenzprobleme zwischen Kampuchea und Vietnam

Zwischen Vietnam und Kampuchea bestehen in der Tat Grenzprobleme. Wie bereits ausgeführt, wurden beträchtliche Teile Kampucheas durch die Franzosen zum Gebiet des heutigen Vietnam geschlagen, z.B. Kampuchea Krom, das bis Saigon reicht, und andere Gebiete (Kaoh Tral, verschiedene Inselgruppen). Auf keiner kampucheanischen Karte aber werden diese Gebiete im geringsten beansprucht.

Sihanouks ehemaliger Außenminister Sarin Chhak hat 1966 eine Studie veröffentlicht, in der er seine Ansicht aufgrund der von den französischen Kolonialherren gezogenen Linien darstellt. Sihanouk hat dazu ein Vorwort geschrieben. Nach dieser Studie waren 5 Gebiete umstritten:

— das Plateau von Darlac, das dem Kolonialgebiet Annam zugeschlagen wurde.

— ein Teilstück der Provinz Preah Vihear, das heute zu Laos gehört;

— Teile der Provinzen Kratie, Kompong, Cham, Prey Veng und Svay Rieng, die der Kolonie Cochinchina zugeschlagen wurden;

— Teile der Provinz Kratie, die an Annam fielen;

— das Gebiet um Hatien, das an Cochinchina ging.

Schließlich die maritime Grenze im Golf von Siam.

Aber auch diese Gebiete sind in keiner kampucheanischen Karte als Gebiete Kampucheas ausgewiesen! (Sarin Chhak, Les Frontières du Cambodge, Paris 1966)

Über die Haltung zu diesem Problem gibt es auf Seiten von Partei und Regierung Kampucheas eine unzweideutige Position:

1. Keine Gebietsansprüche gegenüber Vietnam

2. Lösung der Sicherheitsfragen in den Grenzgebieten.

Sehen wir uns die Behandlung der Grenzprobleme durch die beiden Länder an: Im Juni 1975, nach der Befreiung Kampucheas, versuchte Vietnam die kampucheanische Insel Koh Way zu annektieren.

Kampuchea entsandte daraufhin eine Delegation aus dem Generalsekretär, dem Stellvertretenden Sekretär der KPK, dem Stellvertretenden Premierminister nach Hanoi, um über die Grenzfrage zu verhandeln. Es sollte über die Lösung gesprochen werden, die 1966 zwischen der Regierung Kampucheas und der FNL gefunden worden war. Vietnam ließ sich nicht ernsthaft auf diese Vorschläge ein.

Im Mai 1976 lud die Regierung Kampucheas die vietnamesische Seite erneut zu Verhandlungen ein. Die vietnamesische Delegation kam und bekundete mit keinem Wort ihren Wunsch nach einer Lösung der Grenzprobleme. Sie tat so, als käme sie nur aufgrund des Wunsches von Kampuchea und nicht auch im eigenen Interesse. Bei diesen Verhandlungen ging die vietnamesische Seite auf folgende Probleme nicht ein:

Die Insel Koh Tral, die verschiedenen Inselgruppen und die Territorien in Kampuchea Krom, die Territorien Kampucheas, waren, die von den französischen Kolonialisten weggenommen wurden, um die Kolonie „Cochinchina" einzurichten. Im Gegenteil hat die vietnamesische Delegation die Grenzfrage offenhalten wollen, besonders was die Seegrenze angeht, und viel Seegebiet von Kampuchea verlangt. Im Gegenteil erkannte die vietnamesische Delegation die Seegrenze, auf die sich beide Seiten 1966 geeinigt hatten, nicht mehr an mit der Begründung, Vietnam habe aus taktischen Gründen des Kampfs gegen den USA-Imperialismus damals dieser Grenze zugestimmt. Im Juni 1977, also mehr als ein Jahr später, beging Vietnam Grenzprovokationen und erst ab diesem Zeitpunkt ist es Vietnam, das „auf Verhandlungen drängt". In dieser Situation hat Kampuchea zur Antwort gegeben, daß es unter diesen Umständen nicht verhandelt, ohne daß sich die Vietnamesen voher zurückgezogen haben.

Bezeichnenderweise wird in der Erklärung der Vietnamesen vom Dezember 1977 nicht auf die Periode 1975 bis März 1976 eingegangen. Es wird so getan, als seien die Verhandlungen vom Mai 1976 auf Initiative Vietnams zustandegekommen. Es wird ferner nicht wahrheitsgemäß berichtet, daß die drei auf diesen Verhandlungen beschlossenen Maßnahmen nicht „die Konflikte an der Grenze ...lösen", wie es in der vietnamesischen Erklärung heißt, sondern „Notmaßnahmen" waren, die ergriffen werden sollten, um baldigst richtig zu verhandeln. Am 7. Juni, als die Aggressionsakte Vietnams unübersehbar wurden, fordert es die Kampucheaner zu Verhandlungen auf und ist, was die Verhandlungsangebote angeht, von da an seither „in der Offensive".

Vergleicht man die vietnamesischen und kampucheanischen Erklärungen, so fällt auf, daß die vietnamesischen Erklärungen pauschal, während die kampucheanischen Erklärungen äußerst genau sind.

Wir haben den vietnamesischen Statistiken in der Vergangenheit immer vertraut, schon zu einer Zeit, da niemand bei uns ihnen glaubte, und haben festgestellt, daß sie an Genauigkeit nicht zu übertreffen waren — sei es nun die Statistik über die getöteten US-Aggressoren, die Vernichtung von Land oder den Abschuß von Piratenflugzeugen der USA. Welchen Grund sollte es geben, daß die vietnamesische Statistik nun auf einmal so ungenau geworden ist, daß man in diesem Fall auf sie verzichtet, ganz im Gegensatz zur früher?

Hingegen sind die kampucheanischen Angaben präzise, nennen Orte und Zeiträume und bezeichnen exakt die fremden und eigenen Verluste bei den Kämpfen.

2. Probleme aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung der drei Länder

In ihrer Erklärung vom 31. Dezember 1977 äußern die kampucheanischen Genossen Besorgnis darüber, daß die vietnamesischen Genossen nicht frei von Chauvinismus und Expansionismus sind. So heißt es in der Erklärung: „Von Generation zu Generation, von der Zeit des Kampfes gegen die Kolonialisten an, hat Vietnam seinen Kadern, seiner Armee eingetrichtert, daß Kampuchea absolut in einer „Indochinesischen Förderation" teilnehmen muß, andernfalls Vietnam niemals eine Großmacht in Südostasien werden könne. Noch heute ist ein Thema der Erziehung, Kampuchea als den Feind Vietnams Nummer eins anzusehen, und es unter allen Umständen zu erobern. Dies ist die Position und politische Linie der Vietnamesischen Partei. 1975 und 1976 hat Vietnam ununterbrochen Aggressionsakte und kriminelle Versuche unternommen, einen Staatsstreich zu inszenieren, um die Regierung des Demokratischen Kampuchea durch eine Handvoll Verräter, Agenten Vietnams, zu stürzen." (Statement issued by the Goverment of Democratic Kampuchea, Phnom Penh, 31.12.1977)

Hierzu muß man wissen, daß diese Frage in der Tat seit den 20er und 30er Jahren besteht, und seither immer wieder aufgeworfen wurde. Einige Beispiele:

Am 3. Februar 1930 organsierte Ho Chi Minh als Abgesandter der KOMINTERN in Kowloon bei Hongkong eine Konferenz, um die bestehenden kommunistischen Gruppierungen zu einer Partei zusammenzuschließen. In der offiziellen Parteigeschichte steht dazu, Ho habe es „in der Absicht" getan, „die vietnamesischen kommunistischen Kräfte zu einer **Kommunistische Partei Vietnams** zu vereinigen." (s.19) Auf Seite 20 steht: „Im Oktober 1930 beschloß das erste Plenum des ZK, unserer Partei die neue Bezeichnung **Kommunistische Partei Indochinas** zu geben..." (kurze Geschichte der PdWV, Westberlin1972), ohne daß hierfür in irgendeinem Dokument eine Erklärung vorliegt. Der gleiche Vorgang in der offiziellen Biographie Ho Chi Minhs. Ho Chi Minh war auf der Oktober-Sitzung nicht anwesend.

Unter Anwesenheit Ho Chi Minhs faßt das 8. Plenum des ZK 1941 folgenden Beschluß: „Das Plenum schlug vor, das nationale Problem im Rahmen einzelner Nationalstaaten in Indochina zu lösen, und ersetzte die Forderung nach Gründung einer Bundesregierung der demokratischen Republiken Indochinas durch die Forderungen nach Gründung der Demokratischen Republik Vietnams." (Ho Chi Minh, Eine politische Biographie, Köln 1976)

In einem Artikel in „Bolchevik" wird ein Brief der Parteileitung der KP Indochinas „an die Genossen in Kambodscha und Dokumente des Kongresses 1935 in Macau" zitiert, in dem vor den „nationalistischen Abweichungen" Ho Chi Minhs gewarnt wird. Ferner heißt es in diesem Brief in Bezug auf Kampuchea deutlich:

„Kambodscha hat kein Recht auf eine eigenständige Kommunistische Partei" und weiter, „es gibt für uns keinen vorstellbaren Grund für eine eigenständige kambodschanische Revolution", und „Es kann nur eine einzige indochinesische Revolution geben." Was die Frage Kampucheas anbetreffe, könne es nur folgendes geben: „Recht auf Selbstbestimmung für Minderheiten in der Bevölkerung", ansonsten aber nur die „Union der indochinesischen Sowjetrepubliken" als integralem Bestandteil der Weltunion der Sowjetrepubliken. (Zitiert nach: Pierre Bousset, Cambodia: Background to the Revolution, Journal of Contemporay Asia, 4/77, S.520)

Erst nach dem VII. Weltkongreß setzte in dieser Frage langsam ein Wandel ein.

Sihanouk erzählt über die Entwicklung der vietnamesisch-kampucheanischen Beziehungen in den 60er Jahren: „Dann stellte sich heraus, daß gewisse grenznahe Gebiete im Osten unmerklich in ihre Hand übergingen. Ich hörte, Ortschaften wie Siem Pang würden von ihnen verwaltet. Das konnten wir nicht dulden. Wir machten uns also im Jahre 1969 daran, sie ihnen wieder abzunehmen, und dabei erlitten wir schwere Verluste.

Bei dem offiziellen Besuch des Präsidenten der GRP, M. Huynh Tan Phat 1969 in Phnom Penh stellte ich unserem Gast nachdrücklich vor Augen, wir seien zwar gern damit einverstanden, daß sich vietnamesische Kämpfer auf unserem Boden aufhielten, wir könnten auch zulassen, daß sie bei uns Erholungslager, Krankenhäuser und Versorgungslinien unterhielten, wir hätten genügend freien Raum, und sie behinderten unsere Bevölkerung nicht über Gebühr, wir könnten aber in keinem Fall eine vietnamesische Verwaltung dulden, so beschränkt sie auch sei. Er erklärte sich mit mir darin einig, daß es notwendig sei, jegliche Abirrung dieser Art zu unterbinden.

Etwas später begab ich mich nach Ratanakiri, wo mir wiederum Klagen über die Besetzung gewisser kambodschanischer Militärstützpunkte durch die Vietnamesen vorgetragen wurden. In manchen Dörfern stellte ich fest, daß anstelle der Sihanouk-Bilder Portraits von Ho Chi Minh aufgehängt worden waren. Es handelt sich nicht etwa um eine Anpassung an eine vorübergehende Situation; nein, man hatte den Dorfeinwohnern gesagt, sie seien keine Khmer, und ihr Vater sei Ho Chi Minh!" (Sihanouk, Indochina von Peking aus gesehen, Stuttgart, 1972, S.90f.)

Es gibt weitere Aussagen, nach denen Vietnam schon vor 1970 eine Gruppe für den einsatz in Kambodscha gebildet habe. Dies betraf offenbar zusammen mit den 2.500 bis 4.000 Kadern, die 1954 nach Nordvietnam gingen und als Gruppe von 8.000 Mann im Jahre 1970 wieder zurückkehrten — als Unterstützung des Kampfes gegen Lon Nol, wie es offiziell heißt. Aber bereits 1973 kam es wegen ähnlicher Verhaltensweisen, wie sie Sihanouk für die 60er Jahre schildert, zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Truppen der FAPLNK. Nicht genug damit, geben die kampucheanischen Genossen an, im Jahre 1975 die Versuche haben verhindern zu müssen, daß diese Kräfte eine eigene kommunistische Partei bildeten. Und im März/April 1977 mußte die KPK nicht nur an der militärischen Front schwere Angriffe abwehren, sondern war auch im Innern fraktionellen Angriffen ausgesetzt. (s. Statement issued by the Governement of Democratic Kampuchea, 31.12.1977)

Zur Geschichte des Grenzkonfliktes zwischen Vietnam und Kampuchea

Das heutige Kampuchea mit 180.000 qkm und 7,8 Millionen Einwohnern (Vietnam: 330.000 qkm und 47 Millionen Einwohner) ist das Ergebnis jahrhundertelanger territorialer Einschnürungen und Gebietsabtrennungen, sozusagen das Polen Südost-Asiens. Von den ständigen Bedrängern, den Siamesen, jetzigen Thais, im Norden und den Annamiten, jetzigen Vietnamesen, im Osten unterscheidet sich die Kernbevölkerung der Mon Khmer sowohl rassisch als auch sprachlich und kulturell. Kampuchea gründet sich auf das Reich *Kambuja* (davon ist die heutige Bezeichnung *Kampuchea* abgeleitet) der mächtigen Könige von Angkor, das vom Beginn des 9. Jahrhunderts bis ins 15. Jahrhundert bestand und in der Hochblüte den indochinesischen Subkontinent von der Grenze des jetzigen Burmas bis ans Südchinesische Meer umspannte, einschließlich Cochinchina, das südliche Drittel des heutigen Vietnams. Saigon, jetzt Ho Chi Minh-Stadt, ist zum Beispiel eine alte Gründung der Khmer (Prey Nokor) am nördlichen Rande des unteren Mekong-Schwemmlandes. Im vietnamesischen Teil des Mekongdeltas, Khmer Krom (Khmer-‚Nieder-Lande') genannt, leben heute etwa 500.000 Einwohner kampucheanischen Ursprungs. Kampuchea erhebt heute jedoch keinen Anspruch auf diese ‚verlorenen Gebiete', wenn auch mit den historischen Gebietsverlusten im Grenzkonflikt mit Vietnam und Thailand argumentiert wird. Die neue Verwaltungskarte Kampucheas, die im August 1976 in Phnom Penh herausgegeben wurde, hält sich strikt an die von den Franzosen 1954 hinterlassenen Kolonialgrenzen, auch an die nach einem französischen Generalgouverneur benannte Brevié Linie, die die größte Insel in der Bucht von Thailand Phu Quoc (kampucheanisch Koh Tral) Vietnam zuschreibt, obwohl sie dem kampucheanischen Festland vorgelagert ist.

Wovor sich die Kampucheaner fürchten, ist die Wiederholung ihrer Unterwerfung und die Annexion ihres Territoriums durch Thailand und Vietnam aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Ironischerweise war es die französische Kolonialmacht, die Kampuchea in der Mitte des 19. Jahrhunderts davor bewahrte, völlig von den westlichen und östlichen Nachbarstaaten absorbiert zu werden. Das Land wurde 1863 zum französischen Protektorat le Cambodge (von dieser Kolonialbezeichnung ist Kambodscha abgeleitet) erklärt und 1887 mit den Protektoraten Tongking (Nord-Vietnam), Annam (Zentral-Vietnam) und Laos sowie der Kolonie Cochinchina (Süd-Vietnam) zur Union d'Indochine (Indochina ist ein koloniales Gebilde wie auch eine koloniale Bezeichnung der drei Länder) zusammengeschlossen. Von Frankreich wurden die West-Provinzen Kampucheas, Battambang, Sisophon und Siam Reap, mit den alten Ruinenanlagen der historischen Hauptstadt von Angkor an den thailändischen König abgetreten, die 1907 zurückgegeben wurden, aber im 2. Weltkrieg vorübergehend wieder von Thailand annektiert wurden. Kleinere Grenzkonflikte, wie um den historischen Tempel Preah Vihear auf der Dangrek-Gebirgskette zwischen Thailand und Kampuchea, der durch Urteil des Internationalen Gerichtshof bei Kampuchea verblieb, oder um Dörfer im umstrittenen Grenzgebiet an der Westgrenze zwischen Aranya Prathet und Poipet, reichen bis in die jüngste Vergangenheit und verursachen die Spannung mit den beiden Nachbarstaaten. Sie sind ein Teil der historisch gewachsenen Angst vor Umklammerung, wodurch Kampucheas Außenpolitik hauptsächlich bestimmt wird.

Durch die letzten Konsultationen mit Thailand – Kampucheas Außenminister Ieng Sary besuchte Bangkok im Herbst 1977 und Thailands Außenminister Upadit Phnom Penh Anfang Februar 1978 – ist das Problem der Landesgrenze mit Thailand wieder auf eine entspannte Verhandlungsebene zurückgebracht worden, wie Thailands Premierminister Kriangsak erklärte: „Ich glaube, daß die Unklarheit der Demarkationslinie das Problem verursacht hat. Wir und die kampucheanische Seite interpretieren das Protokoll (offensichtlich vom Juni 1976, H.K.) unterschiedlich und erheben Anspruch auf dasselbe Gebiet." (4)

Jedoch noch stärker hat sich die Angst vor einer Umklammerung von der vietnamesischen Seite festgesetzt, wobei stets von untergeordneter Bedeutung war, ob Vietnam von Saigon oder Hanoi regiert wurde. Die französische Kolonialverwaltung hatte kampucheanisches Territorium ununterbrochen beschnitten und die Grenzen Cochinchinas nach Westen und Norden immer weiter auf kampucheanisches Gebiet vorgeschoben. Das hatte zwei Gründe: Einmal hatte Cochinchina (etwa das südliche Drittel des heute wiedervereinigten Vietnams) den Status einer Kolonie und wurde entsprechend als französisches Territorium verwaltet, während Kampuchea als Protektorat wenigstens formale Unabhängigkeit besaß. Daher bestand die Tendenz, die Kolonie zu vergrößern, um ein höheres Steueraufkommen zu erzielen und das Territorium der kolonialen Willkürherrschaft auszudehnen. Zum anderen waren die kolonialen Unternehmen in Cochinchina stärker organisiert und hatten eine bessere Lobby in den kolonialen Verwaltungen von Hanoi und Paris. Diese Lobby strebte nach ausgedehnten Reisfeldern mit günstigen Bewässerungsbedingungen besonders im Nord-Westen von Saigon, der heutigen kampucheanischen Provinz Svay Rieng. Der nach Vietnam hineinragende Landzipfel, der sogenannte „Papageienschnabel" westlich von Saigon, blieb bei diesen Gebietserweiterungen ausgespart.

Mit der aufblühenden Automobilindustrie in Europa setzte nach der Jahrhundertwende auch in Indochina ein Run auf Kautschukplantagen ein, wofür sich die ‚rote Erde' im Gebiet der heutigen kampucheanischen Provinz Tay Ninh, 80 km nordwestlich von Saigon, besonders eignete. Der größte Verlust für Kampuchea in diesem Gebiet wurde 1914 vollzogen, als um Loc Ninh, etwa 100 km nördlich von Saigon, die ausgedehnten Kautschukplantagen von Michelin angelegt wurden („Aussparung" ist der sogenannte „Angelhaken"). Infolge verlorener Kolonien in Afrika verlegten die Franzosen zwischen den beiden Weltkriegen auch ihre Kaffee- und Teeplantagen nach Indochina. Die fruchtbaren Plateaus der kampucheanischen Provinzen Ratanakiri und Kratie, etwa 200–250 km nordöstlich von Phnom Penh, wurden zu diesem Zweck 1929 der Kolonie Cochinchina zugeschlagen.

Alle Grenzkorrekturen oder gelegentliche Gebietsausgleiche entlang der 1100 km langen Grenze hatten unter dem Strich stets Gebietsverluste für Kampuchea zur Folge. Auf detaillierten geographisch-geologischen Karten Südost-Asiens ist die künstliche und willkürliche Grenzziehung zwischen den beiden Ländern deutlich erkennbar: Sie ist von einem Flußlauf weit auf kampucheanisches Territorium verlegt worden, um Hinterland für einen kolonialen Stützpunkt zu schaffen (Ha Tien), verläuft auf kampucheanischem Territorium in 1 km Abstand parallel zu einem wichtigen Bewässerungskanal (Vinh Te Kanal), weitet ein fruchtbares Deltagebiet nach Kampuchea aus (Chau Doc, Tan Chau, An Phu) oder ist wie mit dem Lineal auf der Kolonialkarte gezogen (Provinzen: Ratanakiri und Dar Lac). Das ist noch deutlicher beim Grenzverlauf um die Insel Phu Quoc (Koh Tral). Obwohl das Hauptmassiv der Küste Kampucheas vorgelagert ist, schlägt die Brevié-Linie von 1939 die Insel zu Vietnam.

Die Grenze nach Brevié war zum Vorteil französischer Kolonialgesellschaften gezogen worden und diente auch zur Schlichtung von Gebietsstreitigkeiten zwischen ihnen, sie begünstigt somit das heutige Vietnam auf Kosten Kampucheas. Hinzu kommt noch, daß man sich nicht an die Grenzziehungen hielt, Karten fälschte und Kolonialgesetze immer zugunsten der Kolonie und zuungunsten des Protektorats auslegte. Die Teilungen zerrissen die im Gebiet lebenden Völker und hinterließen auf beiden Seiten Minoritätsgruppen, deren Schicksal aufgrund der beiderseitigen Apathien bedauernswert war. So ist zu verstehen, daß alle Regierungen Kampucheas die willkürliche Grenzziehung durch die französische Kolonialmacht zu ihren Lasten als ungerecht und sogar wörtlich als „verbrecherisch" betrachteten. (5) Die französische Kolonialmacht sorgte für zusätzliche Spannungen dadurch, daß sie Vietnamesen in Laos und Kampuchea als Verwaltungsbeamte einsetzte und die Gegensätze zwischen den drei Völkern in der Region in ihrem Interesse ausnützte.

Auf der Genfer Indochinakonferenz wurde zwar die Unabhängigkeit eines kampucheanischen Staates garantiert, jedoch wurden keine Grenzen festgelegt, was für Kampuchea unverändert eine Bedrohung des nationalen Territoriums bedeutete. Als zum Beispiel nord-vietnamesische Truppen 1954 Kampucheas Nord-Ost Provinz Stung Treng besetzten, gelang es Sihanouk nur durch massiven Druck und unter Androhung, er würde seinen politischen Kurs ändern, die Vietnamesen zum Rückzug zu bewegen. Die Grenzprobleme sind zu Kampucheas Souveränitätsproblem und damit zum bestimmenden Faktor der Außenpolitik des Landes geworden. Die Quasi-Neutralität im Vietnamkrieg wurde damit erkauft, daß stillschweigend die Nachschubwege des Ho Chi Minh-Pfades durch das östliche Kampuchea, Transporte über den Häfen Kompong Som (Sihanoukville) und die Anlage von Nachschubstellungen mit eigener vietnamesischer Verwaltung auf kampucheanischem Gebiet entlang der Grenze geduldet wurden. Als die Verletzungen des kampucheanischen Territoriums immer massivere Formen annahmen, die in den Jahren 1968–69 zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen Sihanouks Armee und FNL-Einheiten (FNL = Front National de Libération, Befreiungsfront Süd-Vietnams) führten (im Mai 1969 in Svay Rieng, im sogenannten Papageienschnabel), bezog Sihanouk zur Sicherung des nationalen Territoriums in der Grenzfrage eine pragmatische Position. Er verzichtete auf alle „verlorenen" Gebiete unter der Bedingung, daß Thailand und Vietnam ein Kampuchea innerhalb der kolonialen Grenzziehung von 1954 (Kartenvorlage 1 : 100.000) als unantastbares Territorium anerkannten und den Grenzverlauf nie wieder zum Gegenstand von Verhandlungen machen würden:

> Die Thais und Vietnamesen haben immer ihren guten Willen Kampuchea gegenüber beteuert und ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, dieses Grenzproblem auf freundschaftliche Weise ein für alle Male zu bereinigen ... Aber aus Erfahrungen wissen wir, daß es immer so begann und unvermeidbar zur Annexion von Gebieten und dann ganzer Provinzen führte ... Die augenblickliche Grenze ist die letzte Widerstandslinie der Khmer. Vorschläge zu Verhandlungen zu akzeptieren ... würde bedeuten, daß wir stillschweigend eine endgültige Unterwerfung anerkennen. (11)

Die „einseitige" Anerkennung und Respektierung der „gegenwärtigen Grenzen" wurde zur Sihanouk-Doktrin für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und allen Ländern, die diplomatische Beziehungen zu Kampuchea wünschten. Durch die einseitige Anerkennung der Grenzen, ohne daß Kampuchea die Grenzforderungen der Nachbarstaaten anerkannte, wurde die Garantie dafür erkämpft, daß Kampucheas Territorium nicht angetastet werden konnte. Diese Position, die nach der Befreiung von 1975 unverändert von der neuen Führung des Landes bezogen wird, hat Kampuchea teilweise den Ruf der Unverschämtheit und Halsstarrigkeit eingebracht. Angesichts der großen Gebietsgewinne der Vietnamesen im Laufe der Geschichte muß man jedoch sagen, daß diese Position angemessen ist, und die kampucheanische Diplomatie hat sie auch international erfolgreich verankert.

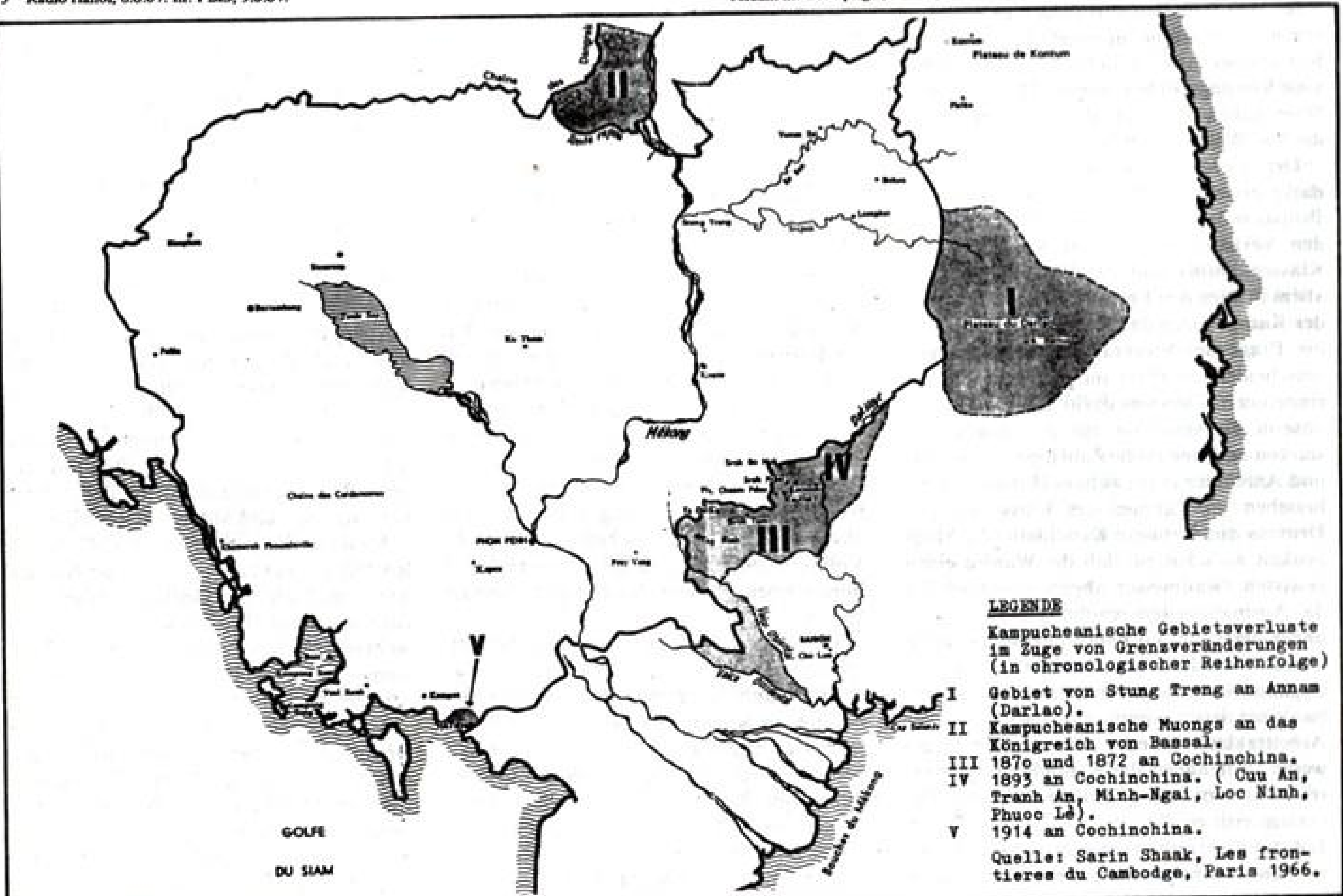
Die von den USA gestützten Regime in Bangkok und Saigon lehnten die einseitige Anerkennung zwar ab, aber in der Zeit von 1964–67 akzeptierten die FNL (zur Befreiung Süd-Vietnams) und die Demokratische Republik Vietnams nach und nach die Forderung. In einem Regierungsbericht an die Nationalversammlung vom Juni 1964 bestätigte Premierminister Pham Van Dong, daß die Regierung und das Volk Vietnams „die gegenwärtigen Grenzen zwischen Vietnam und Kampuchea" anerkennt und respektiert. (12) In den sogenannten „Grenzverhandlungen" von 1966 zwischen Sihanouk, der FNL und der DRV wurde auch die kampucheanische Souveränität über alle Inseln südlich der Brevié-Linie anerkannt. Wegen Sihanouks Forderung nach einseitiger Anerkennung der ‚bestehenden Grenzen' brachen die Verhandlungen Ende 1966 ergebnislos ab. Erst am 31. Mai 1967 kam die FNL den kampucheanischen Forderungen mit einer Drei-Punkte-Erklärung entgegen. Die FNL erklärte, daß sie

1. die territoriale Integrität Kampucheas innerhalb der gegenwärtigen Grenzen anerkennt und respektiert,
2. die gegenwärtige Grenze zwischen Süd-Vietnam und Kampuchea anerkennt und respektiert,
3. gegen das Königreich Kampuchea alle Akte der Aggression von seiten der US-Imperialisten und ihrer Schützlinge in Süd-Vietnam und Thailand verurteilt und gegen jeden Versuch, die gegenwärtige Grenze des Königreichs Kampuchea zu verändern, protestiert. (13)

Die Erklärung der FNL wurde von der DRV am 8. Juni 1967 bestätigt und in einem über Radio Hanoi verbreiteten Kommunique als offizielle Position Vietnams anerkannt. (14) In Kommentaren zum Kommunique erklärte die DRV und die FNL Saigons Anspruch auf Neuverhandlung der kampucheanischen Grenze als ‚schamlose Lüge' und legte sich damit auch selbst auf die Nichtverhandelbarkeit von Kampucheas Grenze fest. Im Verlauf des amerikanischen Indochinakrieges protestierten DRV und FNL gegen alle Grenzverletzungen durch südvietnamesische und amerikanische Truppen und unterstützte Sihanouks Position, wenn er umstrittene Grenzgebiete als kampucheanisches Territorium zurückforderte. Nach Sihanouks Aussagen erkannten die Vietnamesen auch alle Dörfer in den umstrittenen Gebieten als kampucheanische Siedlungen an, wenn sie in der Vergangenheit unter kampucheanischer Verwaltung standen und mehrheitlich von kampucheanischer Bevölkerung bewohnt wurden. (15)

Und in diesem Bewußtsein, in der Frage der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit auf sich selbst gestellt zu sein, hat die kampucheanische Führung unmittelbar nach der Befreiung von der US-Aggression die mit den Vietnamesen während des Befreiungskampfes ausgehandelte Respektierung des nationalen Territoriums eingefordert. Daß es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist, war seit 1975 gelegentlich durchgesickert, bis am 31.12.77 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden und sich beide Seiten mit dem Konflikt an die internationale Öffentlichkeit wandten. Demnach forderte Kampuchea das vietnamesische Militär und die Verwaltung auf, die Rückzugsgebiete des Ho Chi Minh-Pfades um Ratanakiri und Mondolkiri in Nordost-Kampuchea, in der Provinz Svay Rieng (Papageienschnabel), sowie in allen anderen Gebieten der Ost- und Südwest-Region zu räumen. (16) Entlang der 1.100 km langen Grenze kam es an allen fünf kritischen Grenzabschnitten zu Zusammenstößen: in Mondolkiri / Dar Lac im Hochland, in Kompong Cham / Tay Ninh östlich von Phnom Penh, in Takeo / An Giang am Mekong, in Kampot / Kien Giang (Ha Tien) an der Westküste und zwischen der Insel Phu Quoc (Koh Tral) und der kampucheanischen Küste. Nachdem vietnamesische Truppen im Juni 1975 die Insel Ppulo Way (Kach Wai) in der Bucht von Thailand besetzt hatten, kam es zu den ersten Verhandlungen, denen im August eine zweite Runde folgte. Die Verhandlungen scheiterten, weil von vietnamesischer Seite die Garantie für den territorialen Bestand Kampucheas von 1966/67, vor allem in Bezug auf die Hoheitsgewässer, als kriegsbedingte Vereinbarung abgelehnt und eine grundsätzliche Neuverhandlung des Grenzverlaufs verlangt wurde. (17)

4 Far Eastern Economic Review (FEER), Asia Yearoook, 1978, Hongkong 1978, S. 156.
11 Kabuja (Magazin), Phnom Penh, 15.6.69, S. 16–17, Editorial
12 Radio Hanoi, 13.6.67, zitiert ein Editorial der Nhan Dan (= Das Volk, Tageszeitung). In: FBIS, Washington 13.6.67.
13 Radio Hanoi, 8.6.67. In: FBIS, 9.6.67.
14 Radio Hanoi, 12.6.67. In: FBIS, 13.6.67.
15 Radio Phnom Penh, 24.7.67. In: FBIS, 28.7.67
16 Radio Phnom Penh, 3.1.78. In: FBIS, 3.1.78.
17 Radio Hanoi, 6.1.78. In: FBIS, 6.1.78.
18 Nayan Chanda in: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 31.3.78; Tiziano Terzani in: Der Spiegel, Nr. 15, 10.4.78.



Erfahrungen aus den Wiener Gemeinderatswahlen

Über die positiven und negativen Erfahrungen aus dem Wiener Wahlkampf und insbesondere über die Ursachen für die Niederlage, die unsere Organisation bei diesem Wahlkampf erlitten hat, ist bereits vor, aber natürlich auch nach den Wahlen viel in der Ortsgruppe, in den Zellen und in der Ortsleitung, diskutiert worden. Diese Debatten haben auch einen Anstoß gegeben für die generelle Analyse der Lage in der Ortsgruppe. Was nun speziell den Wiener Wahlkampf betrifft, hat der Sekretär der Ortsleitung auf Grundlage der Debatten in der Ortsgruppe den folgenden Artikel verfaßt. Damit ist die Debatte über die positiven und negativen Erfahrungen des Wahlkampfes natürlich noch nicht abgeschlossen. Der Artikel stellt aber einen Bezugspunkt und eine Grundlage für die weitere Debatte dar. Im nächsten Jahr wird der Kommunistische Bund Österreichs sich an einer Reihe von Wahlen, darunter den Nationalratswahlen, beteiligen. Bereits im März sind die Gemeinderatswahlen in Kärnten. Die Debatte über die positiven und negativen Erfahrungen im Wiener Wahlkampf muß vor allem im Hinblick auf diese Wahlen und auf die damit vor uns liegenden Aufgaben fortgesetzt werden. Die Erfahrungen anderer Ortsgruppen müssen ebenfalls in diese Debatte eingebracht werden. Die Wiener Ortsgruppe wird intern auch noch einiges in die Analyse der Vergangenheit investieren müssen, in der Hauptsache muß die Debatte aber in den Dienst der Zukunft, der Vorbereitung auf die vor uns liegenden Aufgaben des Jahres 1979, geführt werden. *Red.*

Erfahrungen aus dem Wahlkampf in Wien

Bei den Gemeinderatswahlen in Wien haben wir angestrebt, in möglichst vielen Arbeiterbezirken zu kandidieren und möglichst viele Stimmen zu bekommen. Die Wahlen in Wien haben wir auch als Generalprobe für die NR-Wahlen 1979 betrachtet.

Der Zweck bei der Kandidatur bestand darin, erstens die Wahlen zu nutzen für eine Propagandaoffensive gegen die herrschenden Verhältnisse und zur Förderung des Klassenkampfs und der Volkskämpfe, vor allem in allen den Fragen, die heute, wie z.B. der Kampf gegen das AKW-Programm und die Frage der Steuerausplünderung, einen entscheidenden Platz im politischen Leben einnehmen. Zweitens darin, die Verbindung unserer Organisation mit den Massen zu stärken und eine große Zahl unserer Freunde und Anhänger in ein aktives Handeln einzubeziehen im Rahmen des Klassenkampfs. Drittens durch unsere Kandidatur die Möglichkeit zu schaffen, daß die Wahlen einen gewissen Gradmesser abgeben würden für das Ausmaß, in dem revolutionäre Anschauungen bereits im Volk verbreitet sind und unterstützt werden. Gerade heute, wo unsere Organisation eine große Offensive zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse einleitet, wäre das wichtig gewesen. Wir haben die Kandidatur nicht erreicht und im Kampf um sie eine neue Niederlage erlitten. Nur im WK Zentrum (Wien 1, 4, 5, und 6) konnten wir die Kandidatur erreichen. Wir haben die guten Möglichkeiten zur Förderung des Klassenkampfs und des Parteiaufbaus nicht nützen können.

Es erhebt sich also erstens die Frage, ob es richtig war, eine Kandidatur in möglichst vielen Wahlkreisen anzustreben. Ja, es war richtig, denn der Beschluß des ZK ging von den günstigen äußeren Bedingungen aus, unter denen die Wahlen stattgefunden hatten und davon, daß ein Kalkül der vorhandenen und mobilisierbaren Kräfte den Schluß zuließ, daß es möglich sein müßte, die Kandidatur zwar nicht überall, aber doch in einigen wichtigen Arbeiterbezirken zu schaffen. Daß die äußeren Bedingungen günstig waren und sind, zeigte sich dann auch am Wahlresultat in Wien, wo die Niederlage der SPÖ und die hohe Wahlenthaltung am meisten hervorsticht. Es zeigt sich auch an den 221 Stimmen, die wir im Wahlkreis Zentrum erhalten haben. Natürlich zeigt es sich vor allem an einer Reihe von politischen Fragen, wo die Volksmassen dem bürgerlichen Staat und den bürgerlichen Parteien Niederlagen zugefügt haben.

Wir glauben nach wie vor, daß die Entscheidung des ZK richtig und eine entsprechende Kandidatur erreichbar war. Die Niederlage im Kampf um die Kandidatur war nicht das Ergebnis einer falschen Einschätzung der Lage und dessen, daß die Entscheidung, eine Kandidatur anzustreben, falsch war, sondern das Ergebnis von politischen Fehlern bei der Arbeit zu den Wahlen. Eine gute politische Arbeit hätte es uns ermöglicht, die guten Bedingungen zu nutzen, unseren Einfluß zu vertiefen und zu verbreitern, einen großen Schritt vorwärts im Aufbau der Parteiorganisation zu machen.

Diese Niederlage hat den gesamten Ortsverband in Wien durchgerüttelt und sich in verschiedener Weise ausgewirkt. Allgemein sind die bestehenden Fehler und Mängel deutlicher geworden. Bei vielen Genossen bewirkte die Niederlage die nachhaltige Forderung nach Analyse und Überwindung der Fehler mit Blickrichtung auf den Aufbau der Parteiorganisation. Bei einigen entstand aber auch Resignation und schwindendes Vertrauen in unsere Organisation oder auch zu den Menschen außerhalb. Jeder Genosse, unsere Aktivisten und Freunde spürten deutlich die Auswirkungen einer Situation, wo es der KB nicht geschafft hat, auf der Höhe seiner Aufgaben und Möglichkeiten zu sein.

Mußten wir bereits am 1. Mai 1978 feststellen, daß wir nicht auf der Höhe der Aufgaben waren und unseren Einfluß in Wien in organisatorischer Hinsicht weder festigen noch weiterentwickeln konnten, so haben das die Gemeinderatswahlen nochmals und viel schärfer hervortreten lassen.

Mit der politischen Entwicklung unserer Organisation sehen wir heute mehr Aufgaben vor uns, die zu erfüllen wären, könnten wir mehr Möglichkeiten zu unserer Verankerung finden und nutzen. Die Niederlage im Kampf um die Kandidatur zeigt, daß die Ursachen nicht eine falsche Linie, sondern

Abweichungen von der Linie sind, nicht die mangelnde Anziehungskraft des Kommunismus, sondern die mangelnde Anziehungskraft unserer eigenen mangelhaften Politik und nicht die fehlende Bereitschaft der Menschen, sich mit der kommunistischen Politik auseinanderzusetzen, sondern unsere eigene Arbeitsweise.

Es ist notwendig, die Niederlage zu analysieren und aus den Fehlern, nicht zuletzt in Hinbllick auf die Nationalratswahlen 1979, zu lernen.

Die entscheidende Ursache für die Niederlage im Kampf um die Kandidatur liegt zweifellos nicht in besonderen Fehlern und Mängeln, sondern im allgemeinen ideologischen, politischen und organisatorischen Zustand des Ortsverbandes in Wien. In erster Linie waren es nicht spezielle Gründe, die diese Niederlage bewirkt haben, sondern dieselben Fehler und Mängel, die es auch sonst überall gibt, die bei anderen Gelegenheiten aber nicht so krass in Erscheinung traten und sich oft leichter vertuschen lassen. Das Ziel war, in mehreren Wahlkreisen zu kandidieren und die dafür jeweils erforderlichen 100 beglaubigten Unterschriften pro Wahlkreis zu erreichen. Das haben wir aber nur in einem Wahlkreis geschafft und so läßt sich an dieser Niederlage nichts verwischen oder beschönigen.

Aber natürlich äußerten sich diese Fehler und Mängel beim Wahlkampf wie in jeder politischen Frage in ihrer besonderen Form, traten manche in den Vordergrund, andere in den Hintergrund und es gab sicher auch einige zusätzliche spezielle Probleme.

Unsere grundsätzliche Haltung zum bürgerlichen Parlament und zu den Wahlen

Die entscheidende Frage im Zusammenhang mit den Wahlen, die bis zuletzt nicht ausreichend im gesamten Ortsverband und darüberhinaus geklärt war, war unsere grundsätzliche Haltung zum bürgerlichen Parlament als Teil des bürgerlichen Staates. Diese Unklarheiten rühren von Unklarheiten hinsichtlich der Festlegungen unseres Programmes zur Frage des bürgerlichen Staates und des Parlamentarismus und in der Anwendung unseres Programms her.

In unserem Programm heißt es: „Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. In seinem Kern ist er Maschinerie der Bourgeoisie zur gewaltsamen Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse....Immer stärker lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Das Finanzkapital macht sich in immer direkterer Weise den Staat dienstbar. Der staatliche Gewaltapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates", und weiter: „Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das heißt die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats". Damit bringen wir zum Ausdruck, was das Entscheidende am bürgerlichen Staat ist, seinen Charakter und seine Funktion. Diesem Charakter entspricht es, daß das Entscheidende am Staatsapparat nicht gewählt wird: z.B. die Spitzen der Armee, das Offizierskorps, Polizei, Gendarmerie, die Richter, der Beamtenapparat, die Spitzen der Staatsbürokratie usw. Gewählt werden Nationalrat, Landtage, Gemeinderäte. Das zeigt schon die nur relative Bedeutung der Wahlen. Das Entscheidende am Staatsapparat wird vor dem Volkswillen geschützt. Gewählt wird die Fassade, der demokratische Aufputz und nicht mehr. Das zeigt, daß es der Charakter des parlamentarischen Staatssystems ist, der seine Zerschlagung notwendig macht, und daß seine Volksfeindlichkeit in diesem seinem Charakter, d.h. in seinem Gegensatz zum Volk besteht und nicht bloß in der Tatsache, daß bürgerliche Parteien im Parlament sitzen. Die Volksvertretungen von Parlament bis Gemeinderat sind nur Fassade des bürgerlichen Staates und die Bedeutung der Fassade ist begrenzt. Sieht man sich hingegen unsere Agitation und Propaganda an, dann erkennt man, daß die Volksfeindlichkeit des bürgerlichen Staatsapparates in erster Linie von der Dominanz der bürgerlichen Parteien abgeleitet wurde.

Die Fassade zum Entscheidenden erklären und den reaktionären Charakter des Staates im Imperialismus vergessen, seine Reformierbarkeit über „bessere Volksvertreter" anzupeilen — das war und ist die Haltung der Sozialdemokratie, das ist die Haltung der Revisionisten. Friedrich Engels schreibt: „Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ....er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist". (zitiert nach Lenin, Ausgewählte Werke S 289). Und Lenin: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der **Unversöhnlichkeit** der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze unversöhnlich sind". (Lenin, Ausgewählte Werke S.289). Und „nach Marx ist der Staat ein Organ der **Klassenherrschaft**, ein Organ zur **Unterdrückung" der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft"** ....„**Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über** der Gesellschaft stehende, und ‚sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht' ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern **auch ohne Vernichtung** des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, indem sich diese ‚Entfremdung' verkörpert" (ebd.). Und zur demokratischen Republik, jener Form, mit der wir heute in Österreich konfrontiert sind, wo die „demokratischen Vertretungsorgane" in Form des Parlaments, der Landtage und der Gemeinderäte bei allgemeinen Wahlen gewählt werden, schreibt Lenin: „Die Allmacht des ‚Reichtums' ist in der demokratischen Republik deshalb **sicherer**, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß **kein** Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen, noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann. Es muß noch hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheitdas allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist ‚...der Gradmesser der Reife der Arbeitrklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat....'"(ebd., S.295). Diese wichtigen Aussagen Lenins sind Teil einer Polemik gegen die Opportunisten aller Schattierungen, die sich vom allgemeinen Stimmrecht „mehr" erwartet haben, die dem Volk suggerierten, daß das allgemeine Stimmrecht in der demokratischenn Republik imstande wäre, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Verwirklichung zu sichern.

Hält man sich den Charakter des bürgerlichen Staates und des allgemeinen Stimmrechts im Sinne des Marxismus-Leninismus vor Augen, dann ist klar, daß es eine opportunistische Abweichung darstellt, wenn man auf der Linie „die bürgerlichen Politiker sind keine guten Volksvertreter, nur die Kommunisten gehen von den Interessen der Werktätigen aus und daher soll man sie wählen" in den Wahlkampf eingreift, ohne klar zu sagen, daß der bürgerliche Parlamentarismus, der bürgerliche Staat selbst ein wichtiger Angriffspunkt unserer Politik ist und zerschlagen werden muß. Machen wir hingegen dur die bürgerlichen Politiker und ihre Politik zum Angriffspunkt, dann suggerieren wir den Menschen wohl auch, daß sich die ganze Sache mit einer volksfreundlicheren Politik im Parlament erledigt hätte. Eine Politik in

diesem Sinne zielt aber auf Reformen und nicht mehr. Dafür aber ist es näherliegend, die SPÖ zu wählen und nicht uns. Der KB geht jedoch in seinem Programm von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Staat, der Vorbereitung der Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staates aus und führt unter **dieser** Perspektive auch den Kampf um Reformen. Und gerade hier unterscheiden sich die Kommunisten von den Opportunisten aller Schattierungen, hier sind sie die einzigen, die dieses revolutionäre Ziel in Programm festgehalten haben und von dem sie auch im Zusammenhang mit den Wahlen zum bürgerlichen Parlament, Landtag und Gemeinderat ausgehen müssen.

Der wohl auffälligste Mangel in unserer Politik während des Wahlkampfs war, daß die notwendigen Angriffe gegen den Parlamentarismus selbst fast überall gefehlt haben und wir uns weitestgehend darauf beschränkt haben, die bürgerlichen Parteien wegen ihrer volksfeindlichen, reaktionären Politik anzugreifen. Als Beispiele für diesen Fehler einige Beispiele aus Flugblättern von Zellen der Ortsgruppe Wien, wo grundsätzlich zu den Wahlen geschrieben wird:

„Alle paar Jahre entdecken die Herren Politiker ihr Herz für die Wähler. Jede Partei, ob gerade am Ruder oder in der Opposition, interessiert sich plötzlich vehement für die Probleme des ‚einfachen Volkes'. Zünftige Reden werden geschwungen, Hände geschüttelt, Kinder abgebusselt — die Buhlerei um Wählerstimmen nimmt oft geradezu groteske Formen an. Gemacht wird das von Leuten, die sich jahrelang gerade **nicht** um die Probleme der Werktätigen gekümmert haben. Jetzt versuchen sie sich mit hohlen Phrasen beim Volk beliebt zu machen- ......Wahlkampf und Wahlen dürfen nicht den bürgerlichen Politikern überlassen werden. Sie müssen genutzt werden für eine Kampfansage gegen die herrschende Klasse, für eine Absage an die bürgerlichen Parteien, sei es SPÖ, ÖVP, FPÖ oder KPÖ."

„Wie jeder weiß, finden am Sonntag die Gemeinderatswahlen statt, wie vor jeder Wahl übertreffen einander auch diesmal die bürgerlichen Parteien mit allerlei schönen Sprüchen und Versprechungen. Sie wollen sich damit unser Vertrauen und vor allem unsere Wählerstimme erschleichen."

Oder: „....Darüber hinaus ist es unser Ziel, bei einer allenfalls eintretenden Mandatserringung in Organen des bürgerlichen Staates, wie dem Gemeinderat, die Machenschaften der bürgerlichen Parteien auch von innen heraus zu entlarven und die Tribüne des Gemeinderats für den Klassenkampf zu nützen."

In keinem dieser zitierten Flugblätter findet sich auch nur ein Wort über den Charakter des Parlaments, bzw. des Gemeinderates selbst.

Bei den kommenden Wahlen, z.B. in Klagenfurt/Celovec und bei den Nationalratswahlen muß gerade dieser Frage entsprechende Aufmerksamkeit zugewandt und eine revolutionäre Haltung eingenommen werden, denn die überwältigende Mehrheit der Menschen hat sich vom bürgerlichen Parlamentarismus noch nicht gelöst.

Die Frage, die sich viele Freunde und Genossen gestellt haben und stellen werden, lautet, warum kandidiert der KB dann bei Wahlen, wenn er eine solche grundsätzliche Haltung einnimmt. Das ist ja ein Widerspruch, einerseits für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates sein und das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnen und andererseits selbst zu den Wahlen kandidieren.

Zur Taktik der Kommunisten

Welche Taktik verfolgen die Kommunisten bei den Wahlen zum bürgerlichen Parlament: mit dieser Frage waren wir konfrontiert und und werden wir bei jeder Wahl zum Parlament, Landtag und Gemeinderat konfrontiert sein und wir müssen sie besser beantworten können, als das bei den Gemeinderatswahlen oft der Fall war. „Soll man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen" - diese Frage hat Lenin aufgeworfen und beantwortet, weil die „linken" Kommunisten in Deutschland diese Frage in schematischer Anwendung der Grundsätze der Kommunisten verneint haben. Sie haben den Standpunkt vertreten, daß „...jede Rückkehr zu den historisch und politisch erledigten Kampfformen des Parlamentarismus...mit aller Entschiedenheit abzulehnen ist...Und das in einer Situation, wo es in Deutschland den Parlamentarismus gegeben hat, wo man nicht zu ihm zurückkehren, sondern mit ihm fertigwerden mußte. „Der Parlamentarismus ist historisch erledigt. Im Sinne der Propaganda ist das richtig. Aber jedermann weiß, daß es von da bis zur *praktischen* Überwindung noch sehr weit ist. Den Kapitalismus konnte man bereits vor vielen Jahrzehnten, und zwar mit vollem Recht, als „historisch erledigt" bezeichnen, daß enthebt uns aber keineswegs der Notwendigkeit eines sehr langen und sehr hartnäckigen Kampfes *auf dem Boden* des Kapitalismus". (Lenin, Der linke Radikalismus, Ausgew. Werke S.595). Der Parlamentarismus ist wohl „historisch erledigt", ist er aber auch „politisch erledigt"? Das ist er keineswegs, solange die Masse der Arbeiter und anderen Werktätigen für den Parlamentarismus schlechthin eintreten, ihn für „noch immer am besten für das Volk" halten, wie das nicht nur damals in Deutschland war, sondern wie wir das Tag für Tag bei unserer eigenen politischen Arbeit unter den Menschen miterleben. Für uns Kommunisten ist der Parlamentarismus historisch und politisch erledigt. Doch kommt es für uns Kommunisten, die wir in unserem Programm festhalten, daß „die Kommunisten aller Länder die Aufgabe haben, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen geschichtlichen Mission zu befähigen", darauf an, nicht den eigenen Standpunkt zu verwechseln mit dem noch existierenden Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes. Im Programm sprechen wir vom Proletariat und seiner großen geschichtlichen Mission und vom *Befähigen*. Das heißt, daß wir verpflichtet sind, den tatsächlichen Bewußtseins-und Reifegrad der Arbeiterklasse und des Volkes zu sehen und „ihnen die bittere Wahrheit zu sagen" (ebenda).

Wir können den Kampf gegen den Kapitalismus nur auf dem Boden der vom Kapitalismus hervorgebrachten Verhältnisse führen. Wir finden für diesen Kampf auch bestimmte politische Bedingungen vor, die es nicht zu ignorieren, sondern zu berücksichtigen gilt. Zu diesen Bedingungen gehört die Einrichtung der bürgerlichen Demokratie mit ihren Wahlen.

Die herrschende Klasse redet den Volksmassen ein, daß sie bei den Wahlen ihren Willen kundtun können. Natürlich wird das demokratische Feiertagsgerede im vollen Sinn heute kaum mehr geglaubt. Aber natürlich sind die Illusionen in solche Wahlen nach wie vor groß. Mehr und mehr sehen die breitesten Massen des Volkes die Wahlen so, daß sie hier nicht zwischen gut und schlecht entscheiden, sondern zwischen verschiedenen mehr oder weniger großen Übeln. Aber das heißt natürlich noch lange nicht, daß sie es für unbedeutend halten, ob das größere oder das kleinere Übel herauskommt. Aus unserer revolutionären Sicht stehen, wie oft gesagt wird, Pest oder Cholera zur Wahl. Aber viele Menschen glauben eher, daß Schnupfen oder Grippe zur Wahl stehen, und Schnupfen ist ihnen lieber. Dazu kommt, daß es für das Volk andere Mittel, um seinen Willen auszudrücken, offiziell und entsprechend der Verfassung und den Gesetzen nicht gibt und daher ganz natürlich den Wahlen als der einzigen solchen Möglichkeit eine gewisse Bedeutung beigemessen wird. Kurz und gut schiebt das Volk die Wahlen nicht achtlos beiseite, solange es nicht in der Praxis des Klassenkampfes den bürgerlichen Staat und mit ihm den Parlamentarismus über den Haufen schmeißt. Die Wahlen sind heute ein bedeutendes politisches Ereignis, bei dem die breiten Massen des Volkes ihrem Willen in dieser oder jener Weise Ausdruck verleihen wollen. Wenn es keine Möglichkeit gibt, gegen die herrschende Gesellschaftsordnung zu stimmen, dann werden die Massen - ob ihnen das klar ist oder nicht - in der einen oder anderen Weise *für* sie stimmen.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es daher nicht, sich bei den Wahlen abseits zu stellen, sondern sich an ihnen zu beteiligen.

Die wichtigsten Probleme, Fehler und ihre Wurzeln

Jede Abweichung von der revolutionären Orientierung unserer Politik, von der Orientierung auf die Revolution, davon, alle Fragen, Kämpfe und Bewegungen im Hinblick auf die Revolution zu behandeln, wirkt sich im Wahlkampf besonders drastisch aus und wird dort auch besonders deutlich sichtbar. Sie führt zwangsläufig zum Lostrennen der Wahlen vom gesamten Klassenkampf, wie überhaupt der Reformismus die revolutionäre Einheit der Politik zerstört und sie in ein Konglomerat verschiedener jeweils reformistisch gestellter politischer Fragen und Forderungen verwandelt. Auf der einen Seite steht dann die reformistische Haltung in dieser oder jener Tagesfrage, auf der anderen eine offen oder verdeckte reformistische Haltung zum Parlamentarismus.

Wir haben bekanntlich große Probleme dabei, in der tagtäglichen Arbeit revolutionär vorzugehen, d.h., den wirtschaftlichen mit dem politischen, den nationalen mit dem internationalen Klassenkampf und die Tageskämpfe mit dem Kampf um das Endziel zu verbinden. Diese Probleme, eine revolutionäre Politik zu machen, waren auch der Hauptgrund dafür, daß es ein Bedürfnis nach einem Wahlaufruf gab, der dieses Problem löst, unsere Politik „zusammenfaßt", der sozusagen unsere tagtägliche Politik „in Einklang bringt" mit unseren revolutionären Zielen. Aber das geht natürlich nicht durch einen Wahlaufruf, abgesehen, daß es auch nicht möglich ist, in einem Aufruf unsere ganze Politik — außer ganz allgemein — „vorzustellen".

Im einzelnen sind die Probleme und Fehler folgende.

1. Der tagtägliche Klassenkampf, der Kampf in den verschiedenen politischen Fragen und Bereichen, wurde von den Wahlen getrennt, bzw. umgekehrt die Wahlen aus dem Zusammenhang mit dem Klassenkampf gerissen. Für jeden Menschen liegt es auf der Hand, daß viele politische Fragen des Alltags bei den Wahlen zur Sprache und die politische Entwicklung bei den Wahlen zum Ausdruck kommen. Trotzdem aber wurden sie im „Wahlkampf" und „Klassenkampf" über weite Strecken voneinander getrennt, d.h. einerseits die verschiedenen politischen Fragen nicht mit den Wahlen in Verbindung gebracht und andererseits der Wahlkampf zum Teil politisch entleert und viele politische Fragen aus ihm ausgespart. Dementsprechend wurde auch darauf verzichtet, an Hand dieser Fragen den Nachweis zu führen, daß Wahlen die Probleme der Menschen, die aus den Klassengegensätzen, aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung entspringen, nicht lösen, und damit auch den Parlamentarismus selbst zu einem Angriffspunkt zu machen.

   Ein Resultat dieser Trennung war, daß bei und in den Betrieben nur von 50% der Betriebszellen eine Agitation und Propaganda zu den Wahlen selbst gemacht wurde. Von diesen 50% hat wiederum die Hälfte nur einmal einen kurzen Aufruf geschrieben, der ungefähr so argumentiert: „Die bürgerlichen Parteien betrügen das Volk, wir nicht, deshalb sollte man uns wählen." Die andere Hälfte hat positive Initiativen gesetzt und versucht, an Hand von konkreten Fragen den fundamentalen Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und dem KB zu erläutern.

   Ein wichtiger Grund des oben erwähnten Fehlers ist, daß oft weder der Klassenkampf in einer bestimmten politischen Frage, noch die Wahlen unter einem revolutionären Gesichtspunkt, d.h. im Hinblick auf die Revolution, betrachtet und behandelt werden.

2. Eine andere, verdeckte Form dieses Fehlers war die folgende: Zwar ist eine Propagandaoffensive anläßlich der Wahlen wichtig, das Sammeln von Unterschriften für die Erreichung der Kandidatur hingegen nicht — das war eine andere Haltung, die aufgetreten ist. Darin kommt nichts anderes zum Ausdruck, als die Bedeutung der Wahlen selbst, der Möglichkeit, auch bei den Wahlen und mit dem Stimmzettel der Bourgeoisie entgegenzutreten, und dementsprechend den Kampf um Unterschriften und um Stimmen geringzuschätzen.

   Eine ideologische Offensive, die die Bedeutung der praktischen Unterstützung für die Kandidatur als zweitrangig abtut, ist eine merkwürdige ideologische Offensive. Sie läuft darauf hinaus, die Wahlen der Bourgeoisie zu überlassen. Gerade die Verbindung einer ideoloigschen Offensive mit der Mobilisierung für bestimmte praktische Schritte hinsichtlich der Wahlen selbst, gibt unserer Wahlkampfführung Kraft.

3. Besonders schlecht sind im Rahmen des Wahlkampfes Fragen des wirtschaftlichen und des internationalen Klassenkampfes weggekommen, denn diese Fragen sind von der eigentlichen Bürgermeister und Gemeinderatstätigkeit wirklich oder scheinbar am weitesten entfernt. Nehmen wir als Beispiel die Kampagne zum 10. Jahrestag der Okkupation der CSSR am 21. August. Da wurde z.B. in Simmering von Genossen ein Mehrheitsbeschluß gefaßt, die CSSR-Frage ausdrücklich aus dem Wahlkampf auszuklammern.

   Warum? Weil das keine Frage der Kommunalpolitik ist?

   Anstatt auch anhand der Politik der bürgerlichen Parteien anläßlich der Okkupation 1968 und anläßlich des 10. Jahrestags den Klassencharakter dieser Politik aufzuzeigen, wurde „einmal zur CSSR, das andere Mal zu den Wahlen aufgetreten". „Bei den Gemeinderatswahlen muß es in erster Linie um kommunalpolitische Fragen gehen". Wieso kommt man auf so eine Idee? Geht sie nicht von dem Gesichtspunkt aus, daß im Gemeinderat über das allgemeine Stimmrecht die Interessen der Menschen, aber dann natürlich nur, soweit der Gemeinderat kompetent ist, verwirklicht werden könnten? Abgesehen davon sind die aus der Ausbeutung der Werktätigen entspringenden Probleme ihre entscheidenden Probleme und liegt die Ausbeutung letztlich allen anderen Problemen zugrunde. Sich im Wahlkampf nur auf gewisse Probleme nach dem Wunsch und Willen der bürgerlichen Politiker einschränken zu lassen, ist ganz verkehrt. Die Agitation und Propaganda auf kommunalpolitische Fragen zu beschränken, würde bedeuten, die wichtigen sozialen Probleme der Werktätigen beiseite zu lassen.

   Unbedingt notwendig ist es andrerseits auch, alle jene Fragen, die sich aus der Entwicklung der Großstädte im Kapitalismus ergeben (Wohnungsfrage, Verkehr usw.) aufzugreifen. Werden sie aufgegriffen, dann müssen auch sie auf ihre entscheidenden Wurzeln, das Privateigentum, zurückgeführt werden.

4. Die reaktionäre Wahlrechtsreform wurde nicht entschieden bekämpft. Obwohl bei dieser reaktionären Wahlrechtsreform gut erkannt werden kann, daß die bürgerlichen Parteien die Parlamente von gewählten Vertretern freihalten wollen, die die Interessen des Volkes vertreten, haben wir diese Sache in der Agitation und Propaganda nicht ausreichend behandelt und attackiert. Ein solcher Fehler kann ebenfalls nur aus der Geringschätzung von Wahlen und der Beteiligung der Kommunisten herrühren.

5. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie die Arbeit und Kandidatur zu den Wahlen mit dem Parteiaufbau zusammenhängen. Diese Fragestellung beruht bereits auf einer Trennung von Parteiaufbau und Klassenkampf, sowie von Klassenkampf und Wahlen. Daß die Wahlen mit dem Klassenkampf zusammenhängen, ja ein Teil des Klassenkampfs sind, wurde bereits betont. Daß der Parteiaufbau ebenfalls mit dem Klassenkampf zusammenhängt, wird niemand bestreiten. Man braucht sich bloß vorzustellen, wie absurd es wäre, vom Parteiaufbau zu reden, aber bei den Wahlen den bürgerlichen Parteien und der ganzen Bourgeoisie nicht revolutionär gegenüberzutreten und ihnen dieses Feld zu überlassen.

Zu Fragen des Arbeitsstils in Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes

Der Arbeitsstil war während der gesamten Wahlarbeit und ihrer Vorbereitung ernstlich von Subjektivismus geprägt. Vor Beginn der Wahlarbeit — während der Überlegungen, in welchen Bezirken wir eine Kandidatur anstreben sollen — hat es nur eine einseitige Untersuchung gegeben. Der Programm- und Zentralorgan-Verkauf sowie die Größe der Bezirke und der Stadt, unsere Aufgaben und Kräfteverhältnisse blieben weitgehend unberücksichtigt.

Als entscheidender Mangel, den es bereits lange gibt, hat sich die nur schlechte Untersuchung der Tätigkeit der Gemeinde Wien herausgestellt. So wurde von Anfang an darauf vergessen, zur Steuer-Tarif-und Gebührenpolitik der Gemeinde eine Untersuchungsgruppe einzurichten. Wenn man aber in den Gemeinderatswahlen tätig wird, ohne die Gemeindepolitik im besonderen zu kennen, so wird man im Kampf gegen die Gemeinde als Teil des bürgerlichen Staatsapparates keinen Erfolg erzielen. Positiv war die Einrichtung der Untersuchungsgruppen zum Wohnungswesen, zu Umwelt und Sport usw. Diesen Arbeitsgruppen fehlte jedoch die grundsätzliche Ausrichtung, wodurch die bestehenden Probleme meist nicht grundsätzlich analysiert wurden.

Mangelnde Kenntnisse der besonderen Bedingungen erschweren es, die Linie des KB umzusetzen und auf die örtlichen Bedingungen anzuwenden. Sowohl bei örtlichen, Landes-und Nationalrats-Wahlen ist es erforderlich, die Linie auf die konkreten örtlichen Bedingungen anzuwenden und andererseits durch diese Anwendung unsere Linie weiterzuentwickeln. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen war die Untersuchung der örtlichen Bedingungen mangelhaft, was zur Aushöhlung der Politik und des Wahlkampfes geführt hat.

Ein weiterer schwerer Mangel war es, daß wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Wien erst ganz zum Schluß, und da nur in bescheidenen Ansätzen zu untersuchen. Dem Aufbau einer Front gegen die Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung kommt im Klassenkampf größte Bedeutung zu. Ohne Kenntnis der konkreten Lage in Wien kann man zum Aufbau dieser Front keinen guten Beitrag leisten. Die genaue Kenntnis der konkreten Bedingungen ist für die Entfaltung unserer Politik unbedingt notwendig. Erst die beiden „Klassenkampf-Sondernummern" brachten in diesen beiden Fragen die ersten Fortschritte, die aber nach der Wahl bis jetzt nicht ausgebaut wurden.

Im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1979 sei hier übrigens betont, daß wir da nicht nur bundespolitische Fragen aufgreifen, sondern alle jene Fragen, zu denen es unter den Menschen Bewegungen und Kämpfe gegeben hat. Wir stellen die bürgerlichen Politiker nicht nur als Bundes-, Landes- oder Gemeindepolitiker sondern als Reaktionäre, was eben in den verschiedensten politischen Fragen zum Ausdruck kommt, wobei natürlich ihre besonderen Verantwortlichkeiten, „Kompetenzen", auch in besonderer Weise behandelt werden müssen.

Obwohl es in unseren Reihen und unter unseren Freunden genügend Kenntnisse über die Probleme des täglichen Arbeiterlebens gibt, beschäftigen wir uns allgemein zu wenig damit (hier sei auf die geringe Zahl von derartigen Korrespondenzen und Leserbriefen an das Zentralorgan verwiesen) und haben wir das auch bei den Gemeinderatswahlen nicht getan. Fragen des Arbeiterlebens in der Fabrik, der Angestellten in den Büros, der Pensionisten, der Jugend, das Wohnungswesen usw. usf. -mit allen diesen Fragen sind wir in der einen oder anderen Form stets konfrontiert, schätzen sie aber meist gering. Die SPÖ-Niederösterreich hat eine Kampagne „Jung sein in NÖ" gemacht, um die Jugendlichen in ihren Einflußkreis zu ziehen. Ihr Ausgangspunkt waren die vielfältigen Probleme der Jugendlichen. „Jung sein in Wien", „Alt sein in Wien", „Wohnungsprobleme in Wien" etc., das alles könnten auch wir aufgreifen. Das alles könnte eine Anklage gegen den Kapitalismus werden. Richtig behandelt, könnten wir gestützt auf die Menschen Forderungen entwickeln und Bewegungen auslösen und führen.

Die bisher genannten Mängel haben bewirkt, daß die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Politikern bei deren Wahlauftritten nur bei drei Auftritten praktiziert wurde. Bei diesem Stellen der Politiker der bürgerlichen Parteien reicht es nicht aus, mit ihnen zu den einzelnen Fragen des Klassenkampfes abzurechnen - wo es noch dazu oft damit endet, das ganze nur zu einem Frage-und-Antwortspiel verkommen zu lassen, sondern es ist notwendig, dabei „Programm gegen Programm" zu stellen, d.h. auch über den Charakter des bürgerlichen Staats aufzuklären, ihr Bekenntnis dazu anzugreifen und unsere Haltung positiv zu propagieren. In diesem Zusammenhang hat es auch Unklarheiten über die Forderung nach Rechenschaftspflicht gegeben. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Frage bei Wahlen können wir festhalten, daß heute die revolutionär gestellte Forderung nach Rechenschaftspflicht nichts anderes bedeutet, als die Politik der bürgerlichen Politiker zu bekämpfen, vom Willen und den Interessen des Volkes auszugehen und diesen Figuren das Recht abzusprechen, in den Parlamenten zu entscheiden. Die Linie im Kampf gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf soll hier Beispiel sein, wo dem Parlament im Kampf das Entscheidungsrecht streitig gemacht wurde.

Zu organisatorischen Fragen

Aufgrund der geringen Anzahl der Vorausunterschriften und der Unterschriften auf dem Magistrat konnten wir nur im Wahlkreis Zentrum kandidieren. In diesem Wahlkreis, wo wir bis zu den Wahlen fast gar nicht politisch gearbeitet haben, erhielten wir 221 Stimmen, d.s. 0,30 % aller abgegebenen Stimmen. Der Verlauf der Vorausunterschriftensammlung, die am 8.4.1978 ohne jegliche politische Ausrichtung und Anleitung begonnen wurde -erst am 17.6. fand die erste Beratung auf Zellenleiterebene statt - lief bis Mitte August und ergab ohne Mitglieder und Kandidaten 478 Unterschriften. Davon waren 10% Arbeiter, 40% Angestellte und Beamte, 5% Pensionisten, 9% Lehrlinge und Schüler und ca. 30% Stundenten.

Mit diesen Ergebnissen sind wir weit hinter unseren Möglichkeiten geblieben. Daran tragen die Abweichungen von der Linie, die schematische Politik und die organisatorischen Verhältnisse, die Arbeitsweise, die Schuld.

Am auffälligsten und am meisten kritisiert waren die planlose Arbeit. Weder die Aufgaben noch die Kräfteverhältnisse wurden planmäßig angegangen. Die Aufgabenstellung z.B. für die einzelnen Zellen in den Wahlkreisen oder für die Untersuchungsgruppen waren nicht klar und konkret, es wurden keine konkreten Ziele festgelegt und die Arbeit nicht laufend überprüft. Der Kräfteeinsatz erfolgte nur wenig planvoll, was zu einer Vergeudung von Kräften geführt hat. Kurzfristige Planung wurde nicht mit langfristiger verbunden, Haupt-und Nebenaufgaben nicht oder nur unzureichend festgelegt.

Der Wahlkampf hat auch deutlich das vorhandene Sektierertum hervortreten lassen. Das „Sich auf die Massen stützen" blieb fast ausschließlich auf dem Papier. Eine einzige Grundeinheit faßte den Aufbau eines Wahlhilfekomitees ins Auge, jedoch blieb das im Planungsstadium stecken. Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben nur durch die eigenen Kräfte ist unmöglich und falsch. Hunderte von Menschen in Wien unterstützen uns in der einen oder anderen Form - und wieviele wurden gewonnen zur aktiven Mitarbeit, wievielen haben wir konkrete Aufgaben anvertraut? Nahezu keinem einzigen. Dabei würde eine solche Arbeitsweise unsere Kräfte vervielfachen.

Die Arbeits-und Führungsmethoden müssen umgewälzt werden, damit wir den Aufgaben gewachsen sind, da die Arbeit zu den Gemeinderatswahlen gezeigt hat, daß diese organisatorischen Probleme auf schlechte Arbeits- und Führungsmethoden zurückzuführen sind.

Die Sozialisierungsdebatte in der Ersten Republik

(zur Geschichte der Verstaatlichten)

Wir veröffentlichen im Kommunist eine Artikelserie über die Geschichte der verstaatlichten Industrie in Österreich. Ihr erster Teil befaßt sich mit den Ereignissen nach dem Sturz der Habsburgermonarchie, mit der „Sozialisierungsdiskussion" und mit den Sozialreformen der ersten Jahre der ersten Republik. In der Folge werden wir die Entstehung der heutigen Verstaatlichten im Anschluß an den zweiten Weltkrieg untersuchen.
Im ersten Teil zeigen wird, daß „Sozialisierungsdebatte" und Sozialreform dazu dienten, den Drang der revolutionären Massen nach der sozialen Revolution zu kanalisieren. Als Hauptstütze der Bourgeoisie erwies sich dabei die Sozialdemokratie der Renner, Bauer und Adler.


Wiener Bilder
Illustriertes Familienblatt
Das neue Deutsch-Österreich.


DER WECKRUF.
Die Losung des Proletariats für das Neue Jahr
Soziale Revolution
Die Schuldigen am Blutbade.
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Die Rote Fahne
Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschösterreichs.
Der Abbau der Revolution!
Auflösung der „Roten Garde".

Die revolutionäre Stimmung unter den Arbeitern, Bauern und Soldaten drängte nach mehr als bloß der Beseitigung der Habsburgermonarchie. Im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stand eine wirkliche Umwälzung der politischen und sozialen Verhältnisse, die „soziale Revolution des Proletariats". Stattdessen bildete sich nach dem Rücktritt des Kaisers bei der Ausrufung der Republik bloß eine Koalitionsregierung aus bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie (Bild links). Die Wünsche der Massen und die wirkliche Entwicklung kommt in der Zusammenstellung der Schlagzeilen der Zeitungen der KPÖ in diesen Monaten zum Ausdruck (Bild rechts).

Die Novemberereignisse

Im November 1918 zerbrach die Habsburgermacht, geschwächt durch die Niederlage im imperialistischen Raubkrieg, unter den Schlägen der unterjochten Völker. Angefeuert durch den Sturz des russischen Zarismus im Februar und den Sieg der Sozialistischen Revolution im Oktober 1917 erhob sich auch die österreichische Arbeiterklasse.

Die revolutionäre KPÖ beurteilte den Charakter und die Aufgaben der Revolution von 1918 folgendermaßen: *„So wie die Februarrevolution 1917 in Rußland hatte die Revolution vom November 1918 in Österreich einen bürgerlich-demokratischen Charakter. Aber die Revolution folgte auf die sozialistische Revolution in Rußland und fand statt in der Epoche des Übergangs auf die sozialistische Revolution. Sie trug von Anfang an Momente der proletarischen Revolution in sich und mußte sofort die Frage des Hinüberwachsens zur proletarischen Revolution auf die Tagesordnung stellen."* Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution war die Beseitigung der Monarchie und ihres reaktionären Staatsapparates, die Befreiung der unterdrückten Nationen , die Abschaffung des Adels und des Großgrundbesitzes. Diese Aufgaben konnten nur unter der Führung der Arbeiterklasse und im Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie und den siegreichen Entente-Imperialismus voll erfüllt werden. Um diese Revolution durchzuführen, mußte die Arbeiterklasse das Bündnis mit der Masse der Bauern und der nationalen Befreiungsbewegung der bisher unterdrückten Völker der Monarchie anstreben und alles daransetzen, die Bauern und die nationale Befreiungsbewegung unter ihre Führung zu bringen. Diese Revolution mußte ein Bundesgenosse der Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland sein und hätte sich, konsequent weitergeführt, zur sozialistischen Revolution entwickelt. Lenin warnte die österreichischer Arbeiterschaft vor dem Entente-Imperialismus, er verlangte das Bündnis der Völker der Habsburger -Monarchie im Kampf gegen den Imperialismus, er erklärte, daß sich ein Bündnis der Sowjet republiken mit einem revolutionären Österreich -Ungarn auch die Arbeiter anderer Länder anschließen würden. Das waren die revolutionären Perspektiven von 1919.

Im November 1918 stellte sich für die österreichische Arbeiterbewegung die Frage in aller Schärfe und mit allen Konsequenzen: Entschiedene Inangriffnahme dieser Aufgaben und Vormarsch zur proletarischen Revolution oder Sieg der Konterrevolution im Gewand der Bourgeoisrepublik und Wiederherstellung der erschütterten Kapitalsherrschaft.

Wie stand die österreichische Arbeiterklasse diesen Aufgaben gegenüber?

Die spontane Bewegung entwickelte sich umso stärker, je länger der Krieg dauerte. Sie ging zunehmend über den Kampf gegen die Kriegslasten hinaus zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg überhaupt (Jännerstreik 1918). Der Kampf für den Frieden griff auf Armee und Flotte über (Aufstand der Matrosen von Cattaro, Februar 1918) Unter dem Druck dieser Entwicklung machte die österreichische Sozialdemokratie, die bereits mit Kriegsbeginn endgültig auf die Seite des Imperialismus übergegangen war und die Arbeiterklasse mit sozialimperialistischen und sozialchauvinistischen Parolen in den impe-

rialistischen Krieg gehetzt hatte, einen Schwenk zum Pazifismus in Richtung einer „friedlichen Verständigung" der Imperialisten. Otto Bauer schrieb über diese „Wandlung": *„Das Bild der Arbeiter-Zeitung änderte sich vollständig. Austerlitz führte nun in der Arbeiter-Zeitung den Kampf für einen demokratischen Verständigungsfrieden ... So wurde die Partei nun, dank der entschlossenen Wendung, die sie gemacht, zur Wortführerin der Friedenssehnsucht der kriegsmüden Massen ... sie erwarb so das Vertrauen, das sie befähigt, in der nahenden Revolution die Führung zu übernehmen."*

Anstatt auf den Weg der sozialistischen Oktoberrevolution richtete sie die Friedenshoffnungen der Massen auf das imperialistische Gegenprogramm der 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson.

Der Herbst 1918 brachte den Zusammenbruch der Front der Habsburgerarmeen. Die „Mittelmächte" ersuchten am 4. Oktober den US-Präsidenten um einen Waffenstillstand. Kurz darauf riefen die Polen und die Tschechoslowaken die Republik aus. In Wien forderten Massendemonstrationen die Republik. Die SP-Führer erklärten eine österreichische Republik für „lebensunfähig" und suchten den Anschluß an Deutschland. Inzwischen verschärfte der Rückstrom hunderttausender bewaffneter Soldaten von der Front die revolutionäre Krise. Der SP-Führer Julius Deutsch schrieb über die Oktobertage 1918: *„Die Soldaten (in Wien) konnten den Zeitpunkt der völligen Niederwerfung der Militärgewalt nicht mehr erwarten. Sie wollten sofort losschlagen: Das Kriegsministerium besetzen, die Regierung stürzen, den Kaiser gefangennehmen. Ich hielt sie zurück, weil mir der Zusammenbruch der Habsburgerei nur mehr eine Frage von Tagen schien, der ohne Blutvergießen herbeigeführt werden konnte."* (a.a.O.. S. 12)

„In Wien und anderen Industrieorten bildeten sich aus Heimkehrern bewaffnete, Rote Garden'. Die Arbeiterräte, die im Jännerstreik 1918 entstanden waren, breiteten sich aus und wurden zu einem entscheidenden Machtfaktor; sie funktionierten in vielen Industriegegenden als lokale Verwaltung und verkörperten die Staatsautorität ... Die revolutionäre Gärung hatte auch Schichten weit über die Arbeiterklasse hinaus erfaßt. Otto Bauer schrieb: ,Nicht nur das städtische und industrielle Proletariat war durch den Krieg revolutioniert worden. Auch durch die bäuerlichen Volksmassen ging eine gewaltige Bewegung. Auch der Bauer war aus dem Schützengraben voll Haß gegen Krieg und Militarismus, gegen Bürokratie und Plutokratie zurückgekehrt. Auch er jubelte der jungen Freiheit, der Republik, dem Sturz des Militarismus zu. Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen!'

Es bestand also eine revolutionäre Situation, die einer Partei, die sich an die Spitze der Massenbewegung gestellt und die revolutionären Kräfte zusammengefaßt und weiterentwickelt hätte, alle Möglichkeiten gab. Aber die SP war keine solche Partei. Die SP-Führer beschäftigte nur ein Gedanke: wie man die Massenbewegung abwürgen könnte." (a.a.O. Seite 17)



Revolutionäre Lehrlinge, Berufsschüler und Jugendliche bei einer Demonstration beim Rathaus.

Die Kommunistische Partei Österreichs war erst am 3. November 1918 von ungefähr 50 Mitgliedern gegründet worden. Sie wurde rasch das Zentrum der Sammlung von revolutionären Kräften. *„Sofort nach ihrer Gründung mußte aber die Partei bereits in einer akut revolutionären Situation handeln und den Kampf um die Führung der Arbeiterklasse, um die Führung der Revolution aufnehmen, ohne noch Zeit gehabt zu haben, sich organisatorisch und ideologisch zu festigen, neue Führer zu entwickeln und zu erproben.*

Mit der Gründung der Kommunistischen Partei war ein entscheidender Wendepunkt der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung erreicht, aber die Partei besaß nicht die Kraft, die Führung der Arbeiterklasse im ersten Anlauf zu übernehmen." (a.a.O. S. 14).

Dennoch erlangte ihre Parole „Für ein Sowjetösterreich" wachsenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung. Die Ausrufung der deutschen Republik erfolgte am 8. November. Erst jetzt forderte auch die SP-Führung in der „Provisorischen Nationalversammlung" die Ausrufung der Republik. Der Kaiser war bereit, „abzudanken". Dazu Renner: *„Dieser Beschluß bietet uns wahrscheinlich die Möglichkeit, den aufgeregten Massen so viel zu bieten, daß sie nach der provisorischen Änderung der Staatsform beruhigt sind und daß das normale Leben im Staate fortgeht, ohne daß die politischen Erschütterungen von sozialen begleitet sind."* Am 12. November 1918 wurde auch in Österreich die Republik ausgerufen. Aber Otto Bauer hatte gleich erklärt: *„Die Massen sind von Ungeduld erfüllt, die Massen meinen, man müsse weitergehen, um die zunächst rein politische Revolution weiterzuführen zu einer sozialen. Demgegenüber müssen wir besonnen und fest bleiben."* Gerade auch auf Grund des linken Gehabes und der revolutionären Phrase der austromarxistischen SP-Führer blieb aber der Masseneinfluß der Sozialdemokraten weiter aufrecht. Dieser Einfluß schlug sich auch in den Wahlen zur Provisorischen Nationalversammlung am 15. Februar 1919 nieder, aus denen die SP mit 1,2 Mio. Stimmen als stärkste Partei vor den Christl. Sozialen mit 1 Mio. und den Deutschnationalen mit 1/2 Mio. Stimmen hervorging. (Die KPÖ hatte sich aufgrund schwerer sektiererischer Fehler nicht beteiligt.). Die Sozialdemokraten bildeten mit den Christlich Sozialen eine Koalitionsregierung, in der sie die wichtigsten Positionen besetzten. Diese Po. tionen erhielten sie mit stillschweigender Duldung, ja Zustimmung der bürgerlichen Parteien, denen gegenüber sie im Parlament in der Minderheit waren.

Otto Bauer begründete diese Tatsache folgendermaßen: *„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefahrdrohenden Konflikten in Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte kein Mittel der Gewalt zur Verfügung. Die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariermassen. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufruhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Aussprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten."*

Die österreichische imperialistische Bourgeoisie konnte 1918 ihre Herrschaft mit Gewalt nicht errichten, weil sie über solche Gewaltmittel nicht verfügte. Sie konnte ihre Herrschaft nur mit Hilfe der Sozialdemokratie antreten, die in den Revolutionsjahren als Platzhalter fungierte und deshalb von Lenin als „soziale Hauptstütze" des Kapitalismus bezeichnet wurde. Die österreichische Sozialdemokratie arbeitete direkt der Konterrevolution in die Hände, soweit sie die Hauptverantwortung getragen hat für den Weg in die Niederlage der jungen Arbeiterbewegung; sie beteiligte sich an der Konterrevolution, soweit sie selbst Hand anlegte an der Wiederaufrichtung des imperialistischen Staatsapparates.

Zwei Kernfragen der Demagogie der SP-Führer, mit der sie die Wut über die elende soziale Lage und den Drang nach revolutionärer Umwälzung fesseln, ablenken und abwürgen wollten, waren die Sozialgesetzgebung und die „Sozialisierung" („Vergesellschaftung"). Beides, weil eng verknüpft, soll im folgenden behandelt werden.

Der Nachkriegskapitalismus

2. Vorweg eine kurze Charakterisierung des österreichischen Nachkriegskapitalismus. In der Habsburgermonarchie war das Gebiet des späteren Österreichs Teil eines großen Wirtschaftsgebietes gewesen, das von typisch imperialistischer „Arbeitsteilung" gekennzeichnet war. Großbanken, Industrie und Verwaltung saßen im Kernland, die Industrie auch in Böhmen, Mähren und Schlesien, während die übrigen Kronländer in erster Linie für die Ausplünderung ihrer Naturreichtümer und als Arbeitskräftereservoir herhalten mußten.

Die Industrie produzierte hinter einer Mauer von Schutzzöllen, die auch ihre relative Rückständigkeit abschirmte, überwiegend für den Binnenmarkt.

Der Zerfall des Völkerkerkers und die Entstehung der Nationalstaaten stellte diese vor entsprechende Strukturprobleme. Auf dem Gebiet der österreichischen Republik verblieben der Bourgeoisie ein erheblicher Teil der Industrie, ein zwar kleiner, aber zumindest durchschnittlich leistungsfähiger Agrarsektor und das Finanz- und Verwaltungszentrum Wien. *„Auf dem Gebiet der Republik waren in der Monarchie 34% des Roheisens erzeugt, aber 6% der Kohle gewonnen worden. Die Folge dieser Disproportionalität war, daß schon im Januar 1919 der letzte Hochofen in Donawitz gelöscht wurde. Spinnereien und Konfektionsindustrie gab es in Österreich genug – aber die Webereien lagen in der Tschechoslowakei."* (Die Ohnmacht des Sieges — Erwin Weissel, Europaverlag, Wien 1976. S 359). Vom Arbeitskräftepotential der Monarchie mit 52 Mio. Einwohnern verblieben der jungen Republik 6,5 Mio.

Die Probleme der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie wurden noch verschärft durch die Folgen der Kriegswirtschaft, die Ausrichtung der Produktion auf die Kriegsbedürfnisse, die Standortwahl nach militärischen Erwägungen. Wohl hatte der verstärkte Staatseingriff in die Produktion und die einigermaßen planmäßige Ausrichtung auf ein Ziel, nämlich die imperialistische Raubkonkurrenz mit kriegerischen Mitteln zu gewinnen, die Konzentration und Monopolisierung vorangetrieben. Aber die relative Rückständigkeit wurde durch den großen Stubstanzverlust im Krieg noch verschärft. *„Von einer internationalen Konkurrenzfähigkeit konnte keine Rede sein; die Gold- und Devisenbestände waren dahingeschmolzen, Außenhandel und Geldwesen desorganisiert."* (E. Weissel, a.a.O. S. 358) Diese ökonomische Lage war für Teile des konservativen Lagers ein Argument mehr gegen eine Sozialisierung, z.B. für G. Stolper: *„Was aber in Deutschland für ,sozialisierungsreif' auch von den radikalen bürgerlichen Parteien angesehen wird, kommt für Deutschösterreich nicht in Betracht. Bergbau haben wir fast keinen, die Eisenindustrie ist zum großen Teil (Schoeller in Ternitz, Bleckmann und andere- noch familiärer Besitz und nicht syndiziert) der Hypothekarkredit ist im wesentlichen ohnehin „vergesellschaftet", da die wenigen Aktien-Hypothekenbanken ihre Geschäfte fast ausschließlich in Galizien und Ungarn haben, während ihre Kredite in Deutschösterreich neben denen der Sparkassen und Landeshypothekenanstalten kaum in Betracht kommen; die Elektrizitätswirtschaft wird auch ein bürgerliche Regierung immer in gemeinwirtschaftlichen Formen organisieren; die Eisenbahnen endlich sind zum größten Teil verstaatlicht."* (G. Stolper, Donaukonföderation oder Großdeutschland, Berlin 1919).

Über zwei Großbanken hatte das Auslandskapital wachsenden Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung. Und zwar waren dies die Creditanstalt, 1855 vom Hause Rothschild, dem deutschen Bankier Haber und einigen österreichischen Großgrundbesitzern gegründet, und die Länderbank in der Hand französischer und englischer Kapitalgruppen. Daneben gab es vor allem das österreichische Creditinstitut, das zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten und Verkehrsbauten fungierte. Ganz anders als am Ende des Zweiten Weltkriegs, als es der österreichischen Bourgeoisie unmöglich war, die Produktionsmittel auf der von der Nazi-Kriegsproduktion erreichten Stufe der Vergesellschaftung der Produktion privatkapitalistisch wieder in Gang zu setzen (siehe die weiteren Artikel dieser Serie), waren die ins Auge gefaßten Verstaatlichungen nach dem 1. Weltkrieg ökonomisch für die Bourgeoisie nicht zwingend.

3. Die Sozialgesetzgebung als Abwiegelungstaktik

8-Stundentag

Die regierende Sozialdemokratie der ersten Republikjahre ließ sich in ihrer Sozialgesetzgebung keineswegs in erster Linie vom Arbeiterschutz zur Erhaltung der Kampfkraft des Proletariats und zur Beschränkung der Ausbeutung leiten. Ihr Gesichtspunkt war vielmehr, der revolutionären Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, und dabei das mit der Wiederaufrichtung der Kapitalsherrschaft verträgliche Maß an „Sozialreform" nicht zu überschreiten. Das zeigt sich an der Einführung des 8-Stunden-Tages, die Otto Bauer kommentiert: *„Andererseits freilich mußten wir damit rechnen, daß sich eine Regelung der Arbeitszeit für die Dauer auch den Konkurrenzverhältnissen zwischen der deutsch-österreichischen Industrie und den wichtigsten konkurrierenden Industrien des Auslands anpassen muß."* (Sozialisierungsdebatte in Österreich nach dem 1. Weltkrieg. Eduard März, in Wissenschaft und Weltbild, Europaverlag, 1975, Wien, S. 400). Tatsächlich hielt sich das bürgerliche Lager mit Kritik an der Sozialreform zurück, wohlwissend um die politische Funktion dieser Gesetze, wohl wissend um gewisse Nebenerscheinungen, die für die herrschende Klasse durchaus nützlich waren. Otto Bauer gab selbst den Rat zu entsprechend intensivierter Ausbeutung: *„Für den Achtstundentag sprachen zwingende ökonomische Gründe: einen langen Arbeitstag hindurch die Kraftmaschinen laufen, die Werkstätten beleuchten und beheizen zu lassen, ist eine Vergeudung der Kohle, wenn der geschwächte Körper des Arbeiters die lange Arbeitszeit nicht intensiv ausnützen kann; ein kurzer, aber intensiver ausgenutzter Arbeitstag muß daher das anzustrebende Ziel sein."* (März, a.a.O., Seite 404)

Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften gaben auch gleich nachträglich ihre Zustimmung zu einigen bedeutsamen Er-

gänzungen, die eine „Anpassung" der Arbeitszeit an besondere betriebliche Erfordernisse — z.B. Schichtarbeit — gestatteten.

Die Arbeitslosenversicherung

Das nächste sozialreformerische Vorhaben der Sozialdemokratie mußte den Forderungen der Massenbewegung nach Beseitigung der elenden Lage der Arbeitslosen entsprechen und zielte gleichzeitig darauf ab, ein wichtiges Rekrutierungsfeld der revolutionären Erhebung unter staatliche Kontrolle zu bekommen. Das kommt in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung sehr deutlich zutage: *„Das Problem der Arbeitslosigkeit war die erste große Herausforderung auf dem Gebiet der Sozialreform, der sich die sozialdemokratische Führung gegenübergestellt sah. Nach dem Zusammenbruch der kaiserlichen Armee ergoß sich eine zerlumpte und undisziplinierte Soldateska über das Land. In den Städten, besonders im bevölkerten und industriereichen Wien, fanden die zurückkommenden Kriegsteilnehmer gleichgesinnte Verbündete in den unterernährten und arbeitslosen Proletariern, und so ergab sich eine Situation, deren Gefahren die Führer der Sozialdemokratischen Partei sehr wohl verstanden. Sie handelten schnell und mit durchschlagendem Erfolg. Schon am 6. November 1918 wurde eine Verordnung erlassen, kraft derer die Arbeitslosenunterstützung für alle Industriearbeiter und alle Angestellten eingeführt wurde."* (März, a.a.O. S. 402).

Um der revolutionären Erhebung den Boden zu entziehen, gestattete die Bourgeoisie sogar den SP-Führern, das „heilige" Privateigentum anzutasten: Indem die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften durch Notverordnung geregelt wurde.

„Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die mit ihr verbundenen Gefahren, erreichten einen Höhepunkt im Mai 1919. Es war die Zeit, als das Beispiel von Sowjet-Ungarn Tausende in die Reihen des österreichischen Kommunismus zog. Unter diesen Umständen erließ Ferdinand Hanusch eine Notverordnung, die zweifellos den schärfsten Eingriff in private Eigentumsrechte darstellte, den die österreichische Revolution hervorgebracht hatte. Am 14. Mai wurde eine Verordnung erlassen, die Unternehmer, die mehr als 15 Arbeitnehmer beschäftigten, anwies, diese Zahl um 20 Prozent zu erhöhen und auf diesem Stand zu erhalten, es sei denn, daß sie den lokalen Behörden nachweisen konnten, daß zwingende Gründe die Herabsetzung der Zahl der Arbeitnehmer erforderlich machen." (a.a.O. S. 403).

Der Sieg der Konterrevolution in Ungarn und die Dämpfung des revolutionären Ansporns von Sowjetungarn auf die österreichische Arbeiterbewegung ausgegangen war, ließ für die österreichische Bourgeoisie und die mitregierende Sozialdemokratie die Großzügigkeit in der Arbeitslosenunterstützung überflüssig werden und wieder die Peitsche statt des Zuckerbrotes verwenden. *„Die lähmende Furcht vor der sozialrevolutionären Bewegung schwand an jenem Tage, da die Herrschaft der Kommunisten in Budapest zusammenbrach. Nun hatte auch in Österreich jene Nachsicht, die bisher bei Gewährung der Arbeitslosenunterstützung im Interesse der öffentlichen Sicherheit geübt werden mußte, ihre Berechtigung verloren. Durch eine entsprechende Verschärfung der Voraussetzungen für den Bezug der Unterstützung und durch ein System anderweitiger Maßnahmen, insbesondere durch eine umfangreiche Einrichtung zur Kontrolle der Lebensverhältnisse jedes einzelnen Arbeitslosen, gelang es, die Zahl der Unterstützung von Monat zu Monat herabzusetzen."* (März, a.a.O. S. 403)

Jetzt schien auch der Zeitpunkt günstig, die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung vom Tisch zu wichen. Das Gesetz vom 24. März 1920 machte den Staat zum alleinigen Verwalter der „Arbeitsfürsorge". Mit dem Abebben der revolutionären Bewegung gab die Bourgeoisie überhaupt ihre Zurückhaltung gegenüber der sozialdemokratischen Soziareform auf und begann sich auf die „untragbaren sozialen Lasten der Revolution" einzuschießen und forderte die Beseitigung dessen, was sie „revolutionären Schutt" nannte.

Der Mieterschutz

Ein anderer Hauptpunkt der Klassenauseinandersetzung zeigt den Charakter der Sozialgesetzgebung und Staatseingriffe in das Privateigentum noch deutlicher: das Mietengesetz vom 7. Dezember 1922.

Während des imperialistischen Krieges war die kaiserliche Regierung gezwungen, zur planmäßigen Ausrichtung aller Kräfte im Hinterland auf die Erfordernisse der Front die Existenzbedingungen der Bevölkerung in einem gewissen Ausmaß staatlich zu regulieren, den freien Markt nicht nur für Lebensmittel sondern auch für Wohnungen einzuschränken. Diese Maßnahmen sollten gleichzeitig die Kämpfe der Volksmassen gegen ihre elende Lage und die Lasten des Krieges, wie sie im Jännerstreik 1918 gipfelten, beruhigen. Ein erstes Mieterschutzgesetz wurde nicht von ungefähr im Jänner 1918 beschlossen.

Nach Kriegsende wollten die Haus- und Grundeigentümer die alten Marktverhältnisse und Freizügigkeit des Eigentums wiederherstellen. Dem stand aber nicht nur der Kampf der Arbeiterbevölkerung gegen eine zusätzliche Verschlechterung der Lage entgegen. Auch das städtische Kleinbürgertum bekämpfte eine drohende Minderung ihres ohnehin drastisch reduzierten Einkommens. Selbst der Großteil der Unternehmer war zumindest in den Jahren der revolutionären Flut gegen eine Abschaffung der Mietzinskontrollen der Kriegszeit aus Angst vor der damit unvermeidlichen Welle von Lohnkämpfen und einer zusätzlichen Zuspitzung der Klassenkämpfe. Das Mietengesetz vom 7. Dezember 1922 schaffte praktisch das Kündigungsrecht des Hauseigentümers ab (allerdings nur in Altbauten).

Diese Sozialgesetzgebung konnte wohl den Masseneinfluß der Sozialdemokratie erhalten und ausdehnen. Das zeigt sich am außerordentlichen Wachstum der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, deren Entwicklung in den deutsch-österreichischen Gebieten folgendermaßen verlief: (in Tausend):

1910	1912	1916	1917	1918	1919	1920
224	257	108	213	295	772	900

Ende 1920

Gewerkschaften	*Mitglieder*
Freie	900.820
Christliche	79.000
Nationale	45.000
Gelbe	40.000

Ende 1918	412.910 Gewerkschaftsmitgl.
Ende 1919	772.146 Gewerkschaftsmitgl.

Der Anteil der Frauen stieg von

1913	42.979
auf 1919	193.163

(nach E. März a.a.O. S.40

Die Stärke der katholischen Gewerkschaften war mit 60.000 Mitgliedern 1920 vergleichsweise gering.

Aber die breite Masse des arbeitenden Volkes gab sich mit der Sozialreform, die nur der schlimmsten Verelendung Schranken zog, nicht zufrieden und drängte auf eine grundlegende Umwälzung der sozialen Verhältnisse. Und tatsächlich hatte die Arbeiterbewegung in der Zeit der revolutionären Flut die Kraft mehr zu erreichen. Die Bourgeoisie zitterte zu Recht um den Bestand ihrer Ausbeuterordnung. Deshalb ging die Sozialdemokratie in ihrer Beschwichtigung der revolutionären Strömung unter den Arbeiter noch einen Schritt weiter. Sie warf erneut die Frage des Übergangs zu einer klassenlosen Gesellschaft auf, nicht als Frage der Strategie und Taktik der anstehenden Weiterführung der Revolution, sondern als „Sozialisierungsdebatte", die jeden entschiedenen revolutionären Schritt weit vor sich herschieben sollte.

4. „Sozialisierungsdebatte" statt Weiterführung der Revolution

Angesichts ihres Wahlsiegs vom Februar 1919 und ihres Einzugs in die Schlüsselpositionen der Regierung kam die Sozialdemokratie stärker unter Druck, „sozialistische Maßnahmen" zu setzen. Gleichzeitig wurden in den Arbeiterräten heftige Diskussionen um die Grundfragen der Revolution geführt, versuchten die Arbeiterräte über die ihnen von der SP zugewiesenen Verwaltungsaufgaben hinauszugehen und eine das ganze Land umfassende Organisation zu errichten, die sich am Vorbild der Sowjets orientierte. Der

Rechsarbeiterrat, der auf der Rechskonferenz der Arbeiterräte am 1. März 1919 in Linz gebildet wurde, wurde von der Arbeiterpresse als „Vorläufer der neuen proletarischen Ordnung" begrüßt. Auf Grund der politischen Bedeutung der Arbeiterräte und des wachsenden Einflusses der Kommunisten entsandten die Sozialdemokratie ihre populärsten und „radikalsten" Vertreter dorthin. Friedrich Adler wurde erster Vorsitzender. Die Resolutionen des Reichsarbeiterrats widerspiegelten die „gradualistischen" Auffassungen der dominierenden SP-Fraktion: *„Es sollten die bisher erzielten Gewinne gewahrt und die Rekrutierung in der Bürokratie, unter den Bauern und unter den Landarbeitern verstärkt werden. Auf keinen Fall sollte aber Blut vergossen werden, wie es in Rußland und Deutschland geschehen war."* (E. März, a.a.O. S. 415)

Diese sogenannte Strategie der kleinen Schritte, wie sie von den „linken" Sozialdemokraten propagiert wurde, läßt sich am besten in O. Bauers Ausspruch fassen: *„Wir mußten vor der Revolution ‚Hetzer', wir mußten in der und nach der Revolution ‚Bremser' sein."* (O. Bauer, Die Österreichische Revolution, (S 185)

Selbst nach den Aussagen der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung wäre es den Sozialdemokraten nicht gelungen, die revolutionäre Bewegung abzuwiegeln ohne die demagogischen Sozialisierungsmanöver: *„Es ist zweifelhaft, ob es den sozialistischen Führern gelungen wäre, ihre große Gefolgschaft so wirksam zu beruhigen, wenn sie sie nicht von ihrer Gradlinigkeit in Sachen Sozialisierung überzeugt hätten. Die österreichische Arbeiterschaft wäre kaum gewillt gewesen, eine andere Haltung zu dulden."* (a.a.O. S. 416)

Die Wurzel der Begeisterung der österreichischen Arbeiter für die Losung der „Sozialisierung" lag im starken Widerhall, den das Beispiel der Sozialistischen Oktoberrevolution gefunden hatte. Freilich fehlte weitgehend das klare Bewußtsein über die Rolle einer wirklich proletarischen Staatsmacht als Voraussetzung für tiefgreifende Umwälzungen in den Produktionsverhältnissen. Die Unklarheit ging so weit, daß alle bürgerlichen Kräfte mit der Parole „Sozialisierung" operierten, um sich an die Massenbewegung anzubiedern, auch wenn sie nicht einmal Verstaatlichung im Sinn hatten. Tatsächlich schlossen sich der allgemeinen Erklärung der SP-Führung vom 19. Feber 1919, sie sei für eine „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die für diesen Zweck reif sind", auch die Christlich-Soziale Partei und die Großdeutschen an.

Otto Bauer legte das Sozialisierungskonzept seiner Partei in einer Artikelserie der Arbeiterzeitung, (später erschienen als Broschüre „Der Weg zum Sozialismus", Wien 1919) dar. Es läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Schrittweise Sozialisierung, beginnend mit der Enteignung der Schwerindustrie, Bergwerke, große Forste und Landgüter — Sozialisierung der Banken irgendwann am Schluß (!),
2. Entschädigung über eine Vermögensabgabe durch den Rest der Kapitalistenklasse in jährlichen Abzahlungen,
3. Leitung der Betriebe durch die Beschäftigten, die Konsumenten und Vertreter des Staates,
4. Für die noch nicht reifen Zweige Bildung von Industrieverbänden ähnlich den Kartellen unter viertelparitätischer Leitung, also zusätzlich zu obiger Dreierleitung noch die Unternehmer.

Lenin machte sich über diesen Plan lustig, den Kapitalisten, die dem allen ruhig zusehen würden, Jahr für Jahr ein Stück mehr ihres Besitzes wegzusteuern und sie dadurch ausschließlich „friedlich" zu enteignen, „ohne die Produktion zu stören". (vgl. Zur Geschichte .. a.a.O, S. 28)

Die Christlichsozialen wollten die Sozialisierung auf Verkehrseinrichtungen, Bergbau und die Erzeugung jener Massenverbrauchsartikel beschränken, bei denen leicht eine Monopolstellung erreicht werden konnte.

Was von diesen Konzepten zu halten war, zeigt ein Passus in derselben Broschüre von Otto Bauer, wo praktisch angesichts von Erwägungen über die Möglichkeit ausländischer Intervention, der ganze Plan der „Sozialisierung" auf unbestimmte Zeit vertagt wurde:

„Wir sind nicht frei, unsere Gesellschaftsverfassung nach unserem eigenen Willen, unabhängig von den herrschenden Klassen der Ententeländer umzugestalten, solange wir Lebensmittel und Kohle nicht mit den Erzeugnissen unserer Arbeit bezahlen, sondern nur auf Borg aus den Händen der Sieger zugeteilt bekommen können." (Der Weg, S. 30)

5. Die Sozialisierungsgesetze

Zweifellos erst unter dem Druck der Arbeiterschaft kam am 14. März 1919 das erste Sozialisierungsgesetz zustande, das eine Regierung ermächtigte, „Industrie, die für die Sozialisierung geeignet sind", ins Eigentum zu übernehmen, wenn es das öffentliche Interesse gebot. (E. März, a.a.O. S. 416) Gleichzeitig wurde damit die „Staatskommission für Sozialisierung" eingerichtet. Das Gesetz war nicht mehr als eine allgemeine Direktive, konkrete Maßnahmen wurden späterer Gesetzgebung vorbehalten. An die Kommission knüpfte die Bourgeoisie die Hoffnung aufschiebende Wirkung, schon allein durch die „sozialisierungshemmende" Zusammenarbeit von Unternehmens- und Arbeitervertretern, haben würde. Die Zusammensetzung der Kommission war diesen Intentionen entsprechend u.a. Otto Bauer als Präsident, Ignaz Seipel als Vizepräsident. Eine Zeitung sprach jedenfalls gleich von einer „Kommission für Nichtsozialisierung"; es habe den Anschein, „als hätte man versammeln wollen, was immer nur wertvolle Ratschläge geben kann, wie man Sozialisierungspläne hintertreiben kann." (Nach: März, a.a.O. S. 246f.)

Inzwischen kam die Sozialisierungspolitik der bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie durch wilde Betriebsbesetzungen unter Druck. Am 7. April 1919 verjagten die Donawitzer Arbeiter der größten österreichischen Industrieunternehmung, der österreichischen Alpine-Montan-Gesellschaft, die sabotierende Direktion, übernahmen den Betrieb und setzten zu seiner Leitung eine Kommission aus Arbeitern und Ingenieuren ein. Sie wandten sich an Otto Bauer mit der Forderung nach sofortiger Sozialisierung der Alpine-Montan und konnten von ihm nur mit Mühe von der Fortsetzung der „wilden Sozialisierung" abgebracht werden. Otto Bauer sorgte dafür, daß die Kapitalisten die Verwaltung des Betriebes wieder übernehmen konnten, was die Spannungen aber nur weiter verschärfte. Unter dem Eindruck weiterer „wilder Sozialisierungen" in weniger bedeutenden Betrieben beschloß die Regierung die Verstaatlichung der Alpine-Montan. Inzwischen hatten aber wilde Spekulationen den Kurs der Alpine-Aktien hochgetrieben. Und dann stellte sich heraus, daß fast ein Drittel der Aktien — offensichtlich unter Mitwirkung des Finanzministers Schumpeter — von einer italienischen Finanzgruppe verschoben worden war, hinter der das Ruhr-Kapital (Stinnes) vermutet wurde! So wurde die „Sozialisierung" rückgängig gemacht — einmal weil der hohe Kurs (1.700 Kronen auf 200 Nominale) nicht bezahlt werden konnte, zum anderen, weil das italienische Mitglied der interalliierten Waffenstillstandskommission für den Fall einer Sozialisierung mit einer militärischen Intervention und mit Sperrung der Lebensmittelzufuhr drohte.

Betriebsräte

Kurze Zeit später, am 24. April, legte die Sozialisierungskommission ihren ersten Vorschlag vor; nicht etwa ein konkretes Verstaatlichungsgesetz, sondern ein Gesetz über die Einrichtung von Betriebsräten in der Industrie. Hintergedanke bei der „Einflußnahme der Betriebsräte auf diese Angelegenheiten der Betriebsleitung" war offensichtlich, daß damit die Wiederherstellung an Arbeitsdisziplin erreicht werden sollte.

Offiziell sollten die Betriebsräte als Vorstufe zur Sozialisierung, als Schule der proletarischen Selbstregierung im Produktionsprozeß" (Otto Bauer, Die österreichische Revolution, S. 171). Zur Erlangung der „administrativen Reife" fungieren. Ohne diese Vor-

stufe würde nach Bauer's Auffassung „die Arbeitsproduktivität furchtbar sinken.“

Noch am 21. Mai 1919 gab die Regierung eine Erklärung ab, welche Privatunternehmen enteignet werden sollten, um die „schlechte Stimmung der Geschäftswelt“ zu beschwichtigen und der beschleunigten Kapitalflucht auf Grund der Unsicherheit entgegenzuwirken. Die Regierung verkündete großspurig „zu gegebener Zeit“ den Bergbau, die Eisenerzeugung, die Kraftwerke, den großen Forstbesitz und die Holzindustrie zu verstaatlichen. Aber schon das nächste Gesetz vom 30. Mai 1919 über die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben wurde in den parlamentarischen Prozessen zu einem Gesetz über das Verfahren bei der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben. Der Berichterstatter der Kommission mußte eingestehen, „*daß in dem Enteignungsgesetz, wie es heute vorliegt, weitgehende Eingriffe in das Privateigentum nicht enthalten sind.*“ (vgl. E. Weissel, a.a.O., S. 270) „*Voll Ungeduld verfolgten die Arbeiter die parlamentarischen Manöver um ‚Sozialisierung‘. Am 30. Mai 1919 faßte der ‚Reichstagsausschuß‘ der Arbeiterräte einen Beschluß, in dem es hieß: ‚Es steht im Proletariat die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staat und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen, und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.‘*

Die Arbeiterräte erkannten, daß die Bourgeoisie der Feind des Sozialismus ist, gegen die man kämpfen muß; die große Mehrheit der Arbeiterräte erkannte aber noch nicht, daß die SP-Führer ebenfalls Feinde des Sozialismus waren.“ (Österr. Arbeiterbewegung. a.a.O. S. 28f).

Das letzte Gesetz, unter dem Titel Sozialisierung war das Gesetz über gemeinwirtschaftliche Unternehmungen vom 29. Juli 1919. Kernfrage dieses Gesetzes war die praktische Leitung von kapitalistisch geführten Unternehmungen der öffentlichen Hand unter Ausschaltung der innerbetrieblichen Interessensgegensätze und die Ausfallshaftung für Verluste dieses Unternehmens aus Steuermitteln.

Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sollten gewissermaßen „die Keimzellen des künftigen sozialistischen Produktionsorgansimus fungieren“ (Weissel a.a.O. S. 300) Da man aber nicht erst auf künftige spezielle Enteignungsgesetze warten wollte, nahm man die ehemaligen Heeresbetriebe, die sowieso staatliches Eigentum waren. Der wichtigste Betrieb war das Wiener Arsenal mit 10.000 Arbeitern, das in mehrere „Gemeinnützige Gesellschaften“ umgewandelt wurde.

Drei Tage später unterlag die ungarische Räterepublik der Konterrevolution und fast unmittelbar darauf wurde die Frage der Verstaatlichung von der Tagesordnung der gesetzgebenden Versammlung abgesetzt.

Die Gesetzesvorlagen über die Vergesellschaftung von Unternehmungen durch die Gemeinden versicherte im Parlamentsausschuß. Das Gesetz über die Sozialisierung der E-Wirtschaft brachte es nicht einmal bis zur Regierungsvorlage. Die Verstaatlichung der österreichischen Schlüsselindustrie, wie sie von der Regierung in ihrer Erklärung vom 22. Mai ins Auge gefaßt worden war, blieb eine rein akademische Angelegenheit.“ (E. März, a.a.O. S. 420). Nachdem für die revolutionäre Bewegung die Phase an Ebbe begonnen hatte, war die Beschwichtigung in Form der „Sozialisierungs“politik nicht mehr notwendig. Die Konterrevolution hatte sich unter tätiger Mithilfe der Sozialdemokratie durchgesetzt.

Leopold Kunschak, immerhin Mitglied des Vorstands der Sozialisierungskommission, erklärte Anfang 1920, „daß es hoch an der Zeit ist, mit dem Sozialisierungsgeflunker endlich einmal aufzuhören.“ (E. Weissel, a.a.O. S 270)

Und Otto Bauer rechtfertigte den Verzicht auf Schritte zur Weiterführung der Revolution einmal mehr in zynischer Art und Weise:

„*Sobald aber die Westmächte die soziale Krise der Demobilisierungsmonate überwunden hatten, und sobald im Deutschen Reich die Rechswehr die revolutionären Bewegungen von Arbeitern niedergeworfen, das Proletariat in die Defensive gedrängt und damit die Sozialisierung auch dort von der Tagesordnung abgesetzt hatte, sobald sich aber in ganz West-und Mitteleuropa der Kapitalismus wieder befestigt . . . hatte, galt nun faktisch wieder jede Sozialisierung eines einzelnen Industriezweiges . . . als ‚Bolschewismus‘. Nun freilich konnte der abhängigste, auf den Kapitalzufluß aus dem Ausland am stärksten angewiesene Staat Europas keine Expropriation mehr tragen*“. (Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Seite 180)

Die österreichische imperialistische Bourgeoisie hat aber nach Ende des I. Weltkrieges keineswegs in großem Stil den imperialistischen Staatsapparat in die Leitung der kapitalistischen Produktion eingeschaltet — offensichtlich weil dieser Staat auf Grund der revolutionären Bewegung erschüttert und schwach war und die Verstaatlichungen noch nicht zwingend ökonomisches Erfordernis. Die Sozialisierungsdebatte und -gesetze hatten demnach in erster Linie die Aufgabe das Drängen der Volksmassen auf eine revolutionäre Umwälzung zu kanalisieren, abzuschwächen und zu zerreißen. Die Sozialdemokratie war die Hauptstütze der Konterrevolution. Sie hat damit der jungen österreichischen Arbeiterbewegung eine bedeutende Niederlage zugefügt.

Volksmusik – eine wichtige Quelle zur Schaffung einer revolutionären Kultur

von Martin Auer

Ein Gedanke, den uns die herrschende Klasse von ihren Ideologen immer wieder einbleuen läßt, ist der: „Das ‚Volk‘ ist eine willenlose, stumpfe Masse. Es muß geführt und beherrscht werden von ein paar wenigen, die sich auskennen“.

Der Zustand, in dem sich unsere österreichische Volksmusik befindet, scheint diesen Gedanken zu bestätigen. Geht man in ein Schallplattengeschäft, so läuft dort die Hälfte des Angebots an Unterhaltungsmusik unter dem Titel Volksmusik. Davon ist ein Teil einfach industriell gefertigte Unterhaltungsmusik, die sich an den Stil der österreichischen Volksmusik irgendwie anlehnt. Das harmloseste, was einem da begegnet, sind die süßen Terzen irgendeines Alpenrosen-Duos, die von klaren Bergseen, dem Alpenglühen und ähnlichen Touristenattraktionen schwärmen. Das Schlimmste ist dann so übler Stumpfsinn wie „Vroni, heut juckt's mi, heut zuckt's mi...dreißig gepfefferte...mit dem beliebten Volksmusiktrio...Lachgarantie!“ Der andere Teil ist mehr oder weniger echte Volksmusik, zum Teil musikalisch den „normalen“ Hörergewohnheiten angepaßt. Aber auch dieser Bestand an echter Volksmusik, der heute durch Schallplatten, Radio, Schulliederbuch usw. allgemein bekannt ist, bietet ein einseitiges, fades und reaktionäres Bild vom Leben des Volks und seiner Kultur. Das geschieht auch ohne direkte Fälschung, einfach durch das Auswählen und Weglassen ganzer Bereiche des Volksliedes.

Der klassische deutsche Dichter J.G.Herder hat in der Einleitung zu seiner Volksliedsammlung „Stimmen der Völker in Liedern“ das Volkslied so charakterisiert:

„Euch weih ich die Stimme des Volks,
der zerstreuten Menschheit,
ihren verhohlenen Schmerz, ihren verspottenen Gram,
Und die Klagen, die niemand hört,
das ermattende Ächzen
Des Verstoßenen, des niemand
im Schmuck sich erbarmt.
Laßt in die Herzen sie dringen,
wie wahr das Herz sie hervordrang.
Laßt sie stoßen den Dolch in des Entarteten Brust.
Aber ich weih' euch auch die Liebe, die Hoffnung
Und den geselligen Trost,
und den unschuldigen Scherz,
Und den fröhlichen Spott und
die helle Lache des Volkes
Über erhabnen Dunst,
über verkrüppelnden Wahn;
Weih die Entzückung euch,
wenn Seel' an Seele sich anschließt,
Und sich wieder vereint, was auch
die Parze nicht schied,*
Weih euch die Wünsche der Braut,
der Eltern zärtliche Sorge,
Was in der Brust verhallt,
was in der Sprache verklingt.“

Heute kennen wir fast nur das, was Herder als die zweite Seite des Volksliedes darstellt: geselligen Trost und unschuldigen Scherz. Die erste Seite, die Klage und den Kampf (den Herder allerdings nicht so in den Vordergrund rückt) des unterdrückten Volkes, sind fast völlig aus unserer Volksmusik verschwunden.

Wenn es uns ernst ist mit dem Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, wenn wir die Einsicht verbreiten wollen, das es das Volk ist, das die Geschichte macht, daß jeder gesellschaftliche Fortschritt nur erreicht worden ist, weil das Volk die alten, untragbar gewordenen Verhältnisse umgestürzt hat, dann haben wir hier, auf dem Gebiet der Volksmusik, eine Kampfaufgabe vor uns.

Die demokratischen, klassenkämpferischen Traditionen unserer Volksmusik wieder hervorzuheben, die unterdrückten, verbotenen, vergessenen Lieder ausfindig zu machen und zu verbreiten, und auch die Entwicklung und das Herunterkommen unserer Volksmusik wissenschaftlich zu untersuchen — all das sind Mittel, um auf dem ideologischen Schlachtfeld einige wichtige Festungen des Feindes zu unterminieren, um das Bild vom stupid-treuherzigen Volk, das er so gern zeichnet, zu zerstören.

Wenn wir schließlich bedenken, daß wir in einer Zeit leben, in der die nationale Unabhängigkeit auch unseres Landes immer mehr bedroht wird, wird klar, daß eine revolutionäre Kultur, die wir aufbauen wollen, auch ihren nationalen Charakter unterstreichen muß. Wir sind proletarische Internationalisten, und eine revolutionäre Kultur, die nicht von allen Völkern und der Arbeiterklasse aller Länder lernt und ihre besten Erfahrungen sich aneignet, ist keine. Aber ebensowenig kann es eine revolutionäre Kultur geben, die ihren nationalen Charakter verleugnet.

Dieser Artikel ist keine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der Entwicklung unserer Volksmusik. Er wirft hauptsächlich offene Fragen auf und gibt einige Erfahrungen wieder, die die Gruppe „Dreschflegel“ bei der Beschäftigung mit Volksliedern gemacht hat. Er soll ein Aufruf sein, mit der wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Themas zu beginnen und gleichzeitig die demokratisch -oppositionellen Volkslieder Österreichs zu sammeln und zu verbreiten. Das ist eine Aufgabe für fortschrittliche Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, Studenten, die sich gerade überlegen, worüber sie ihre Dissertation schreiben sollen, für alle Menschen, die mit Volksmusik zu tun haben, Lieder kennen, Leute kennen, die Lieder kennen, usw. Wir bitten alle, die in irgendeiner Weise einen Beitrag leisten können, sich an unsere Kontaktadresse zu wenden.

Unsere Kontaktadresse:
GRUPPE DRESCHFLEGEL
Karl Kienzl
Ditscheinergasse 3/12
1030 Wien

* Römische Schicksalsgöttin

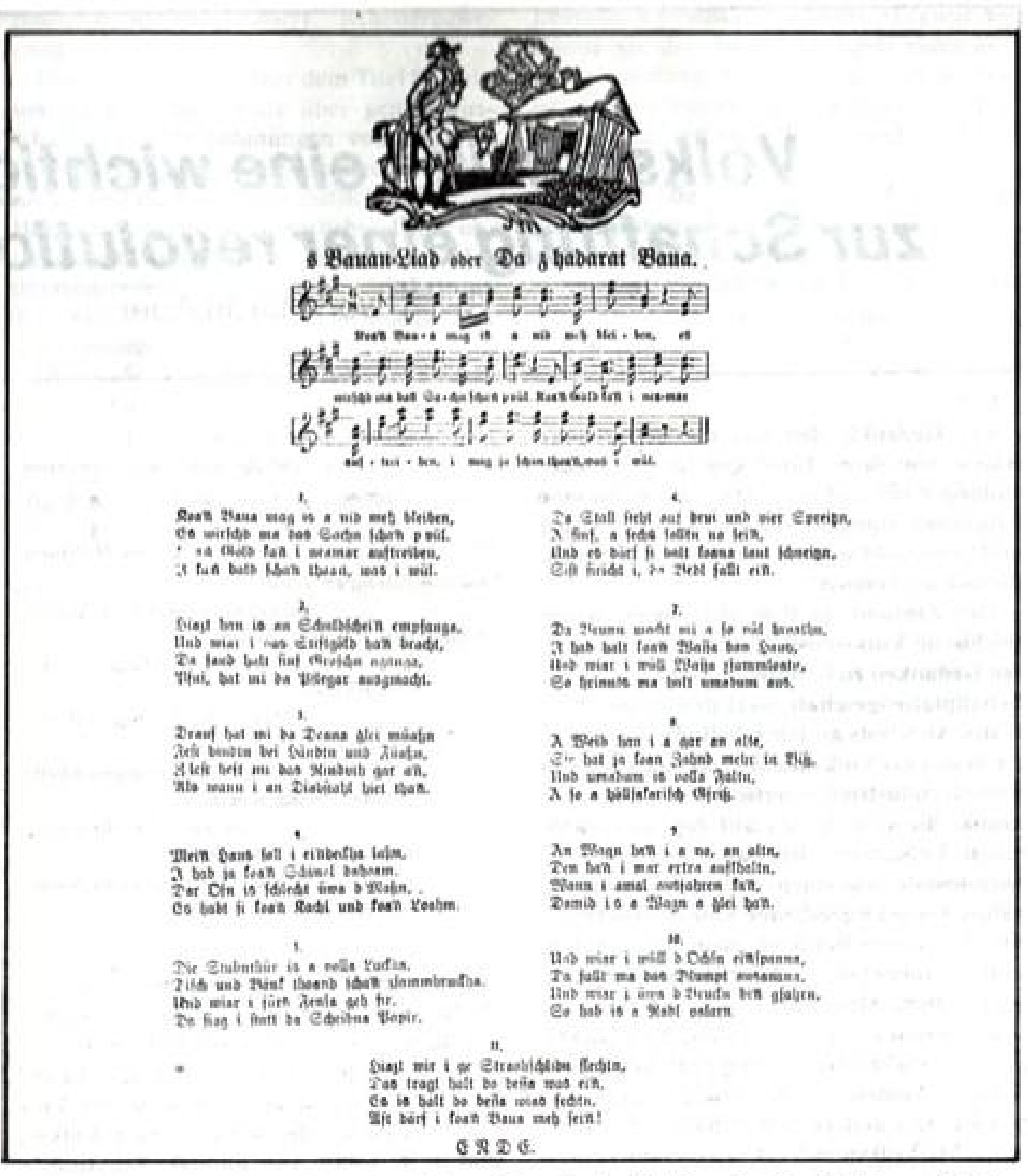
In den angloamerikanischen Ländern gibt es seit den 50er-, 60er-Jahren eine Bewegung des „folk-revival“, der Wiederbelebung der Volksmusik, die in engem Zusammenhang mit verschiedenen demokratischen Bewegungen stand und steht. (z.B. mit der Antivietnamkriegsbewegung, der Bürgerrechtsbewegung usw.) In den Ländern, in die der Kapitalismus erst spät eingedrungen ist, die noch eine große Bauernbevölkerung haben, wie z.B. Griechenland oder Irland, lebt die Volksmusik bis heute mehr oder weniger ungebrochen. Das hängt bei Griechenland und Irland sicher auch mit den langen nationalen Freiheitskämpfen zusammen, die diese Völker nur zu umso verbissenerem Festhalten an ihrer nationalen Kultur zwangen. So können fortschrittliche Komponisten aus der Volksmusik schöpfen, sie weiterentwickeln, und so auf höherem Niveau eine Musik des Volkes schaffen.

Bei uns klafft zwischen der Volksmusik und der gegenwärtigen Musikproduktion ein gewaltiger Riß. Die bürgerliche Musik ist gespalten in „ernste Musik“ und „Unterhaltungsmusik“. Die „ernste Musik“ befaßt sich

hauptsächlich mit Experimenten, die für Nichteingeweihte unverständlich sind, vielleicht brauchbare Teilergebnisse liefern aber sicher nichts, was für die Massen heute von Bedeutung wäre. In der Unterhaltungsmusik spiegelt sich zum einen die jahrzehntelange Vorherrschaft der USA in der Welt wieder, zum anderen begegnen wir hier verschandelten und geschändeten Überresten unserer Volksmusik. Die demokratische Bewegung, die in den letzten Jahren stärker geworden ist, bringt auch ihre musikalischen Produktionen hervor. Die Komponisten, Liedermacher etc. knüpfen hauptsächlich an Formen der Unterhaltungsmusik an. Das hat natürlich seine Berechtigung, denn die Musikindustrie ist gezwungen, in gewisser Weise auf die Insteressen der Massen Rücksicht zu nehmen, wenn sie ihre Produkte verkaufen will. So spiegelt sich das Lebensgefühl der Massen in der Unterhaltungsmusik wieder, wenn auch pervertiert, verzuckert und kastriert. Eine weitere Quelle, aus der fortschrittliche Musikschaffende bei uns heute schöpfen, ist die Volksmusik anderer Länder. Nur wenige versuchen erst zaghaft und vorsichtig, unserer eigenen Volksmusik etwas näherzukommen.

Entstehung, Entwicklung, Weitergabe des Volksliedes

Volkslieder sind Lieder der Bauern und Handwerker. Auch ein Volkslied ist natürlich von *einem* Menschen gedichtet, von *einem* (oft, aber nicht immer von demselben) komponiert worden. Aber da so ein Lied nur mündlich weitergegeben worden ist, hat es begonnen, sich zu verändern. Der eine hat etwas weggelassen, der andere hat etwas hinzugefügt, und schließlich wird aus der persönlichen Aussage eines einzelnen eine Aussage von vielen, von einer Gruppe, einem Kollektiv. Alles Untypische, was nur einen einzelnen betrifft, wird abgeschliffen, das Typische, das was viele angeht, was viele als die Wahrheit erkennen, das bleibt. So entstehen Lieder von einer so einfachen Schönheit und tiefen Wahrheit, daß man ruhig annehmen kann, ein einzelner Dichter hätte sie nicht schreiben können.



Diese Fassung stammt aus dem „Steirischen Hraschpelweiri", dem handgeschriebenen Liederbuch von Konrad Mauthner. Es ist eine der vielen verschiedenen Versionen einer alten Bauernklage, die wohl im Lauf von zweihundert Jahren entstanden ist.

(Quelle: K. Mauthner, Alte Lieder und Weisen aus dem Steiermärkischen Salzkammergute, Verlag Staenlin und Lauenstein, Wien)

Es saß ein klein wild Vögelein
Auf einem grünen Ästchen
Das sang die ganze Winternacht
Sein Stimm' tät laut erklingen.

Oh sing mir noch, oh sing mir noch
Du kleines wildes Vöglein!
Ich will um deine Federlein
Dir Gold und Seide winden.

Behalt dein Gold und deine Seid'
Ich will dir nimmer singen.
Ich bin ein klein wild Vögelein
Und niemand kann mich zwingen.

Dieser Vorgang des kollektiven Umdichtens und Umsingens (mit der Musik geschieht ja genau dasselbe wie mit den Worten) kann sehr verschieden aussehen. Er kann ein Lied abschleifen, verknappen, auf das Wesentliche bringen. Es kann auch das Gegenteil geschehen, ein Lied kann wachsen, weil immer wieder neue Strophen angehängt werden. Das ist z.B. mit einer alten Bauernklage geschehen, in der die Bauern ihre Lage unter dem Feudalismus schildern. Hier sind im Verlauf von wahrscheinlich zweihundert Jahren fünfzig bis hundert Strophen zusammengekommen. Wer das Lied gesungen hat, hat aus seiner eigenen Erfahrung noch etwas dazu beigetragen, noch eine Seite des Elends, noch eine Ungerechtigkeit des Adels, eine Schandtat des Verwalters, ein Erlebnis mit dem Jäger usw. hinzugefügt. So schildert dieses Lied im Detail Haus und Hof, das Vieh, die Felder, das Ackergerät des Bauern, in manchen Fassungen auch das Gesinde, es klagt über die Steuern, die Abgaben, den Frondienst, empört sich über die maßlose Gier des Adels und über die Kleinlichkeit beim Schuldeneintreiben, die Unterdrükkung durch die Lakaien des Herrn, den Verwalter, (Pfleger), den Förster, Waldaufseher, Jäger, Schergen, den Amtmann, und über die Heuchelei des Pfaffen.

Manche Lieder werden durch das Weitergeben auch verunstaltet, manchmal bis zur Unverständlichkeit. Diesen Vorgang zu untersuchen wäre besonders interessant. Sicher kommt es vor, daß eine Textzeile einfach vergessen wird und durch ein paar Flickworte ersetzt wird. Ein anderer Fall ist der, daß ein Lied nicht mehr verstanden wird, weil die Dinge, von denen es handelt, nicht mehr existieren oder keine Bedeutung mehr haben. Schließlich gibt es noch einen Fall, wo ein Lied nur heimlich weitergegeben werden darf, wo die Bedeutung verschlüsselt werden muß, wo gewisse Dinge nicht gesagt werden dürfen.

Ich bin ein Bursch von einundzwanzig Jahren
Schwere Eiselein, die muß ich schon ertragen
Und einen Ring wohl um die Mitt,
An Händ und Füß fest angeschmiedt.

Den ersten Tag, da taten sie mich fragen:
Kerl, wo hast Du Deine Kameraden?
Sprach: Mein Herren, wohl insgemein
Ich war zu jeder Stund allein.

Den zweiten Tag, da fragten sie mich wieder:
Kerl, wo hast Du Deine anderen Brüder?
Ich sprach: Meine Herren wohl insgemut
Ihr wascht Eure Händ in meinem Blut.

Den dritten Tag, da führn's mich übers Pflaster
Meine Äuglein, die waren voller Wasser
Und mein Herz war wie ein Stein.
Oh, wie wird meinen Eltern sein!

So pfiat Euch Gott, Ihr Vater und Mutter
Pfiat Euch Gott, Schwester und Bruder
So pfiat Euch Gott, Ihr Vater und Mutter
Heut sehn wir uns zum letztenmal.
(aus Niederösterreich)

Warum geht aus dem Lied nicht hervor, was dem Burschen, der hier so brutal gefangengehalten und verhört wird, und der seine Kameraden nicht verrät, eigentlich vorgeworfen wird? Ist der Grund vergessen worden, weil er uninteressant war? Wohl kaum. Es gibt Fassungen, wo er seine Geliebte erstochen hat. Aber dazu braucht man keine Komplicen, offenbar ist diese Begründung nachträglich dazugedichtet worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß von seiner Tat nicht geredet (und gesungen) werden *durfte*. Am Ton des Liedes kann man erkennen, daß es den Burschen nicht verurteilt, sondern auf seiner Seite steht. Also hat das Volk seine Tat wohl gutgeheißen oder wenigstens verstanden, und seine Tat wird sich nicht gegen das Volk gerichtet haben, sondern gegen den Adel oder die Geistlichkeit. Solange seine Tat bekannt war, hat die Anspielung darauf genügt, später ist dann eine andere, gar nicht zum Inhalt des Liedes passende eingefügt worden.

Wir sehen also, daß Volkslieder sich über lange Zeit hin entwickeln, daß sie ihre Gestalt durch die mündliche Weitergabe erhalten und eine lange Tradition brauchen.

Die kapitalistische Großproduktion zerstört die herkömmlichen Grundlagen der Volksmusik

Der Kapitalismus macht mit den „gemütlichen" Verhältnissen, die die Entstehung von Volksliedern ermöglichen, Schluß. Er ruiniert die Bauern, treibt sie in die Städte und macht sie zu Proletariern, schneidet sie von ihren alten Traditionen ab, reißt sie sogar, (wie im alten Österreich) aus ihrer Nation heraus und wirft sie in eine andere. Das Auf und Ab des Marktes, Krise und Aufschwung, wirft die Arbeiter von einer Industrie in die andere und wieder zurück auf die Straße, es läßt so auch keine neuen Traditionen aufkommen.

Der Arbeiter kommt auch gar nicht mehr soviel zum Singen. Die älteste Form und noch immer eine der wichtigsten Funktionen des Volksliedes ist das Arbeitslied, das die Arbeit einer Gruppe von Menschen rhythmisiert und organisiert. Da gibt es Lieder zu Mähen und Dreschen, Lieder der Schiffstreidler, der Pilotenschläger, der Holzhauer. Und dann die Lieder, die bei der Hausarbeit gesungen werden. In der Fabrik gibts kein Singen. Die Maschine bestimmt das Tempo der Arbeit, nicht mehr der Mensch.

Dazu kommt noch etwas: dem Bauern und auch dem Handwerker hat seine Zeit gehört. Natürlich hat auch er seine Zeit in Arbeit und Feierabend eingeteilt, aber es war seine Zeit, die er eingeteilt hat, und er hat sie eingeteilt. Der Arbeiter aber verkauft seine Arbeitskraft, verkauft einen Teil seiner Zeit, und zwar den Teil, in dem er produziert. Wenn er produziert, gehört er nicht sich selber, wenn er sich selber gehört, produziert er nicht. Seinen Lohn verdient er in der Zeit, die nicht ihm gehört, in der Zeit, die ihm gehört, verbraucht er seinen Lohn. Die Freizeit hat für ihn nur die Funktion der Erholung, des Kräftesammelns, das einzige, was er in seiner Freizeit produziert, ist die Arbeitskraft, die



Aus Bozen, um 1860 aufgezeichnet. *(Quelle: Kohl/ Reiter, Echte Tiroler-Lieder, Kommissions-Verlag Gebr. Hug. & Co. Leipzig und Zurück 1915)*

Die Spinnhäuser waren Obdachlosenasyle, in denen die Unterkunftsuchenden fest arbeiten mußten. In Wien gab es ein solches Arbeitshaus noch in der Zwischenkriegszeit.

Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne



Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne,
als ich es war, hat man mich nicht gefragt;
man riß mich fort, hinein in die Kaserne,
gefangen ward ich, wie ein Wild gejagt.
Ja, von der Heimat, von des Liebchens Herzen
mußt' ich hinweg und von d · Freunde Kreis,
denk ich daran, fühl' ich der Wehmut Schmerzen
fühl' in der Brust des Zornes Glut so heiß.

Ich bin Soldat, muß Tag und Nacht marschieren,
statt an der Arbeit, muß ich Posten steh'n,
statt in der Freiheit, muß ich salutieren,
und muß den Hochmut frecher Buben seh'n.
Und geht's ins Feld, so muß ich Brüder morden,
von denen keiner mir zuleid was tat,
dafür als Krüppel trag' ich Band und Orden,
und hungernd ruf ich dann: „Ich war Soldat!"

**Ihr Brüder all', ob Deutsche, ob Franzosen,
ob Ungarn, Dänen, ob vom Niederland,
ob grün, ob rot, ob blau, ob weiß die Hosen,
gebt Euch statt Blei zum Gruß die Bruderhand!
Auf, laßt zur Heimat uns zurückmarschieren,
von den Tyrannen unser Volk befrei'n;
denn nur Tyrannen müssen Kriege führen,
Soldat der Freiheit will ich gerne sein!**

Dieses Lied ist in Deutschland entstanden, vor dem deutsch-französischen Krieg 1870. Die österreichischen Soldaten haben es offenbar im I. Weltkrieg von den deutschen gelernt. *(Quelle: W. Stinitz, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, Akademie-Verlag, Berlin 1972)*

er am nächsten Tag brauchen wird. Und so entsteht erst das Bedürfnis nach einer Musik, die nur der Erholung dient. So entsteht die Unterhaltungsmusik, die den Arbeiter nicht *hin*lenken soll auf seine Arbeit, sein Leben, seinen Kampf, sondern ihn davon *ab*lenken. Ein ganzer Zweig der bürgerlichen Musik spaltet sich ab und dient nur mehr diesem Zweck. Auch der Feudaladel hat für seine Bauern Musik machen lassen, nämlich die *Kirchenmusik*, die ihn für die religiöse Ideologie empfänglich machen sollte. Aber in der Hauptsache haben die Bauern ihre eigene Musik gemacht und gehört. Und diese Musik dient nie der bloßen Ablenkung. Wenn etwa ein Volkslied den Herbst besingt, so steht das in engem Zusammenhang mit dem Leben des Bauern, für den jede Jahreszeit ihre besonderen Arbeiten bringt, ihre besonderen Plagen und auch ihre speziellen Genüsse. Wenn ein Schlager vom Frühling auf Hawai handelt, dann hat das natürlich überhaupt nichts mit dem wirklichen Leben des Arbeiters zu tun, und auch kaum mit dem des Texters und des Komponisten. Die Liebe ist eine wichtige Angelegenheit im Leben der Menschen und hat sicherlich in der Volksmusik ihren gebührenden Raum eingenommen. Aber man vergleiche, wie sie in der Unterhaltungsmusik zum Thema Nr. 1 wird und eigentlich als die einzige bedeutende Sache im Leben des Menschen hingestellt wird, neben der alles andere verblaßt.

Der Kapitalismus zerstört also die Bedingungen, unter denen Volkslieder entstehen können, er verwandelt in großem Maße die Arbeitskraft der Menschen in eine Ware, er verwandelt ebenso die Kunst in eine Ware und schafft so das Bedürfnis nach Unterhaltungsmusik und die Voraussetzungen für ihre massenhafte Produktion.

Dennoch bringt die Arbeiterklasse schöpferisch ihre eigene Kultur hervor, und auch ihre eigene Musik. Aber da die Arbeiterklasse in diesem System ihre Schöpferkraft verkaufen muß, ihr entfremdet wird, kann sie schöpferisch werden nur im Kampf *gegen* dieses System.

Verzerrung der Volksliedtradition

Der Kapitalismus hat also Bauern und Handwerker, die Träger des Volksliedes waren, zum größten Teil zu Proletariern gemacht, und das Volkslied hat dementsprechend seine Bedeutung verloren, seine eigentliche Lebenszeit war beendet. Aber es ist ja noch nicht ganz und gar verschwunden, Volkslieder werden ja noch gesungen, wenn auch (ich nehme an seit Anfang dieses Jahrhunderts) keine mehr entstehen. Hier müßte genau untersucht werden, welcher Auswahl- und Zensurprozeß dazu geführt hat, daß die Volkslieder, denen das Weiterleben gestattet wurde, uns nur mehr ein entstelltes, einseitiges und äußerst fades Bild vom Leben des Volkes geben.

Wenn die Volkslieder nicht mehr wie früher von Mund zu Mund weitergegeben werden, dann wird für das Weiterleben eines Liedes entscheidend, ob es irgendwo gedruckt ist. Tatsächlich haben wir den größten Teil der Volkslieder, die wir heute kennen, aus den großen Volksliedersammlungen, die hauptsächlich im vorigen Jahrhundert angelegt worden sind. Das Entstehen der ersten großen Volksliedersammlungen (Herders „Stimmen der Völker in Liedern", Arnim/Brentanos „Wunderhorn") hängt eng mit den nationalen Bestrebungen des aufstrebenden Bürgertums zusammen. Hier wäre zu untersuchen, wie sich die revolutionären Bestrebungen, das Nachgeben und der schließliche Verrat der deutschen und österreichischen Bourgeoisie in der Entstehung und in der Auswahl der verschiedenen Volksliedsammlungen niedergeschlagen haben.

Sicher ist eines. Bis ein Lied in eine Sammlung gelangen konnte, hatte es verschiedene Zensurschranken zu überwinden. Viele Lieder, die in irgendeinerweise oppositionell waren, demokratische Bestrebungen zum Ausdruck brachten, waren verboten. Solche verbotenen Lieder hat das Volk natürlich nicht jedem Sammler vorgesungen. Die Sänger waren ihre eigenen Zensoren.

Der zweite Zensor war der Sammler. Wolfgang Steinitz spricht von der „romantisch-antiquarischen Einstellung" vieler Sammler, die dazu führte, daß die Sammler hauptsächlich ihr Augenmerk auf altertümliche Balladen und Legenden richteten, und andere Lieder höchstens „nur so mitnahmen".

Die dritte hohe Zensurschranke bestand bei der Veröffentlichung der Lieder im Druck: Solange es eine offizielle staatliche Zensur gab, konnten viele Lieder nicht gedruckt werden und sind verlorengegangen, während andere, die den Zensoren harmlos erschienen sind, sich auf fliegenden Blättern erhalten haben.

Trotz all dem geben diese Sammlungen noch immer ein realistischeres Bild vom Leben des Volkes wieder, als das durchschnittliche Repertoire irgendeines Volksliederchores. Hier hat ein weiteres Aussieben durch die „Volksliedpflege" stattgefunden. Die Entwicklung dieser „Volksliedpflege" wäre ebenfalls zu untersuchen. Mir scheint, daß sie hauptsächlich in den Händen von zwei Institutionen ist, nämlich in denen der Schule und des Fremdenverkehrsvereins. Wenn ganze Dörfer zur Kulisse für die Fremden gemacht werden, inklusive die schön angemalten Häuser, die Dirndln und Lederhosen, das wildzerfurchte Gesicht des Ahndls und den malerischen Vollbart des Großknechts, dann kann man sich vorstellen, was mit der Volksmusik passiert. Wird man den zahlungskräftigen Fremden vom Elend der Bauern vorsingen, vom Haß gegen die Feudalherren (die Fremden sind schließlich, wenn schon nicht echte Barone, so doch wenigstens Schlotbarone), vom miserablen Rekrutendasein, vom Haß auf den Krieg? Da bleibt dann nur mehr das lustige Landleben über, mit der fröhlichen Arbeit und anschließendem Fensterln, der Almrausch, der lustige Jagersbua und der romantische Wildschütz. Und wenn der Chorleiter der Oberlehrer ist, und der Chor die Schulkinder, dann wird das Fensterln und der Wildschütz auch noch gestrichen.

Das Volkslied an den Schulen: Gegen die Interessen des Volks gewendet

In der Musikerziehung an unseren Schulen nimmt die Volksmusik, oder was dafür ausgegeben wird, breiten Raum ein. Ich habe mir ein Schulliederbuch ein bißchen näher angesehen. Es heißt: „Komm, sing mit! Österreichisches Liederbuch", ist herausgegeben von Anton Dawidowicz, und mit Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht Zl 70.107-18/62 vom 1. Dezember 1962 als Lehrbuch zum Unterrichtsgebrauch ab der 5.

Schulstufe für Volksschulen, für Haupt- und Mittelschulen, für Lehrer-(innen)bildungsanstalten für alle mittleren Lehranstalten, höheren Schulen und für Haushaltsschulen zugelassen. Es enthält 393 Lieder, davon sind 201 Volkslieder, von diesen sind 110 aus Österreich, 65 aus aller Welt, der Rest aus Deutschland. Es sind Lieder aus Böhmen, aus Ungarn, Rumänien darunter, aus Mähren, der Slowakei, aus der Gottschee, aus Rußland, aus der Ukraine.

Kein einziges slowenisches, kein einziges kroatisches Lied ist darunter. Mehr als die Hälfte der Lieder sind also Volkslieder, mehr als ein Viertel österreichische, die österreichischen und deutschen zusammen machen ein Drittel der Lieder aus. Dazu kommen noch unter den Kunstliedern eine ganze Reihe nachgemachter Volkslieder. Die „Kunstlieder", die aus dem 20. Jhdt. stammen, sind fast durchwegs solche nachgemachten Volkslieder, die meisten von einem Herrn Cesar Bresgen. Man kann sagen, das Liederbuch ist auf „volkstümlich" gestimmt.

Wie sieht also dieses „volkstümliche" österreichische Liederbuch aus. Als erstes fällt auf, daß gleich vier Kapitel religiösen Themen gewidmet sind. Geht man das Buch durch, findet man unter andern Kapiteln noch mehr religiöse Lieder. Insgesamt sind es 80, ein klein wenig mehr als ein Fünftel aller Lieder. Antireligiöses Lied ist keines darunter, obwohl es davon in der Volksmusik eine ganze Reihe gibt. Sehen wir uns nun das Kapitel über die Arbeit an. Es umfaßt ganze 23 Lieder, obwohl doch die Arbeit im Leben des Volkes einen beträchtlichen Anteil hat. Außer in diesem Kapitel finden sich keine 10 Lieder, die von der Arbeit handeln. Von allen diesen Liedern deutet ein einziges vorsichtig an, daß die Arbeit doch nicht immer nur ausschließlich und ganz und gar ein Honiglecken ist. In dem Lied beschweren sich die Lustigen Knechtlar über das schlechte Essen, das sie vom Bauern kriegen. Ein einziges dieser Lieder handelt von der Industriearbeit, dieses ist besonders interessant: Es heißt „Die jungen Arbeiter" und geht so:

*„Ja, so wird es einmal sein:
Die Fabrik zu unseren Füßen
muß uns als Gebieter grüßen,
und wir schreiten froh hinein.*

*Walzen, Räder, Transmissionen
drehen sinnvoll ihre Kreise,
singen eine neue Weise,
summen einen hellen Ton.*

*Euch, Maschinen, Gruß und Dank
für das freudige Bewegen.
Unsere eisenen Kollegen
seid Ihr, stählern, stark und blank.*

*Eure Kräfte, unser Hirn
eng vereint zu großen Taten
lassen eine Welt geraten
Eure Kräfte unsre Stirn.*

Die erste Strophe deutet zwar an, daß es sich um Zukunftsmusik handelt, die übrigen verlegen das herrliche Fabrikarbeiterdasein dann gleich in die Gegenwart.

Eine Strophe aus einem anderen Lied dieses Kapitels will ich noch anführen, weil es mir den Tenor dieses Kapitels zusammenzufassen scheint:

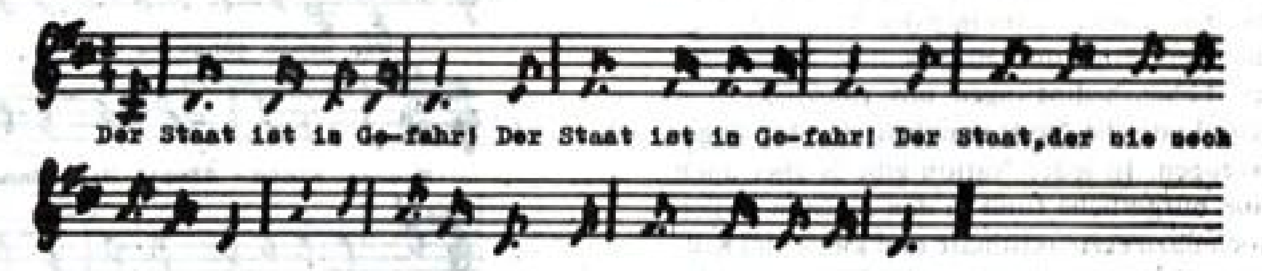
*Wer nur den lieben langen Tag
ohne Plag, ohne Arbeit vertändelt,
wer das mag, der gehört nicht zu uns!
Wir stehen des Morgens zeitig auf,
hurtig mit der Sonne Lauf
sind wir, wenn der Abend naht,
nach getaner Tat
eine muntere, fürwahr
eine fröhlich Schar.*

Nehmen wir ein anderes Thema, das in der Volksmusik große Bedeutung hat: den Krieg. Vom Krieg handeln ganze vier Lieder. Es sind dies: Prinz Eugenius der edle Ritter, Wir zogen in das Feld (Landsknechtlied aus dem 16. Jhdt.) Hui auf! (Der Feind ruckt ins Land. Volkslied aus Wildschönau, aufgezeichnet 1820) und „Junger Tambour" (kommt fröhlich heim vom Kriege, franz. Ballade). Sie alle stehen in dem Kapitel „aus verklungener Zeit". In ihnen allen ist der Krieg eine fröhliche, lustige, ruhmreiche Angelegenheit!

Diese Illustrationen genügen wohl, um folgende Einschätzung zu belegen: Das Buch ist einmal völlig weltfremd. 118 Lieder handeln von den diversen Jahres- und Tageszeiten, vielleicht 30 von der Arbeit. Diese Weltfremdheit ist zwar eher noch positiv zu werten, denn sie macht unsere Kinder doch bis zu einem gewissen Grad mißtrauisch gegen die Ideologie, die in dem Buch steckt. Aber es ist offensichtlich, daß diese Weltfremdheit Ergebnis der ideologischen Ausrichtung des Buches ist. Sie ergibt sich eben daraus, daß die wirklichen Sorgen, Nöte und Kämpfe des Volkes nicht dargestellt werden dürfen, vor allem die Kämpfe.

Zum anderen ist es aber gerade diese Weltfremdheit, und die Ideologie, die dahintersteckt, die uns unsere eigene Volksmusik entfremdet, was heißt, daß das Volk eines Mittels beraubt wird, seine eigene Lage zu erkennen, einander mitzuteilen, und die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Trotz aller Weltfremdheit drückt sich gleichzeitig eine durch und durch reaktionäre Ideologie in dem Buch aus. Es will unsere Kinder zu braven, fleißigen Arbeitern erziehen, die genügsam sind und nicht aufmucken, die ihre Unzufriedenheit beim Wandern abreagieren, und brav in die Kirche gehen, und, wenn es einmal sein muß, gute Soldaten abgeben. So wird die Volksmusik genau gegen die Interesse des Volkes gewendet.

Der Staat ist in Gefahr



sicher war, ja ja sicher war, der Staat ist in Gefahr!

Der Staat ist in Gefahr!
Der Staat, der noch nie sicher war,
ja., ja sicher war,
der Staat ist in Gefahr!

Was fürchtet denn der Staat?
Das Volk, das er betrogen hat,
das fürchtet jetzt der Staat.

's ist nicht der Staat allein;
es müssen mehr Betrüger sein.
's ist nicht der Staat allein.

Pfaff, Adel, Kapital.
Sie alle stehlen auf einmal,
Pfaff, Adel, Kapital.

Die Arbeit hat kein Brot.
Es hungert sich das Volk zu Tod.
Die Arbeit hat kein Brot.

Was macht die Polizei?
Sie steht den hohen Lumpen bei,
die hohe Polizei.

Doch ach, sie ist zu schwach,
es rücken die Soldaten nach,
doch alle sind zu schwach.

Das wird dem Volk zu toll.
Ihr Schurken, Euer Maß ist voll,
ja übervoll!
Das wird dem Volk zu toll.

Gebt acht, der Tanz geht los.
Dann sei auch uns kein Lump zu groß!
Gebt acht, der Tanz geht los.

Was ist des Volk's Begehr?
Das Volk will sein sein eig'ner Herr!
Das ist des Volk's Begehr!

Aus der Zeit des Kampfes um das Koalitionsrecht (Recht der Arbeiter, Partei und Gewerkschaft zu bilden) in Österreich in den 1860er-Jahren. Der Text ist von Andreas Scheu, einem der bedeutendsten Arbeiterführer. Die Arbeiter haben es auf die nächstbeste Melodie gesungen, die grad zur Hand war, sie war von dem Lied „Was macht der Herr Papa?" Wir haben diese Melodie nirgends gefunden und haben eine Variante von „Ein Schneider fing 'ne Maus" unterlegt. *(Drei Strophen gestrichen, Quelle: Österreichisches Proletarierliederbuch, Wiener Volksbuchhandlung).*

Das Arbeiterlied

Zwischen Arbeiterlied und Volkslied gibt es sowohl Verbindungen als auch Gegensätze. Hanns Eisler schreibt, daß die Welt des modernen Industrieproletariats zu kompliziert sei, als daß sie mit den einfachen Mitteln des Volksliedes dargestellt werden könnte. Die Arbeiterklasse hat sich deshalb ihre eigene Form geschaffen, das Kampflied. Dennoch gibt es Arbeiterlieder, die Volkslieder sind, in dem Sinn, daß die Massen durch Umdichten oder Umsingen schöpferisch daran mitgearbeitet haben. Der andere Teil der Arbeiterlieder aber sind Lieder, die zwar von den Massen gesungen wurden und werden, aber in Text und Musik unverändert geblieben sind, also nicht als Volkslieder bezeichnet werden können.

Der wesentliche Unterschied besteht aber darin, daß das Arbeiterlied immer ein Kampflied ist. Nicht in dem Sinn, daß jedes Arbeiterlied ein Marschlied mit einer Angriffsparole sein muß, aber in dem Sinn, daß jedes Arbeiterlied direkt die eine oder andere Seite des Klassenkampfes darstellt, sei das jetzt auf satirische Weise, als Klage, als erzählender Bericht über stattgefundene Kämpfe oder als Angriffslosung.

Auch die bäuerliche Volkskultur war keineswegs so unkämpferisch. Allein das Bestehen einer Volkskultur neben der feudalen Kultur drückt den Klassengegensatz schon aus. Lenin schreibt: „In jeder nationalen Kultur gibt es — seien es auch unterentwickelte — Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur und zwar nicht nur in der Form von Elementen, sondern als herrschende Kultur." Aber die bäuerliche Kultur konnte zeitweilig doch recht beschaulich neben der feudalen Kultur existieren.

Die Kultur der Arbeiterklasse kann nicht beschaulich neben der bürgerlichen Kultur bestehen. Schon das Recht, sich in Arbeiterbildungsvereinen zu organisieren, mußten sich die österreichischen Arbeiter erst erkämpfen. Gleichzeitig nutzten sie diese Bildungsvereine sehr bald als Kampforganisationen. Von Anfang an also war jede Kulturtätigkeit der Arbeiter ein Teil des Kampfes gegen die Herrschaft des Kapitels. So gibt es für die Arbeiterklasse nur die Alternative entweder der bürgerlichen Kultur auf den Leim zu gehen, oder sich im Kampf ihre eigene Kultur zu schaffen. Dabei beschränkt sie sich aber nicht auf die Mittel des Liedes, sondern greift auch alle Formen und Mittel, die die bürgerliche Kultur geschaffen hat, auf und formt sie für ihre eigene Zwecke um. So ist die Kultur der kämpfenden Arbeiterklasse viel reicher und umfassender, als die bäuerliche Volkskultur je war. (Film, Theater, Fotografie, Literatur, . . .). Das Arbeiterlied und das Arbeitervolkslied nimmt so verhältnismäßig einen kleineren Raum in der Kultur der Arbeiterklasse ein, als das Volkslied in der bäuerlichen Kultur.

Martin Auer

Der Dreschflegel
Aufsässige Volkslieder aus Österreich



Diese **SCHALLPLATTE** erscheint am 16. Dezember als „Extraplatte Nr. 3"
Sie ist zum Preis von 135,- zu bestellen bei: Alois Wieser. Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, oder direkt bei „Extraplatte", 1090 Wien, Altmuttergasse 5

Konzert am Samstag, 16.Dezember 1978, um 19.30 Uhr, im Gasthaus Wienerwald, 1100 wien, Triesterstraße 56 (Spinnerin am Kreuz)

Eintritt S 30,-

Wir haben der Welt ein neues Gesicht gemacht
(von Martin Auer)



Doch haben uns stürzende Stollen die Brust zerdrückt
Dann lag der Fehler doch nicht bei der Physik.
Wir sahen ja alle die morschen Pfosten
Doch was man berechnete, waren die Kosten
Denn man macht nur mit Kohle,und nicht mit den Stützen Profit.

Und wenn unsre Städte ersticken in Stank und Gift
Und wenn jeden Monat ein Flußlauf zusammenbricht
Das ist doch die Schuld nicht der Maschinen
Und nicht die Schuld derer, die sie bedienen
Denn wir, die sie baun und bedienen, besitzen sie nicht.

Einen Hebel legst du um mit der linken Hand
Und die Folgen betreffen vielleicht das ganze Land
Doch einer verfügt über Werk und Maschinen
Der muß konkurrieren, der muß verdienen
Und da wird nur eins, nämlich sein Profit geplant.

Es liegen gewaltige Kräft bereit im Atom
Und eines Tags überwältigen wir sie schon.
Wenn nicht Kapital und Profit mehr bestimmen
Dann erst werden ganz die Natur wir bezwingen.
S gibt kein Ende, solange die Menschheit die Welt bewohnt.

Band V der Ausgewählten Werke Mao Tsetungs in deutscher Sprache erschienen!

Dieser Band enthält wichtige Schriften aus der Periode 1949 bis 1957 nach der Gründung der Volksrepublik China. 49 davon sind zum ersten Mal veröffentlicht
Über 500 Seiten, broschürt Preis S 60.-
Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen.

Mao Tsetung
Ausgewählte Werke, Band 1
über die Periode 1926 - 1937
414 Seiten, broschürt *Preis S 45.-*

Ausgewählte Werke, Band 2
über die Periode 1937 - 1941
560 Seiten, broschürt *Preis S 57.-*

Ausgewählte Werke, Band 3
über die Periode 1941 - 1945
348 Seiten, broschürt *Preis S 45.-*

Ausgewählte Werke, Band 4
über die Periode 1945 - 1949
496 Seiten, broschürt *Preis S 57.-*

Weiters liefern wir Literatur und Zeitschriften aus der Volksrepublik China, der Demokratischen Volksrepublik Korea und aus dem Demokratischen Kampuchea.

Unser Lieferprogramm umfaßt weiters Schriften und Dokumente des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Alois Wieser Ges.m.b.H.
Verlag
Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten
1042 Wien, Postfach 13

Fordern Sie den im Herbst erscheinenden Katalog über unser Gesamtprogramm an. Postkarte einschicken genügt!

Aus unserem Verlagsprogramm:



Lenins Kampf gegen den imperialistischen Ökonomismus
Artikel, Reden und Briefe W. I. Lenins aus den Jahren 1915 - 1917
197 Seiten Preis S 68.-

Programme der österreichischen revolutionären Arbeiterparteien 1888 - 1946
110 Seiten Preis S 45.-

Arbeiterklasse und Kernenergie
40 Seiten Preis S 20.-







Walter Lindner

Der große Verrat

Der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus

Inhalt:

· Die Anfänge des Revisionismus vor 1945
· Kapitalistische Restauration oder Vormarsch zum Sozialismus: 1945 wir das Schicksal Österreichs entschieden
· Der Revisionismus als Programm - der 17. Parteitag und die „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus"
· Die Entfaltung des Revisionismus bis zum 18. Parteitag
· Das Augustplenum des ZK 1963 - Die Revisionisten spalten die Partei
· Der 19. Parteitag
· Vom 21. August 1968 bis zum 22. Parteitag
· Die KPÖ heute
· Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung seit 1963 und des Kommunistischen Bundes Österreichs

Broschürt, 36 Seiten Preis S 15,-
Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien


Klassenkampf

Schluß mit der Aggression gegen Kampuchea!

Solidarität mit dem Kampf der iranischen Völker!

1.040 Kündigungen bei Eumig

Klassenkampf, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

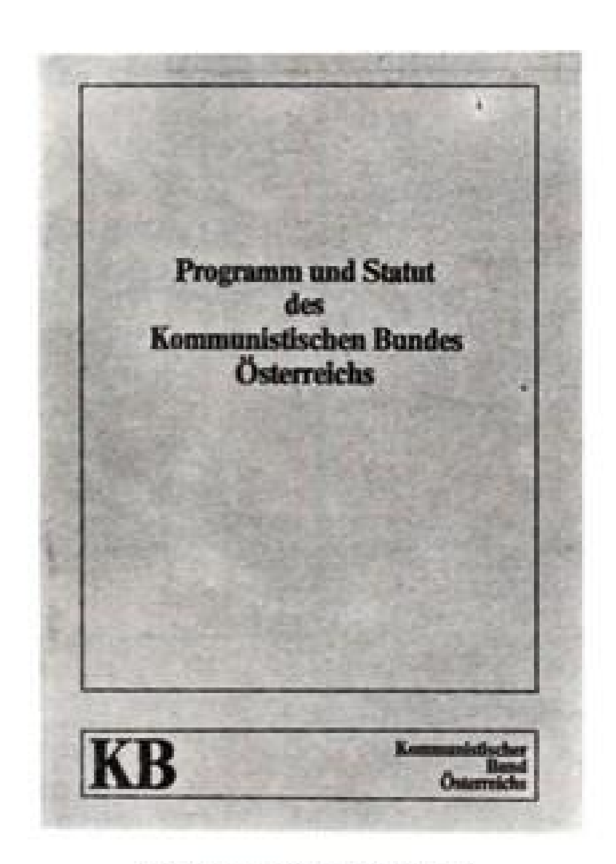
Der „Klassenkampf" erscheint jeden Montag.
Jahresabonnement S 280,-
Halbjahresabonnement S 140,-


Razredni boj

Sovjetska zveza naj se umakne iz Čeŝkoslovaške!

Razredni boj, eine besondere slowenische Ausgabe des Klassenkampf

erscheint seit Anfang August auf Beschluß des Zentralkomitees des KB monatlich.
Einzelpreis S 4,-
Halbjahresabonnement S 35,-
Jahresabonnement S 70,-


Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

erhältlich in deutsch und slowenisch sowie in serbokroatischer Übersetzung
Preis S 5,-


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Kommunist
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Kommunist, theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint monatlich.
Einzelpreis S 18,-
Halbjahresabonnement S 122,50
Jahresabonnement S 245,-

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13